ENDLICH FREI!

Was haben wir gelitten

Frankfurter Studentenzeitung

diskus

NR. 1 · FEBRUAR 1990
39. Jahrgang

editorial

Die Resonanz auf unsere erste Ausgabe war durchweg positiv. Es sei gut, daß es den diskus wieder gebe, hieß es, er zeige, daß noch ein Milieu an der Universität existiere, das politische Debatten führe, aber auch eine gewisse intellektuelle Form bewahre. Die Reaktionen kamen, abgesehen vom Freundes- und Bekanntenkreis und denjenigen, ‚die man so kennt', vor allem aus der Generation der 30- bis 50jährigen, in der Regel von Leuten, die früher diskus gemacht hatten, einschließlich solchen, die Anfang der 60er dabei waren. Die ‚anonyme LeserIn', diejenige, deren Meinung wir nicht am Biertisch erfahren oder im Seminar, meldete sich bislang nicht. Für diese verweisen wir auf die Redaktionsadresse im impressum. Doch nicht nur die StudentInnen sind schüchtern, die ProfessorInnen stehen ihnen hierin in nichts nach. Wo ein Sturm der Entrüstung erwartet werden konnte, regte sich nicht der leiseste Protest. Niemand scheint daran Anstoß zu nehmen, an einer Universität zu lehren, deren offizieller Hausgeschichtsschreiber noch den Professor in SS-Rang zum geheimen Widerstandskämpfer erklärt.

So machen wir also weiter in der Überzeugung, den richtigen Einstieg gewählt zu haben, jedoch mit dieser Nummer unseren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden zu sein.

Die Schwierigkeiten mit dem Thema DDR sind nicht nur der Geschwindigkeit der Entwicklungen geschuldet, sondern vor allem der Bewußtlosigkeit und Steuerungslosigkeit, in denen sie sich vollziehen. Zu beobachten ist der weitgehende Zerfall sozialistischer Vorstellungen. Ist die SED inzwischen sozialdemokratisch, viel mehr als vorher sozialistisch, so warten selbst die Gruppen, die sich als ‚linke Alternative' konstituieren, mit dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft auf. Derart wird der Versuch, Ansatzpunkte zu finden für eine nichtkapitalistische Transformation der DDR-Gesellschaft, zum verzweifelten Griff nach Entschwindendem.

Ebenso die Wiedervereinigung. Wer hätte gedacht, daß inzwischen bereits die DDR-Regierung Stufenpläne entwickelt. Neu ist dies hingegen nicht. Bereits 1960 vermerkt das vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebene Buch „SBZ von A-Z" in seiner sechsten, überarbeiteten und erweiterten Auflage unter dem Stichwort „Konföderation": „Ein begrifflicher Unterschied zwischen Konföderation und Föderation besteht nicht. (...) In der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung wurde der Begriff K. zuerst von Ulbricht in einem Leitartikel im ‚Neuen Deutschland' vom 31.12.1956 gebraucht. (...) Eine genaue Definition der K. im Sinne der SED gab Grotewohl in einer Rede am 11.2.1957. Er stellte sich eine K. zwischen der Bundesrepublik und der ‚DDR' als einen ‚losen Staatenbund' vor, in dem ‚zunächst die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Form, in ihrem Inhalt und in ihrer ganzen Lebensweise selbständig bestehen bleiben'. Die K. schaffe keine über den einzelnen stehende selbständige Staatsgewalt. Sie wird auch von der SED nicht als ‚politischer Idealzustand' angesehen, sondern nur als ‚Zwischenstadium' zwischen den beiden Staaten, das ‚die Möglichkeit wirklicher Annäherung schaffen kann'. Eine K. nach kommun. Auffassung stellt damit keine echte Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands dar. (...) Für die Regierung der SBZ ist das Schlagwort von der K. ein weiterer Beitrag zu den Versuchen, sich als gleichberechtigter Partner in die Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung einzuschalten." Kohls Zehn-Punkte-Plan übernimmt heute die Position, die vor 30 Jahren noch als stalinistische Propaganda denunziert wurde. Doch nun ist der Streit um Begriffe belanglos geworden. Die Sache ist klar, über den Modus wird verhandelt, so ist der Tenor der amtlichen Bekanntmachungen.

Ulrich Sonnemann wirft der (imaginären) Linken in der BRD vor, sie verschanze sich hinter der abstrakten Ablehnung der Wiedervereinigung, statt Ideen zu produzieren, mit denen sie die scheinbar zwangsläufig in *eine* Richtung sich vollziehende Entwicklung beeinflussen könnte. Der Schrecken der Wiedervereinigung sei nicht der Fall der Mauer, sondern die reaktionäre Besetzung des Themas. In den Tagen des November entstand etwas, das im hiesigen Teil Deutschlands erst einmal erreicht werden müßte: die Auflehnung gegen die Autorität, der Sturz einer Regierung durch eine spontane Volksbewegung. Doch die Hoffnung, daß nicht die DDR ein Abziehbild der BRD werde, sondern vielmehr der Funke der Erhebung einmal — als historisch sogar für Deutsche Machbares — auf den Westen überspringe, ist für uns abstrakt. Für den BRD-Bürger ist der Aufstand in der DDR nicht etwa Anlaß, über die Möglichkeit eigener Gegenwehr und Selbstorganisation nachzudenken, sondern eher Bestätigung dafür, hier unter der richtigen Bevormundung (oder Freiheit, wie es im westlichen Jargon heißt) zu leben.

In den 50er Jahren lag nach der Meinung vieler Bundesbürger ‚drüben', d.h. in der DDR, die Vorhölle. Aber wie gewöhnlich wußte man über das Jenseits recht wenig. Das Wenige aber reichte, um eine tiefe Abneigung und Furcht zu empfinden. Es war damals die Zeit der großen Witzbolde. Es genügte, sich einen Spitzbart anzukleben und in einer sächsisch klingenden Sprache Dummheiten zu verbreiten, und das Publikum krümmte sich vor Lachen. So war das Böse zu ertragen. Das derzeit glanzvollste Beispiel ist die Entrüstung über die erwogene Einrichtung eines Verfassungsschutzes in der DDR, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, daß wir hier gleich vier Geheimdienste besitzen. Doch so wars schon immer: hier gehts den Richtigen an den Kragen, drüben triffts die guten Menschen.

Konsum und Lifestyle sind starke Argumente. Da vergißt man schnell die Widrigkeiten. Da schrumpft die Realitätswahrnehmung auf die Macht des Tatsächlichen. Und dies ist anscheinend schön. Am gleichen Tag wie die letzte Ausgabe des diskus erschien der neue Pflasterstrand. Das Frankfurter Journal. Hartwin Möhrle, einst selbst diskus-Redakteur, heute Freund des Neuen Städters kokettiert mit Adorno: *Er würde sich im Grabe herumdrehen, wäre er Zeuge von soviel Lust nach richtigem Leben im Falschen.* Der Pflasterstrand hat es geschafft. Er zieht nicht nur ein neues Blatt, er zaubert zugleich einen neuen Sozialisationstyp hervor. Die Biografie eines smarten 33jährigen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

Rupert Ahrens arbeitet 60 Stunden in der Woche in einer PR-Agentur. Ein Workaholic ist er nicht. Er ist glücklich. Er fährt einen Firmen-BMW mit Telefon und Schnick und Schnack. Er sagt: Jemand, der einen Benz wirklich braucht, der hat ein Problem. Hat Rupert kein Problem? Sollte er mal bei seinem Geschäftsfreund anrufen, der einen Ferrari besitzt, dann schon. Bei ihm gehen nämlich die Gespräche auch bei niedrigen Drehzahl[illegible] im Motorengeräusch unter. Wo hat Rupert seine Qualifikation für soviel richtiges Leben im Falschen her? Aus der Studentenpolitik. Er war im Sponti-Verein SHI und AStA-Vorsitzender. In sozialen Bewegungen, chaotischen Vollversammlungen und alternativen Wohngemeinschaften holte er sich das Rüstzeug, das ihm nun zu Schnick und Schnack verhilft ...

Wer den Journalismus schon auf den Saulgau bringt — von Kritik soll ja gar keine Rede sein —, sollte doch wenigstens Adorno endlich aufgeben!

Es geht hier nicht um ‚Abtrünnige', sondern um die Kraft des Bestehenden, die die Individuen immer wieder in den schreienden Widerspruch zwischen Mitmachen und dem Leben als Underdog stößt — wenn es die Entscheidung überhaupt überläßt. Und das ist das Brutale an derlei Suggestion. Als wären dies Bilder der Allgemeinheit. Es ist die Technik der Werbung. Derjenige, der mit dreckigen H[illegible]den und Kleidern von der Arbeit kommt, so er eine hat, ist nach Griesheim, Bonames oder Raunheim verschoben worden. Er ist nicht mehr zu sehen. In Frankfurt ist Arbeit so sauber, daß man sich drin spiegeln kann.

Eine gesellschaftliche Alternative drückt sich nicht mehr öffentlich aus. Die linken Milieus sind nicht mehr so stabil wie noch vor Jahren, als soziale Bewegungen immer auch ein Anreiz waren, sich kontinuierlich politisch zu betätigen. Gerade an der Universität ist das Verhältnis der Individuen zu den Trägern des politischen Protests augenscheinlich. Der Konflikt um das StudentInnenhaus spitzt sich in der Öffentlichkeit nur darum zu einem zwischen Uni-Präsident Ring und Linker Liste zu, da die Selbstverständlichkeit politischer Betätigung abgenommen hat und somit Politik scheinbar nur noch PR-Charakter besitzt. Daß es Gruppen gibt, die Politik nicht zur Selbstbeweihräucherung betreiben, scheint nicht verstanden zu werden. Der individuelle Kampf mag

die heutige Maxime sein, aber Ruperts werden nur wenige (und die nicht alle glücklich).

In diesem Rahmen kommt uns der Uni-Streik 1988 wie ein Betriebsunfall vor. Er war auch eher an sich selbst berauscht als vom Wunsch nach Veränderung getragen. Sein mediales Durchsetztsein war dominanter Faktor. Man könnte den Eindruck gewinnen, es wäre ein Fernsehspiel produziert worden. Die mediale Manipulation sprang erst kürzlich wieder ins Auge. Die Leute, die auf die Verlogenheit der Argumentation des Uni-Präsidenten, sein dringendstes Anliegen sei, Wohnraum zu schaffen, mit der Besetzung eines Hauses, das unter der Verantwortung von Ring nahezu unbewohnbar gemacht wurde, aufmerksam machten, bekamen von der Presse zu hören, sie sollten Bescheid sagen, wenn geräumt wird. Nur als gescheiterte darf eine solche Aktion die Öffentlichkeit erreichen. Daß sich Auflehnung, Kampf um Alternativen, Beseitigung der Mißstände durch die Betroffenen lohnen könne, das darf nicht zu Bewußtsein gelangen. Dieses Recht bleibt Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen, DDRern vorbehalten. Hier ist schon Demokratie.

Die Redaktion

impressum:
diskus
Frankfurter Studentenzeitung
Heft 1, Feb. 1990
Anschrift:
diskus-Verlag,
Jügelstraße 1
(Studentenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/798-3188

Herausgeber: Tim Darmstädter, Bernd Eichhorn, Andreas Fanizadeh, Michael Hintz. Redaktionelle Mitarbeit: Birgit Michalek, Katharina Pühl, Rembert Baumann, Gerhard Fischer. Und beim Lay-Out: Marie-Therese Momma, Raymund Burghardt

Satz: W. Röckel/caro-Satz
Druck: caro-Druck, Ffm.
Titelmontage: Henry Rapior
Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 17. April 1990. Wir planen einen Themenschwerpunkt zu: Uni-Präsident Klaus Ring — eine Karriere. Weiter im Heft: Multikulturelle Gesellschaft, Nationalismus, Rassismus. Manuskripte sind willkommen.

Öffentliche Redaktionssitzung im diskus-Büro (Raum 106, Studentenhaus, erster Stock) jeweils Montags von 10.30-13.30 Uhr

titelbild: Abisag Tüllmann DDR, 1963

inhalt

Beifall und Buhrufe 4
Eine Rede auf die Wirtschaftswissenschaften

Wildwasser 6
Eine Ausstellung gegen den sexuellen Mißbrauch von Mädchen und Frauen

Das Nationale 8
als Monopol einer Selbstverstümmelungsfurie — oder Das Reichsgespenst

Das Ende 14
des realen Sozialismus und die westdeutsche Linke

Demokratischer Sozialismus 17
für die DDR

Das Loch zum Glück 20
Wir haben es gefunden

Was läuft im Kino? 24
Unser Autor war drin, und es hat ihm gar nicht gefallen

Alle reden von der Wohnungsnot 26
und niemand von der SPD-Politik der 60er und 70er Jahre

El Salvador 31
Auszüge einer Analyse des ermordeten Befreiungstheologen, Ignacia Ellacuria

Linksradikalismus 32
Nur „eine Mangelkrankheit der Intellektuellen"?

Die Geschichte des diskus, Teil 2 (1970-87) 35
Sozialdemokratische Rekonstruktion, linksradikales Organ und Kulturalisierung

Eine Rede auf die Wirtschaftswissenschaften

Der nachfolgende Text ist der Abdruck einer Rede, die Holm-Detlev Köhler am 21. Dezember letzten Jahres auf der Feier zur Diplomübergabe des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften in der Aula der Johann Wolfgang Goethe-Universität hielt. Der Autor bekam an jenem Tag zusammen mit Betriebs- und Volkswirtschaftlern seine Auszeichnung als Diplomhandelslehrer überreicht.

Er sprach als Vertreter der Diplomanden neben dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftler , einem Vertreter der Wirtschaftlichen Gesellschaft Frankfurt und dem Vorsitzenden des Prüfungsamtes vor etwa 200 Diplomanden sowie deren Angehörigen, FreundInnen und Vertretern des Fachbereichs.

Den ersten Teil seiner Rede dankte ihm das Auditorium mit einem für solche Veranstaltungen eher untypischen Applaus. Als im zweiten Teil die Rede auf die Rolle der Betriebswirtschaft im Nationalsozialismus kam, ertönten Zwischenrufe und mißfälliges Klatschen.

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, Freunde und Freundinnen, liebe Eltern, liebe Professoren (hier kann man sich in der Regel wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereich das weibliche -innen sparen)

Ich muß vielleicht eine klärende und für einige Anwesende möglicherweise beruhigende Vorbemerkung vorausschicken: Meine Legitimation, zu diesem feierlichen Akt einen bescheidenen Redebeitrag beisteuern zu dürfen, rührt nicht etwa aus einem demokratischen Wahlakt — ein solcher wäre kaum organisierbar gewesen — noch aus einer besonders herausragenden Studienqualifikation — ich habe kein Einser-Examen —, sondern lediglich aus einer gewissen sozialen Sensibilität, die ich mit einigen anderen versucht habe, über meinen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang hinaus zu erhalten. Dies führte zu der Überlegung, daß eine Diplomfeier ohne Wortbeitrag der Betroffenen die schlechte Einseitigkeit und Tradition unseres Studiums auch noch bis in den letzten Akt hinein beibehalten hätte. Entsprechende Anfragen brachten mich nun in diese Situation, wobei ich den studentischen Fachbereichsvertretern, dem Dekan und dem Vorsitzenden des Prüfungsamtes für ihre Offenheit in dieser Frage danken möchte. Also noch einmal zur Beruhigung: Hier spricht weder die Mehrheitsmeinung der Studenten noch viel weniger ein Elitevertreter moderner Jungakademiker. Was Ihnen also im folgenden nicht paßt, können Sie getrost als abwegige Meinung eines Exoten verdrängen.

Ich möchte meine Ausführungen unter das Motto stellen: Wir haben es geschafft! in Klammern: nicht geschafft.

Wir haben es geschafft, das langersehnte Examen. Und hinter uns liegt der ganze Streß der Prüfungen, in denen wir ausgeliefert waren der Willkür unserer Prüfer, den eigenen Ängsten, der angespannten Atmosphäre, dem Widerspruch aus unbewältigbarer Stoffülle und der Hoffnung, zufällig das richtige gelernt zu haben. Und trotz unserer Abneigung gegen das alles sind wir stolz, wir bilden uns was darauf ein, nun die Einlaßkarte in die Akademikerwelt in die Hand gedrückt zu bekommen, für die wir so lange gekämpft haben, so viel erlitten haben.

Wir haben es geschafft, die vielen total überfüllten Veranstaltungen, das ohnmächtige Einzeldasein im unüberschaubaren Massenbetrieb, das aufwendig-bürokratische Verwaltet werden, das Schlangestehen vor dem Prüfungsamt, die arroganten Sprüche der Assistenten, die wir um eine paar Tips baten, die Eiseskälte dieser Institution — all das können wir jetzt hinter uns lassen, denn wir haben es geschafft.

Wir haben es geschafft, uns anzupassen an die uns gestellten Anforderungen, den großen Uni-Bluff, des ewig kluge Gesicht, das immer Bescheid wissen, das locker-legere Auftreten desjenigen, dem die Zukunft gehört, das Erhabensein über Situationen, die uns doch im Innersten soviel Angst bereiten, das elaborierte pesudowissenschaftliche Geschwätz, mit dem unsere Vorbilder, seien es Professoren oder Top-Manager, so erfolgreich ihre Schwachstellen zu überdecken verstehen. All das haben wir ein bißchen wenigstens uns angeeignet und haben es verstanden, uns in einer Institution wichtig zu nehmen, in der wir als Einzelne so unwichtig wie irgendeine andere Nummer auf den Computerausdrucken waren, die uns über Klausuranmeldungen und -Ergebnisse mit gnadenloser Objektivität informierten.

Wir haben es auch geschafft, jahrelang das Studentensein zu leben, von den einen als spätpubertäre Unreiflinge verachtet, von den anderen als intelligente Privilegierte bewundert.

Wir haben es geschafft, mit der miserablen finanziellen Situation fertig zu werden, vor die uns eine unsoziale Politik stellte, mit einem Bafög-Satz, der niemandem zum Lebensunterhalt gereichen kann, ergänzt durch eine ins Unerträgliche angewachsene Wohnungsnot, die einige in die Miniwohnungen der Studentenwohnheimsilos zwang. Manche schafften es, indem sie sich der fortgesetzten Abhängigkeit vom Elternhaus unterwarfen, andere indem sie sich durchjobbten, worunter das Studium allemal zu leiden hatte. All das und manches mehr haben wir geschafft, um es nun erleichtert und stolz ein für alle Mal hinter uns zu lassen.

Ich möchte jedoch diese Gelegenheit dazu benutzen, uns derjenigen zu erinnern, die es nicht oder noch nicht geschafft haben, die es noch einmal versuchen müssen oder die es aufgeben mußten, die Durchfaller und Abbrecher, sie machen immerhin fast 40 Prozent von uns aus und geben uns keinerlei Anlaß zum Stolz. Anstatt uns als Gewinner im Konkurrenzkampf zu fühlen, als übriggebliebene Elite in einem zielgerichteten Selektionsprozeß, sollten wir uns mit ihnen als Verlierer fühlen, mitverantwortlich für Studienbedingungen, die einen Großteil von uns zum Scheitern zwangen. Wir waren unfähig dazu, solidarische Lernprozesse für uns alle zu organisieren, dem drohenden individuellen Mißerfolg eine konstruktive kollektive Qualität und Gegenwehr entgegenzusetzen. Auch hier haben wir uns angepaßt an die Vorgabe unserer Professoren, für die Durchfallquoten Zeichen hoher Ansprüche und Qualität sind anstatt Indizien für große Defizite ihrer Lehrmethoden und unerträglicher Studienbedingungen. Ich rufe in diesem Sinne allen denjenigen zu, die es nicht geschafft haben: Eure Niederlage ist auch unsere Niederlage und wir tragen genauso Schuld daran wie ihr und haben nicht die geringste Berechtigung, uns in irgendeinem Sinn überlegen und besser zu fühlen.

Damit wäre ich auch schon bei der eingangs erwähnten Klammer angelangt, bei alledem, was wir nicht geschafft haben.

Wir haben es nicht geschafft, die Studentenschaft zu einem gestaltenden integralen Bestandteil des Fachbereichs und der Universität zu machen. Mehr oder weniger widerstandslos haben wir uns der Macht der Verwaltung und der Professoren unterworfen, haben hingenommen, daß man in überfüllten Hörsälen Vorlesungen geboten bekam, wo weder ein Vermittlungsinteresse des Professors noch ein Lehrinteresse unsererseits spürbar war, mußten uns den Klausurstoff in chaotischen Massentutorien anzueignen versuchen, wo die völlig überforderten, schlechtbezahlten Tutoren und Tutorinnen — gerade ein paar Semester weiter als wir — das alles leisten sollten, worum sich die Professoren schon lange nicht mehr kümmern. Darüberhinaus haben wir sogar noch Kürzungen im Tutorenbereich hingenommen und es den zahlungskräftigen unter uns überlassen, sich ihr Wissen in der privilegierten Form der Repetitorien zu erwerben. So wurde aus unserer Schwäche und der studentenfeindlichen Universitätspolitik auch noch Kapital geschlagen, das Bruttosozialprodukt gesteigert.

Foto: Abisag Tüllmann — Mainzer Landstr., 1989

Wir haben es nicht geschafft, eine eigene studentische Kultur zu entwickeln, sondern mitgemacht bei dem modischen Zeitgeist, der gerade das Wirtschaftsstudium zum Tummelplatz universitärer Yuppie-Kultur machte, zum Übungsfeld elitärer Jungmanager-Manieren und aufgeblasenen Imponiergehabes. In permanenter Selbstinszenierung haben wir unser human capital akkumuliert, um uns in Zukunft schon in Auftreten und Habitus deutlich vom gemeinen Volk unterscheiden zu können. Daß dieses Flair unseres Studiums so attraktiv ist, daß immer mehr Studienanfänger in unseren Fachbereich strömen, hat nicht zur Ausweitung des Angebots, sondern zu chaotischen Studienbedingungen und zur Wiedereinführung des Numerus Clausus geführt. Und auch hier haben wir es nicht geschafft, dies zu verhindern.

Wir haben es nicht geschafft, das repressive Geschlechterverhältnis in unserer Theorie und unserer Praxis zu überwinden. Von 45 Professorenstellen war am Anfang unseres Studiums eine weiblich besetzt, jetzt am Ende hat sich daran nichts geändert. Dafür beträgt der Frauenanteil beim Dienstleistungspersonal in den Vorzimmern und Verwaltungsstuben über 90 Prozent. Die Frau hat bei uns unvermindert dem Herrn zu dienen und auch bei den Studienanfängerinnen sinkt die Eintrittsschwelle gegenüber einem durch und durch von Männerbildern geprägten Wissenschaftsbetrieb nur langsam. Man kann es ihnen nicht verdenken. Ich selbst habe wütend und beschämt geschwiegen, als zu spät kommende Kommilitoninnen in den Vorlesungen mit erniedrigendem Hinterherpfeifen und sexistischen Sprüchen von uns männlichen Studenten empfangen wurden. Ich möchte mich an dieser Stelle wenigstens nachträglich für dieses Schweigen entschuldigen und hoffe, daß in Zukunft zumindest die Frauen unter uns, vielleicht aber sogar auch ein paar Männer endlich anfangen, diesem männlichen Potenzgehabe entschieden und offensiv entgegenzutreten.

Wir haben es nicht geschafft, die ständig angewachsene bürokratische Gängelung und Kontrolle aufzuhalten, dem unpersönlichen Massenbetrieb andauernder Anträge, Bescheinigungen, Anmeldungen zu Seminaren, Zwischenprüfungen, Klausuren, Diplomarbeiten etc., wo dann oftmals noch das Los über unser weiteres Studium entschied, mehr Raum für Selbstbestimmung und Gestaltung abzutrotzen. Stattdessen haben wir uns immer wieder eingereiht in die Schlangen vor dem Prüfungsamt, Dekanat oder der Zahlstelle und dabei Vorlesungen versäumt, in denen uns die Ineffizienz bürokratischer Planung gegenüber individueller Privatinitiative so überzeugend gepredigt wurde.

Wir haben es ebensowenig geschafft, die seit vielen Jahren als zentrale studentische Forderungen am Fachbereich artikulierten Ziele nach einer gerechteren Studien- und Prüfungsordnung, nach einem Wiwi-Cafe und Fachschaftsraum, nach selbstbestimmteren Studienformen und kritischen Lehrinhalten durchzusetzen und haben zugesehen, wie das wenige Erreichte, zum Beispiel die studentisch organisierte Orientierungsphase, uns von dem unbändigen Macht- und Kontrollhunger der Professoren wieder weggenommen wurde. Dies zeigt nur allzu deutlich das Defizit in der Organisierung unserer Interessen gegenüber dem universitären Machtapparat, der sich allen Demokratisierungsforderungen so unnachgiebig wie ein Ostblockregime vor der Perestrojka entgegenstellte. Die reale studentische Partizipation in den universitären Gremien verdient nach wie vor nicht einmal das Attribut Feigenblatt, solange unsere Interessen schlicht und arrogant ignoriert werden. Gerade hier erscheint mir das Erbe, das wir den nachfolgenden Studentengenerationen hinterlassen haben, besonders schwer.

Obwohl die Beteiligung teilweise groß und der Veranstaltungsboykott nahezu vollständig war, haben wir es nicht geschafft, den Streik des vergangenen Wintersemesters in dauerhafte Erfolge zu verwandeln. Gerade im Hauptstudium waren wir zu passiv, haben es den von den Problemen am härtesten betroffenen Kommilitonen und Kommilitoninnen des Grundstudiums überlassen, die Streikaktivitäten zu tragen und uns viel zu wenig in unseren Examensvorbereitungen stören lassen. Die mehr als überfällige neue politische Studentenbewegung, deren zentraler Inhalt zu sein hätte, die Universitäten wieder zu Orten kritischer gesellschaftstheoretischer Reflexion zu machen, worin die Naturwissenschaften nicht erst seit der Ökologiefrage allemal eingebunden sein müßten, wurde jedenfalls nicht von unserer Studentengeneration initiiert.

Wir haben es schließlich und endlich auch nicht geschafft, unserer Wissenschaft ein Bewußtsein von sich selbst zu verschaffen, ein Ziel, welches nur durch selbstkritische Diskussion und Auseinandersetzung mit der eigenen

Theorie und Geschichte erreichbar ist.

Ich will dies ganz kurz und deshalb notwendigerweise etwas verkürzt an einem Beispiel erläutern: Als Sönke Hundt 1977 den von ihm ausführlich und gut begründeten Satz schrieb: „Die Ära des Faschismus ist für ein Verständnis der inneren Logik in der Theorieentwicklung der Betriebswirtschaftslehre von hervorragender Bedeutung", wurde er von den meisten Kollegen ignoriert, von einer Minderheit aufrechter Zuchtmeister als verantwortungsloser Nestbeschmutzer kritisiert. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, welche notwendig den falschen Schein eines abgeschlossenen Lehrgebäudes zerstört hätte, findet weiterhin nicht statt. Die freudige Begrüßung und offene Unterstützung des Nationalsozialismus durch die überwältigende Mehrheit der Betriebswirtschaftler hätte uns zumindest zu zwei Fragen Anlaß geben müssen: War dieses Verhalten allein persönlich zufällig bedingt oder gab es nicht systematische theorieimmanente Gründe für den Aufruf des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute an die Betriebswirtschaftler aus dem Juli 1933, „dem Führer des neuen Deutschland alle ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen", denn — so stellt der Aufruf fest — die Betriebswirtschaftslehre ging schon „sehr früh in die gleich Richtung wie ... die nationalsozialistische Bewegung" und konnte sich deshalb „im nationalsozialistischen Staat zu Hause fühlen"? Die Studien von Alfred Sohn-Rethel über die Geeignetheit der Betriebswirtschaftslehre für einen autoritären Kapitalismus der Betriebsökonomie ohne liberale Marktanarchie könnten auch heute für uns erkenntnisfördernde Lektüre sein, doch Sohn-Rethel war kritischer Theoretiker, das heißt bei uns kein Thema.

Die zweite von uns sträflicherweise nicht gestellte Frage betrifft die Konsequenzen, die aus der innigen Verbindung deutscher Wirtschaftswissenschaft mit deutschem Faschismus gezogen wurden oder erst noch gezogen werden müßten. Und hätten wir dabei nicht den Antworten unserer Professoren getraut, sondern selbst geforscht, so wäre uns zumindest aufgefallen, daß „Wendehälse" keine DDR-Erfindung sind, sondern die westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler in dieser Hinsicht keine Konkurrenz zu fürchten brauchen. Die nahezu vollständige personelle und institutionelle Kontinuität über 1945 hinaus verband sich dabei mit der Flucht in einen immer realitäts- und erfahrungsloseren Formalismus, in dem — um ein Zitat eines anderen kritischen Theoretikers leicht abzuwandeln — der mathematische Scharfsinn zunehmend den kategorialen Schwachsinn überdecken mußte. Vielleicht wären wir bei unseren Nachforschungen sogar zu dem Ergebnis gekommen, daß die Betriebswirtschaftler ganz unterschiedlicher Richtungen aus ihrer Sicht heraus ganz richtig die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, den Gegensatz zwischen Güterversorgung und Rentabilitätsprinzip sowie die faktische Obsoletheit des liberalistischen Marktmodells in der Realität moderner Industriegesellschaften erkannt hatten, um daran die Frage zu knüpfen, aus welchem für unsere Zunft typischen Interesse heraus sie sich mehrheitlich auf die Seite autoritärer Betriebs- und Volksgemeinschaft und nicht auf die Seite wirtschaftsdemokratischer und sozial gerechter Vorstellungen schlugen.

Die Liste solcher von uns nicht gestellten Fragen an eine Professorenschaft, die kritische Fragen und Inhalte systematisch dem falschen und irreführenden Anspruch exakter und wertfreier Wissenschaft opfert, ließe sich auf viele Themen und Methoden ausweiten, ohne daß unser Bild einer unkritischen, am formalen Studienabschluß und nicht an inhaltlicher Erkenntnis orientierten Studentenschaft eine wesentliche Verbesserung erfahren würde. Die weitreichende Abwesenheit kritischer Lehrinhalte ermöglicht es unserer Wissenschaft dabei auch, sich scharf gegen andere Fachrichtungen abzuschließen und Versuche interdisziplinär orientierter kritischer Wissenschaft erfolgreich auszugrenzen.

Ich weiß, daß dazu auch von meiner Seite noch viel zu sagen und zu erläutern wäre, möchte es jedoch an dieser Stelle bei diesen wenigen Denkanstößen belassen. Ich wollte es kurz machen und deshalb zum Schluß kommen in der Hoffnung, die festliche Stimmung und die berechtigte Freude über das Erreichte nicht allzusehr getrübt zu haben. Ich habe versucht, Werte wie Kritik und das heißt zu allererst auch immer Selbst-Kritik ins Zentrum meiner Ausführungen zu stellen, denn hierin sehe ich große blinde Flecken, das ganz entscheidende Defizit unseres abgelaufenen Studiums an dieser Universität und diesem Fachbereich, an das zu erinnern mir wichtig erschien. Ich möchte mich aufrecht und aufrichtig und in diesem Sinne herzlich für ihre Aufmerksamkeit bedanken und dies gerade auch bei denjenigen, denen der obligatorische Höflichkeitsapplaus aufgrund des Inhalts meiner Ausführungen nicht so recht von der Hand gehen will.

Holm-Detlev Köhler

WILDWASSER

Die Arbeitsgemeinschaft Wildwasser und die Feministisch-Autonomen Unifrauen Frankfurt zeigten vom 30.01.-09.02.1990 im StudentInnenhaus eine Ausstellung gegen den sexuellen Mißbrauch an Mädchen. Die Ausstellung ist von Frauen des „Wildwasser Marburg" e.V. 1987 erarbeitet worden, die sich seit 1985 mit der Problematik des sexuellen Mißbrauchs beschäftigen. Sie bieten Beratung und Information an und bemühen sich, das Thema öffentlich zu machen.

Die sexuelle Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen ist immer noch ein Tabu, weil sich darin das gesellschaftliche Machtgefälle zwischen den Geschlechtern abbildet. Die Eindrücklichkeit der Ausstellung, die Betroffenheit hervorruft, ohne spektakulär zu sein, macht die meist verdrängte Gewalt sichtbar.

Das folgende Begleitschreiben zur Ausstellung vermittelt einen kurzen, jedoch präzisen Überblick über die Wichtigkeit und das Ausmaß dieses Themas.

Sexueller Mißbrauch ist all das, was Mädchen vermittelt, daß sie nicht als Menschen interessant und wichtig sind, sondern daß Männer frei über sie verfügen dürfen, daß sie durch ihre Reduzierung zum Sexualobjekt Bedeutung erlangen; ... Hierzu gehört jeder Übergriff auf die Mädchen, egal; ob es heimliche, vorsichtige Berührungen sind, die sie über sich ergehen lassen oder „selbst" vornehmen müssen, erzwungener Oralverkehr oder eine regelrechte Vergewaltigung." (Kavemann/Lohstöter, Väter als Täter, Hamburg 1984, S. 10)

Im Unterschied zur Kindesmißhandlung ist der sexuelle Mißbrauch geschlechtsspezifisch:
- 93 % der Opfer sind Mädchen
- die Täter sind zu fast 100 % Männer.

Sexueller Mißbrauch ist häufiger als körperliche Kindesmißhandlung. In der BRD werden laut Bundeskriminalamt jährlich circa 300000 Mädchen sexuell mißbraucht, meistens durch Väter, Onkel, Großväter, Brüder oder Freunde und gute Bekannte der Familie. Die Täter sind weder geistesgestört noch triebkrank, sondern ganz „normale" Männer. Sexueller Mißbrauch kommt in allen sozialen Schichten vor und ist keine einmalige Tat, sondern ein Wiederholungsdelikt.

Für das Mädchen bedeutet sexueller Miß-

brauch in der Familie einen Mißbrauch an den für sie sichersten Orten und durch einen für sie vertrauten Mann. Schlüsselerlebnis für das Mädchen ist daher der unvorstellbare Vertrauensbruch, durch eine ihm nahestehende Person an einem sicher geglaubten Ort.

Das Selbstverständnis, mit dem die Würde des Kindes noch immer mißachtet wird, begründet die Form und das Ausmaß des sexuellen Mißbrauchs. In Familien herrscht meist immer noch ein grundsätzliches Autoritäts- und Machtgefälle:
- einerseits zwischen Kindern und Erwachsenen
- andererseits zwischen weiblichen und männlichen Familienmitgliedern.

Obwohl Eltern verständnislos und gewalttätig sind, sollen Kinder gerade ihnen Liebe, Vertrauen und Dankbarkeit entgegenbringen. Hier erfahren Kinder prägend die Verknüpfung von Gewalt und Liebe.

Neben diesem Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern erfahren Kinder auch das geschlechtsspezifische Rollenverhalten:
- meist ist der Vater der „Herr im Haus", der noch vor der Mutter das Sagen hat
- Mädchen und Frauen haben dienende Funktionen, während Jungen und Männern in mehr

oder weniger forderndem Maße oder ganz selbstverständlich die Dienstleistungen entgegennehmen.

In solchen Familien erfahren Mädchen die geringere Wertigkeit von Mädchen und Frauen in der Gesellschaft.

Der sexuelle Übergriff findet in vielen Fällen während einer vertrauensvollen Situation statt, zum Beispiel beim Kuscheln oder Baden. Das Mädchen fühlt sich unwohl. Weil sie dem Vater vertraut und ihn liebt, paßt sie sich seinen Wünschen aber an, sie kann nicht glauben, daß er ihr weh tun will. Ihr Widerstand beschränkt sich meist auf kindlich-unbeholfene Signale des Unwillens, die der Mißbraucher übergeht. Häufig wird dem Mädchen vermittelt, daß das schön sei und daß sie dem Vater dadurch erst richtig ihre Liebe zeigen könne. Der sexuelle Mißbrauch wird auch oft als „Aufklärung" dargestellt oder als „etwas ganz normales, was ein Vater mit seiner Tochter tut". Das Mädchen kann nicht glauben, daß der Vater sie belügt oder ihr weh tun will. Sie wagt daher nicht, sich zu entziehen. Schließlich glaubt sie, daß mit ihr etwas nicht stimmt (etwa weil es nicht „schön" für sie ist) und sucht die Schuld allein bei sich selbst.

Bei fortgesetztem Mißbrauch nehmen Angst und Widerwillen des Mädchens zu. Es wird auch immer schwieriger, sich jetzt noch der Mutter oder einer anderen Person anzuvertrauen, zumal der Mißbraucher Druck durch Drohungen und Schweigegebote ausübt. Angst, Schuldgefühle und Verzweiflung beherrschen das Leben der Mädchen mehr und mehr. Sie führen ein Doppelleben: spielen nach außen die Rolle, die man von ihnen erwartet und behalten ihre wahren Gefühle für sich. Aus dem „kleinen Geheimnis", das für alle Kinder zunächst faszinierend ist, wird ein schreckliches Geheimnis, das die Mädchen in Angst versetzt und die schlimmsten Konsequenzen für ihr weiteres Leben hat.

Oft erzählen die Mädchen von ihrem Mißbrauch oder machen Andeutungen, aber meist stoßen sie auf Ablehnung. In den allerwenigsten Fällen gibt es im näheren Bekanntenkreis der Mädchen Bezugspersonen, denen sich die Mädchen anvertrauen können. Sie tragen die Verantwortung oft auch noch für weitere Geschwister, die entweder bereits mißbraucht werden oder mißbraucht werden könnten. Manchmal sind aber gerade Geschwister der Anlaß, das Schweigen zu brechen, um sie zu schützen. Der sexuelle Mißbrauch endet meist erst dann, wenn die Mädchen die Familie verlassen.

In der gespaltenen Situation, in der sich ein sexuell mißbrauchtes Mädchen befindet, sucht sich jedes Mädchen Wege und Widerstandsformen, um sich dem Mißbraucher zu entziehen. Diese Widerstandsformen ergeben sich immer aus der jeweiligen Situation des Mädchens. Das Verhaltensspektrum reicht vom völligen Rückzug und depressivem Verhalten bis zum offenen Ausagieren und massiven Aggressionen.

Die Mädchen glauben, sie allein seien betroffen. Sie fühlen sich schmutzig, ekeln sich vor ihrem Körper, der der Anlaß für den Mißbrauch zu sein scheint. Dies führt zur Abspaltung positiver Körpergefühle. Eine Folge davon ist das bewußte oder unbewußte Zerstören des Körpers. Psychosomatische Erkrankungen, Drogenmißbrauch, Mager- und Fettsucht sind Anzeichen dafür. Dieses selbstzerstörerische Verhalten kann bis zum Selbstmord führen. Durch sexuellen Mißbrauch erfolgt eine systematische Persönlichkeitszerstörung. Die durch den Mißbrauch erfahrenen Gefühle wie Hilflosigkeit, Ausgeliefertsein, die Erfahrung sich nicht wehren zu können, der Zwang zum Schweigen und Verbergen begleiten die Frauen ihr Leben lang und übertragen sich auf alle Lebensbereiche.

Die Arbeit unserer Beratungsstelle hat den Schutz der Mädchen vor weiterem Mißbrauch zum Ziel. Dabei muß immer von der Situation der Mädchen und von ihren eigenen Bedürfnissen ausgegangen werden, das heißt unsere Arbeit folgt den Prinzipien der Parteilichkeit und der Enttabuisierung.

Parteilichkeit bedeutet: sich eindeutig auf die Seite der betroffenen Mädchen und Frauen zu stellen, ihre Bedürfnisse und Wünsche in den Mittelpunkt zu stellen, sie nicht nur unter dem Aspekt „sexuell mißbraucht" zu sehen sondern in ihrer gesamten Persönlichkeit und ihren gesamten Lebensbedingungen zu akzeptieren und zu unterstützen.

Zur Enttabuisierung gehört: den Mädchen zu glauben und sie zu ermutigen, das Schweigen zu brechen, die Verantwortung eindeutig dem Täter zuzuordnen, den Mädchen das Gefühl nehmen, nur sie allein seien betroffen und sie in ihren Rechten zu bestärken.

Zur Enttabuisierung zählt aber nicht zuletzt auch das öffentlich-Machen der Problematik des sexuellen Mißbrauchs. Hierzu dient die von uns erarbeitete Ausstellung, Vorträge und Informationsveranstaltungen sowie spezielle Fortbildungsangebote für Fachkräfte und eine Gruppe von im Berufsalltag mit Mißbrauch Konfrontierten. Unser Angebot an Beratungsgesprächen richtet sich an betroffene Frauen und Mädchen, deren Mütter oder Erzieherinnen. Außerdem finden Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für Mädchen und Selbsthilfegruppen für Frauen statt.

Ulrich Sonnemann

Das Nationale als Monopol einer Selbstverstümmelungsfurie oder Das Reichsgespenst

Über ein leitzordnerförmiges Lauern, und warum es auf den Fortbestand einer tumben linken Berechenbarkeit bauen muß, die auf zweierlei Spielart eine aberwitzige Begriffs- und Geschichtsfälschung hinnimmt.

Die *Deutsche Frage* ist wieder offen, vorab sei diese Merkwürdigkeit eingeräumt. Die Merkwürdigkeit wäre weniger eine, wenn unter den Satelliten der östlichen Vormacht Honeckers Staat nicht der Perestroika am erbittertsten, nächst Ceausescus Rumänien, getrotzt hätte, da er es tat, stand das Volk auf, dieses, schärfte es dabei der Macht ein, „sind wir". Auch ließ es sich von den Staatstragenden — daher ging per Erstürmung von Stasi-Bastillen der Aufstand weiter, tut es in veränderten Formen bis heute — überhaupt nicht ins Wohlige einer übereilten Selbstzufriedenheit wiegen noch gar ins Überstürzte jenes blauäugig erneuerten Zutrauens in die Staatsgewalt, das im März 1848 den einzigen deutschen Revolutionsversuch scheitern ließ, der zum Vergleich in Betracht kommt.

Warum er es tut will erläutert sein; aber bleiben wir zunächst bei der Differenz. Ihrem Vermächtnis von damals zufolge lassen, wenn von einem solchen Versuch bedroht, deutsche Obrigkeiten, statt von Überskrupulosität wie ein entschlußloser Hamlet oder auch Bileams Eselin angekränkelt zwischen Lullen und Kartätschen zu schwanken, beides alternieren, je nach ihrer situativen Befindlichkeit, wechselt oft doch sie selber in solchen Lagen: hatte man das in Leipzig bedacht? Jedenfalls verhielt man sich, als hätte man es. Gegen ein Kartätschen nach Pekinger Muster zwar — ausgeschlossen war es keinen Moment — sprachen Überlegungen, denen seine Unratsamkeit für die Staatsführung angesichts voraussehbarer internationaler Reaktionen zugrunde lag, aber wollte man darüberhinaus einem mit Einlullung drohenden Zeitgewinn für die Staatsmacht wehren, der nach den Üblichkeiten der deutschen Geschichte eine Revolution wieder zu einem Firmenschildwechsel verballhornt hätte, sah man mit Recht in jedem Stasi-Ersatz einen solchen irgendwann, also grundsätzlich jederzeit wieder einziehbaren Quasi-Versatz angelegt, also galt es, ihm vorzubeugen.

Was dafür sprach, war die ganze deutsche Geschichte, allem ihrem Unheil voran aber der Untergang des Weimarer Demokratieversuchs, der vierzehn Jahre lang auf dem Handteller des übernommenen kaiserlichen Staatsapparats sich bewegt hat, einschließlich, bis zu seinem Feldmarschall hinauf, der dann Reichspräsident hieß, seines geschlagenen Militärs, bis er die Hand zugunsten eines Endlösers, der Krieg und Massenmord von Anfang an einplante, zuklappte: nichts konnte paradoxer als die ephemere Bemühung der SED sein, einen zu institutierenden neuen Verfassungsschutz, der aufs auffälligste, wo immer es seinesgleichen gibt, eine praktisch unkontrollierte staatliche Einrichtung zum risikolosen Bruch der zu beschirmenden Konstitutionen ist, mit den Existenzen ausgerechnet eines Extremismus von rechts zu begründen, als walteten nicht schon typologisch und unbekümmert um ideologische Etikette die notorischsten Affinitäten zwischen solchen staatsmachtseligen Institutionen und ihm. Daß unter den Tendenzen, die der Umsturz ins Offene brachte, mehr oder weniger braune auch in der DDR vorkommen, hat nichts Überraschendes, ist aber bis auf Kriminaldelikte, für die dort wie hier die Polizei da ist, jedenfalls da sein sollte, wenn sie auch in der Bundesrepublik dieser Pflicht oft noch nicht hinreichend inne ist, das alte Elend, das seine ganze Hoffnung in die Vergeßlichkeit der Bevölkerung setzen muß, eines kaum schon begriffenen geschichtspathologischen deutschen Erbes, ergo, wo immer es auftritt — wie kaum sonst etwas gilt das gesamtdeutsch — nur politisch zu meistern.

Und allem Aufstieg von *Republikanern* zum Trotz, die dort wie hier ihres Namens spotten, kann das nicht das erste und nächste Problem sein, das die Umwälzung in der DDR für ihre äußeren Verhältnisse aufwirft. Während unter den Befürwortern einer Wiedervereinigung, als die meist umstandslos ein zu vollbringender Anschluß des Staates an die Bundesrepublik propagiert wird, es unzweifelhaft Rechtsextreme gibt, wäre es so ungerecht wie unpraktisch, schon pauschal beide Positionen in einen Topf zu werfen, auf dessen Deckel dann „Nationalismus" steht. Von ihrem peinlichen Präfix ganz zu schweigen, dessen unheilbare Anrüchigkeit im Kontext dieser Betrachtungen zu erwägen bleibt, wäre die anschlußförmige *Wieder*vereinigung ein Verhängnis, das zu bekämpfen und abzuwenden keineswegs, wie jene Revolution bisher verläuft, ohne Aussicht ist, aber sie wäre es aus keinem auch nur annähernd so evidenten, in moralischer Transparenz klar zu Tage liegenden Grunde wie für die rechtsextremen Fatalitäten von Bedrückung und Rassenhetze, Massenmord und Kriegstreiberei gilt. Die dezentrale Einheit eines Volkes und die zentrale eines Staates heutigen Zuschnitts sind durchaus zweierlei, und daß ein Volk, durch dessen Wohngebiet vierzig Jahre lang eine ziemlich hermetische Grenze lief, sich nach deren Öffnung vereinigt, diesen Vorgang dann auch so sehr als Fest erfährt, daß eine einfache Aufhebung der überschrittenen Staatsgrenze — das *Wie* scheint dann zunächst nicht sehr wesentlich, ist es das auch (wie wir sehen werden) mit einer einschneidenden Unerbittlichkeit — naheliegt, hat nichts Unerwartetes.

Wahrscheinlich ist die Priorität, die man seit

die ostdeutsche Revolution auf Touren kam der Frage einer möglichen Neuordnung der deutschen staatlichen Verhältnisse einräumt, ein Mißverständnis: nicht nur geht sie daran vorbei, daß die von Gorbatschows Pioniertum entfesselten ungeheuren Veränderungen das ganze Gefüge Europas, zumal und zunächst aber ganz Ostmitteleuropas berühren, sie hat auch den Einwand gegen sich, einen Hausbau vom Dach her zu denken anstatt von Bestimmungen des Bewohntwerdens. Als Bewegung *von unten*, die alle gegenwärtigen Perspektiven für jene vorrangig und jetzt schon entscheidbar geglaubten, Staatsverhältnisse betreffenden Fragen verändern kann, ist in erster und letzter Linie eine Revolution ein soziales Ereignis, Verbesserung des Lebens, Abschüttelung unterdrückender, beengender Zwänge ihr Ziel, und diese ist es gewiß, wenn auch zur Stunde das meiste an ihrer Situation noch ganz offen ist und ihr Weg nicht an seinem Ende. Der kursorische Blick, der schon eingangs dieser Erwägungen ihrer Ungewöhnlichkeit im Kontext einer Landesgeschichte galt, in der eine Volksrevolution, die eine Staatsmacht stürzt, nichts geringeres als ein Novum von abenteuerlich befreiender Heiterkeit und Brisanz ist, hat jedenfalls kein Indiz ergeben, das diesen Aufstand vom immer gleich Selbstzerstörerischen deutscher politischer Emanzipationsbewegungen nach der Geschichtsbilanz ihrer vielen Niederlagen belastet zeigte — nichts, das auf diese Hybris eines von der Vergeßlichkeit der Generationen in ihrem Verhältnis zueinander sich fristenden, sich um so bereiter, als ein vermeinter Neubeginn stets am Anfang stand, mit jeder von ihnen erneuernden Wiederholungszwang, den ich vor Jahren, in inhaltlicher Bestimmung, als *Narzißmus des verfrühten Feierns* zur Sprache brachte, zu schließen erlaubt hätte. Da wir um die Pathologie der deutschen Geschichte voraussehbar ohnedies nicht herumkommen, mag zu ihrer Einführung dieses Phänomen, das manche Weiche in der deutschen Geschichte gestellt hat, erläutert werden; welches Weichenstellende freilich mißdeutet wäre, hörte man es als tendenziell allverbreitetes, nationaltpyisches Sozialisationsergebnis in Deutschland: die Pathologie einer Gesellschaft, wie sie in psychohistorischer Forschung zutage tritt, verteilt rollenspielartig, wie die einer Person sich auf das Konzert ihrer Identitäten, sich nicht weniger plural aufs Ensemble ihrer politischen Komponenten, und der Narzißmus des verfrühten Feierns ist stets bisher ein Charakteristikum oppositionär gestimmter Gruppen und Strömungen im Leben ihres Volkes gewesen, nur als linkes deutsches Spezifikum also nationaltypisch. Als Allzeit-Modell springt das prächtig siegesfestliche Frankfurter Feuerwerk 1849 ins Auge, mit dem die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche anfing, nicht etwa endete; was sie, auf Betreiben der gleichen preußischen Regierung auseinandergejagt, der sie wenige Monate zuvor noch mit einer eigens von dieser erbetenen feierlichen Desavouierung eines gegen die Erhöhung von Militärausgaben gerichteten, sich gefährlich ausweitenden Steuerstreiks aufs beeilteste erbötig gewesen war, um so kläglicher dann getan hat. Wobei die Folgenlosigkeit ihrer minutiösen Arbeit an einer deutschen Verfassung so desolat deren eigene war, daß weit erhellender gerade sie als *Folge*, nämlich als die einzigartig katastrophale erkannt sein will, die dann die nächsten hundert Jahre der deutschen Geschichte gewesen sind, aber auch danach ist es mit der Kläglichkeit des verfrühten Feierns nicht zuende gewesen, ist doch im Journalistenaufstand 1963, der anläßlich der *Spiegel*-Affäre mit aufgebrachtester Empörung durchs

Foto: Abisag Tüllmann

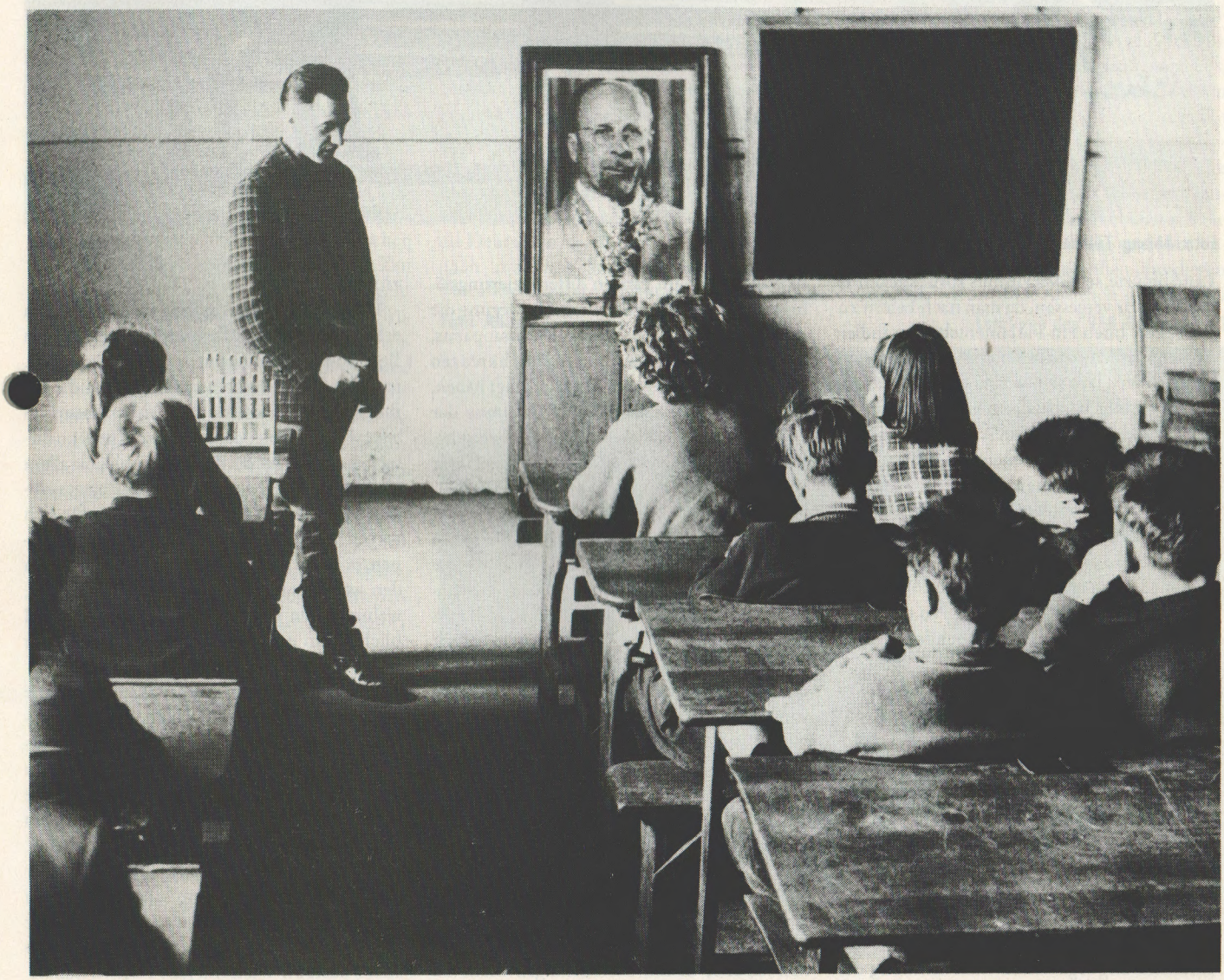


Foto: Abisag Tüllmann **Weimar, 1963**

Land brauste, sein Narzißmus zurückgekehrt: das Ziel war vergessen, da man nach Feiern zu Bett geht, blieb ein Parlamentsbeschwindler eine bundesdeutsche politische Größe. Das verfrühte Feiern läßt sich bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen, die Gefangennahme durch die vermeintlich besiegten Anjous und mitten in einem Siegesmahl über sie, des letzten Staufers Konradin, den man in Neapel dann hinrichtete; wie es weit weniger brachial und nur keineswegs weniger ungereimt sich durchaus aber, ja in ein einziges Wort, auch *zusammenziehen* kann, zeigte sich — man erinnert sich doch der Studentenbewegung — an den Achtundsechzigern, wieso hätte schließlich die Revolution damals sich die Mühe, selbst zu erscheinen, denn machen sollen, wo man schon an ihrem Namen so viel festliche Lust und Befriedigung hatte, auf seinem Rosse von Holz? Freilich kann das dann auch lehrreich gewesen sein, aber wie immer, die im Osten jetzt macht sie sich. Da dies eine zumindest jetzt schon von ihr gesagt werden kann, kehren wir auch gleich zurück zu ihr, wenden uns den weiteren Perspektiven zu, die ihre Bewegung eröffnet.

Dafür zunächst ein paar Klärungen. Die mit Erleichterung registrierte Wahrnehmung des so wachen wie im ganzen differenzierungsfähigen Widerstands, mit dem die Bewegung die begreiflichen Versuche des alten Staatsapparats, sich wieder zu verfestigen, zu durchkreuzen wußte, kann das Mißverständnis erzeugt haben, es ginge hier um pauschale Verurteilung der SED, gar eine Teilnahme an der Präjudizierung, mit der die Ideologen des Kapitalismus ihrer von einer ausnützbaren wirtschaftlichen Notlage begünstigten Versuche nicht müde werden, den ihnen überaus fremden ostdeutschen Vorgang für ihre Freiheitsvorstellung, die die Freiheit des Ellenbogens meint, zu vereinnahmen: wenn die Eruption, die in der DDR sich vollzieht, die gemeint, ihre Unzufriedenheit sich von einer *übergesiedelten* nicht ums Ganze politischer Spontaneität unterschieden hätte, würden die Leipziger Demonstranten nicht auf ihren Plätzen, nein auch montags vor einem bundesdeutschen Arbeitsamt Schlange stehen, stattdessen blieben sie dort. Aber wir nähern uns damit Fragen, deren Weitläufigkeit den gegenwärtigen Rahmen zu sprengen droht, also eine Kondensierung empfiehlt. Da ich sie in einem Brief an eine Bonner Parlamentarierin schon zu Beginn der Bewegung, deren Verlauf ihn seither bestätigt, versucht habe, gibt es keinen Grund, dessen Feststellungen nicht zu zitieren.

1) Die Freiheiten, die sich revolutionär zu erkämpfen die Bevölkerung in der DDR im Begriff ist, sind ihre eigenen Errungenschaften, insofern in der deutschen Geschichte, die f[illegible] ihre Revolutionsunfähigkeit bisher notorisch war, völlig beispiellos: aus ihrem Anteil an dieser Geschichte hat die Bundesrepublik bei allem Überlegenheitsgetue ihnen nichts Eigenes entgegenzusetzen. Was sie an Freiheiten für sich verbuchen kann, hat sie sich selbst nie gewonnen, es ist ihr nach dem Zweiten Weltkrieg von den westlichen Alliierten geschenkt worden; während den Ostdeutschen gar keine Wahl blieb als im politischen System des östlichen unter den Siegern sich einzurichten.

2) Da die Hermetik dieses Systems bis vor kurzem, wie immer irrtümlich, für unsprengbar galt, ist die Möglichkeit nicht von vornherein auszuschließen, daß Aufsässigkeit *gegen* es ihre Keimzellen bis hinein in die SED hatte (etwa in Leipzig), pauschale Verdammungen von SED-Angehörigen sich also verbieten.

3) Analoges gilt wirtschaftlich: nämlich für einen Vergleich der ökonomischen Systeme, bei dem sich die bundesdeutsche Tendenz zur Geschichtsverdrängung jetzt am unskrupulösesten austobt. Während jene Planwirtschaft

des verabsolutierten Staates als Monopolkapitalist tatsächlich versagt hat, auf die über ein halbes Jahrhundert lang die Wirtschaftsweise des europäischen Ostens hinauslief, kann das Maß dieses Versagens für den Fall jedenfalls der DDR erst bestimmt werden, wenn man die Riesendifferenz der Reparationslasten zwischen West und Ost und den Marshall-Plan, der im Osten ausblieb, in Rechnung stellt — und wer im zelotischen Gänglerbetrieb der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik täte das.

4) Dem Triumphgeschrei vom Ende des Sozialismus ist also unbeeindruckt entgegenzuhalten, daß was da zusammenbricht der Kapitalismus in seiner fortgeschrittensten Form ist, nämlich seiner monopolistischsten: insofern dürfte dieser Zusammenbruch nur die Vorhut sein des tendenziell längst schon ablesbaren, der in der wachsenden Monopolmacht und sinkenden Anzahl konkurrierender Wirtschaftsriesen (meist schon „Multis") beschlossen liegt, immer deutlicher den pluralistischen Glauben, unter dessen Ägide sie sowohl einander als auch die planetarischen Ressourcen auffressen, Lügen straft: wieso sollte der Kollaps einer Produktionsweise nicht dort anfangen, wo ihr Widersinn am extremsten ist. Für den Sozialismus, den angeblich fehlgeschlagenen, gilt, was Bernhard Shaw schon vom Christentum in Erinnerung brachte: „It has never been tried."

5) Mit der Gefahr, die noch fortwährend zunimmt, daß in der Zwischenzeit Gorbatschow auf halbem Wege gestürzt wird: die Perestroika an den Apparatschiks sowohl der sowjetischen Versorgungsökonomie als auch des großrussischen Machtanspruchs über die Völker der sowjetischen Peripherie scheitert, wächst die Dringlichkeit, dem ostdeutschen Aufstand zuhilfe zu kommen solange noch Zeit ist. (Er ist keineswegs unter Dach!) Das geht nur auf einer dezidierteren Linie (als die Grünen bis heute zuwege brachten) gegen die bevormundenden theoretischen Anmaßungen und sich mit ihnen begründenden praktischen Hinhaltemanöver der gegenwärtigen Bundesregierung. Ohne eine wirksame öffentliche Einschärfung, daß die Bundesdeutschen von den Ostdeutschen jetzt alles zu lernen haben, nicht etwa umgekehrt, dürften die Apparatschiks in West und Ost — die dort wie hier jetzt um nichts so sehr wie um Zeit kämpfen — sich so scheinfeindlich gegenseitig wieder hochschaukeln wie sie das vierzig Jahre lang mit notorischem Erfolg praktiziert haben.

6) Schon Karl Marx hielt bürgerliche Revolutionen für ein so unüberspringbares Stadium des emanzipatorischen Prozesses der Menschheit, daß er als Interpret des amerikanischen Sezessionskrieges uneingeschränkt für Abraham Lincoln, den kapitalistischen Norden gegen den feudalen Süden, Partei ergriff. Insofern holt, was in der DDR gerade vorgeht, den Gewinn dieser Stufe jetzt nach, die die deutsche Geschichte versäumt hat; und verlagert ihr dynamisches Zentrum nur so deutlich damit jetzt nach Osten wie vice versa dessen Angewiesenheit auf die *Selbstverständlichkeit* westdeutschen Beistands eine viel fester gefügte Einheit des Landes erweist als in der „Wiedervereinigung" Platz hat. Was dieser Begriff noch zu bieten hat, ist das Warnende, unerträglich Beengende eines Alptraums, seines paralysierenden Sogs: selbst Willy Brandt hat in seiner Rede in Schöneberg das „Wieder . . ." darin ominös gefunden, ist wie meist in solchen Fällen dieser Aufschlüsse verheißenden Spur nur nicht nachgegangen.

7) Tut man es, wird schnell klar, daß Bismarcks Zwangsveranstaltung, seine dreiphasige Blut- und Eisengründung, die nach weniger als einem Dreivierteljahrhundert in Schanden schon wieder vergangen war, in der Tat nicht als Modell einer möglichen deutschen politischen Einheit infrage kommt — um so schwerer es nur offenbar jetzt den Deutschen fällt, dieses Schnittmuster loszuwerden. Wie wenig sie in ihrer eigenen Geschichte, die schließlich schon ein bißchen länger währt, sich inzwischen auskennen, ist buchstäblich sagenhaft — und desto zwangloser also *vorstellbar*, daß eine Partei mit alternativem Anspruch so gezielt gerade bei dieser Thematik von der bundesdeutschen parlamentarischen Verhaltensnorm *abweicht*, daß es deren Kalamitäten zum Tanzen bringt.

So weit dieses Selbstzitat. Während manchem darin Erläuterungen nicht schaden könnten, stellen sie sich, einer gewißen Zeitnot entgegenkommend, die der Autor an diesem Punkt zu gestehen hat, seiner Zuversicht nach für das meiste davon bei näherer Überlegung von selbst ein, um so fragloser aufzugreifen ist nur der Hinweis unter 7) am Schluß auf die pathologische Absperrung der eigenen Geschichte durch die Deutschen, genauer die Bundesdeutschen, nach mancher Wahrnehmung an ihren Bewußtseinsträgern scheint gerade diese Misere in der DDR viel geringer. Während eine Aufarbeitung der deutschen Geschichtsvergangenheit, nicht selten ja auch deren *Bewältigung*, was weder Grund hat noch etymologisch imstande ist, seine Nähe zu einer Vergewaltigung zu verhehlen, seit den Anfängen der Bundesrepublik aufs redseligste gelobt und beschworen wird, hat sie, wie ein rezenter „Historikerstreit", der nur gar keiner war, aufs entsetzlichste uns vor Ohren geführt hat, so wenig stattgefunden, daß die Zielstrebigkeit unverkennbar ist, mit der diese Beschwörung selber als Ersatz für das Beschworene da zu dienen hatte, das man desto peinlicher mied. Das Ergebnis ist das in den zitierten Feststellungen so bezeichnete *Schnittmuster*, ist doch schon das in Schanden vergangene Dreiviertelreich nur ein historistisch verkorkster, astigmatischer Ersatz für das authentische gewesen, das sich 1806 auflöste, und nun möchte man für diesen Ersatz sich so ignorant wie reflexionslos nur abermals einen Ersatz stoppeln, ohne daß die Lächerlichkeit irgendmehr als die Peinlichkeit von den Schnittmusterhörigen selber bemerkt würde. Die Psychohistorie der Deutschen, die von einem Forschungsprojekt unter meiner Leitung an der Gesamthochschule Kassel erforscht wird, ergibt als deren Axiom und Generalnenner das durchgängige Walten eines Prinzips unablässigen Spaltens, immer irgendwen unter irgendeiner Feindbilderzeugung *ausgrenzenden* Abspaltens, Auseinanderspaltens, das verschlüge uns weit, hat ja auch viele von selber sich einfindende Evidenzen, für den Moment nur das für dessen Topos Entscheidende, daß es keineswegs nur Räumliches oder quasiräumlich auf irgendeine Weise zu Denkendes, sondern sehr drastisch eben auch die Zeit ist, die solcher Abspaltung qua Verdrängung von Geschichtsvergangenheit unterliegen kann, aber warum diese aufheben, geht es dabei

Foto: Abisag Tüllmann **Lehrlinge des VEB Böhlen, 1963**

um die Ausbreitung von Geschichtsinteresse, selbstverständlicherem Geschichtswissen? Etwas mehr Leichtigkeit darin könnte nach französischem Muster wie auch als Ausgleich für eine überbordende Raumtouristik sicher nicht schaden, aber nicht das ist es, was in dieser Sache den Ausschlag gibt, sondern daß als Folge genannter Verdrängung und des Reichsersatzschnittmusters, auf das sie die Deutschen vernagelt hat, sie einen Begriff vom Nationalen mit sich herumschleppen, der es aufs aberwitzigste pervertiert. Daß von der Auflösung des Deutschen Bundes, Bismarcks Ausgrenzung Österreichs 1866, die seiner Blut- und Eisengründung voraufging, über den deutschen Angriffskrieg schon von 1914 und seine territorialen Folgen bis zu der unauslotbaren Katastrophe, die Hitler hieß: nicht nur zig Millionen Kriegstote und die erst *ausgegrenzten*, dann ermordeten Juden, auch die deutsche Sprache nicht nur in den verlorenen Territorien, auch als lingua franca vormals ganz Ost- und Südosteuropas sind ihre Opfer gewesen, ist der tradierte deutsche Begriff vom Nationalen das Pathologische selber.

Also könnte man meinen, daß die bundesdeutsche Linke alles daran setzt, mit dieser Lüge, impertinenten Verklärung einer einzigen, unablässigen, *furiosen Selbstverstümmelung* aufzuräumen; und fehlt damit weit. Die *Hinnahme* dieses erschwindelten, seiner selbst spottenden Begriffs vom Nationalen, der sich in sein Gegenteil dabei umkehrte, vollzieht sich auf der bundesdeutschen Linken in zwei Spielarten, deren Analysis an der Zeit ist, da es uns aber gerade an dieser fehlt, können wir, was sie erbringt, nur umreißen. Die *undogmatische*, um von der einfacheren Spielart zuerst zu reden, folgt angesichts des jetzigen Geschehens der sehr verständlichen, aber unperzeptiven, darum im Fazit unkritischen Neigung, das „Nationale" einfach der Rechten, die es in sein Gegenteil umlog, zu überlassen, die Vermutung darf konstatiert werden, daß diese Verwechselung von *Thema* und *These*, die schon ihrerseits bloß ein glaubenskriegerisches, von der Geschichte diskreditierten deutsches Erbe ist, mit weiterem Fortschreiten des revolutionären Prozesses, der vom Osten her, nicht etwa gilt das Gegenteil, wenn es auch noch so laut verkündet wird, uns erreichen möchte, an seine natürliche Grenze stößt, diese Spielart also von selber — jedenfalls darf darauf gehofft werden — sich erledigt. Die komplexere Spielart ist die, der seit jeher die SPD frönt; welcher Unterschied ihre Ingredienzien betrifft, denn desto einfältig simpler gerät, als ihre Vereinigung und Verdeckung zugleich fungierend, das politische Resultat. Es besteht in einem so mechanischen wie beeilten „Wir auch!", das sie schrilleren Rufen des Vaterlandes, ohne deren Authentizität zuvor überprüft zu haben, entgegenbringt; wie 1914 modellhaft. Die Ingredienzien sind, was sie sind, nicht als einzelne voneinander unabhängige, die erst zusammenträten, sondern selbst bereits ineinander verschränkt, aufeinander verwiesen; daher die Komplexion. Auch unter ihnen figuriert, was zur Bestimmung der erstgenannten Spielart schon ausreicht, die Verwechslung einer gegnerischen These mit ihrem Thema, die nur einstimmender hier als in dem ersten Fall auf dessen Überlassung an den Gegner herausläuft, sich gerade dort also, wo zu *denken* wäre, mit einem Assoziieren begnügt, das dessen Gegenteil und Ersatz ist. Für eine Partei von sozialökonomischer Interessenpriorität, „vertikaler" also, liegt das beim Auftritt einer „horizontalen" Thematik einerseits nahe, andererseits ist stille Bedingung schon dieses Nahliegens, daß am *von oben* waltenden Kr[illegible]terium für die Verläßlichkeit eben „horizontaler" Bestimmungen, einer idealen Einheit des Volksinteresses mit dem *Staat* nämlich, nicht ernstlich gezweifelt wird; zweites Ingrediens ist

Foto: Abisag Tüllmann

Ein ehemaliger Häftling vor den Resten des KZs Buchenwald

also die notorische Teilhabe, von Lasalle und Bebel über Ebert bis zu Wehner und Schmidt, der SPD am deutschen Staatsfimmel, dieser Bestimmung eben schon des Nationalen selber von einer an den Himmel projizierten Abstraktion her statt jakobinisch von unten; welchen Fimmel es in anderen Parteien der gleichen Internationale nicht gibt. Da er nichts als Unheil gezeitigt hat, ein normal funktionierendes Gedächtnis das melden müßte, reicht nur schließlich auch er nicht, und in der Tat gibt es ja auch sonst Indizien, daß die Geschichtsverdrängung der Bundesdeutschen jetzt ein Zug fast der ganzen Bevölkerung, jedenfalls auf die gesellschaftlich Herrschenden nicht beschränkt ist; womit wir bei jenem dritten der Ingredienzien sind, ohne das unbegreiflich bliebe, warum so geschichtsnotorisch Offenkundiges wie die Selbstverstümmelungsfurie, deren Monopol auf das Nationale zuvorderst in Deutschland zu brechen wäre, in der Öffentlichkeitsarbeit der SPD nie auch nur die mindeste Rolle spielt, oder wiese sie je etwa auf den einfachen Sachverhalt hin, daß in ihren mörderischen Geschichtskatastrophen, die inzwischen ihr Sprachgebiet auf die Hälfte seines Umfangs im 18. Jahrhundert vermindert haben, die Deutschen ohne Ausnahme von Regierungen der Rechten geführt wurden? Viel zu verstrickt hat die SPD bis heute an einer sonderbaren *Diskontinuität des Bewußtseins*, die ihrerseits zum Kontinuierlichsten an den Irrgängen der deutschen Geschichte zählt, selber schon teil.

„Eine denkbar unpraktische Amnesie: wie kann aus Erfahrung gelernt werden, wenn man sie immerfort bloß verdrängt? Da die Bewilligung der Kriegskredite 1914, dort die Übernahme des kaiserlichen Militär-, Justiz- und Beamtenapparats 1918. Man hört nichts Artikuliertes. Da sie die Befunde Fritz Fischers, Immanuel Geiss' und Wilhelm Alffs nicht zur Kenntnis nimmt – als einziges unter den Kabinetten steuerte zielstrebig die Wilhelmstraße von Beginn der europäischen Krise an auf den Krieg zu –, verteidigt die SPD von 1914 bis heute das Vaterland; bis heute von 1918 an die *Ruhe und Ordnung*, der die Allianz mit den Apparaten gegolten hat und deren Qualität sich dann 1933, 1939 und 1945 herausstellte. Offenbar wird das nicht gesehen; darf es nicht, da es unbestreitbar, ja peinlich ist. Ob die Peinlichkeit nicht durch ihre Verschweigung wächst, könnte geprüft werden. Solange man es nicht tut, wird auch mit keinem Wort der SPD zur Disziplinseligkeit ihrer Erklärung zu rechnen sein, als das republikvereidigte Staatsoberhaupt, das sie wenig früher selbst wiedergewählt hatte, den Führer der N.S.D.A.P. gerade erst zum Kanzler ernannt hatte. Otto Wels in Ehren, als er im Frühling 1933 seine höchst tapfere Rede hielt, aber ausrichten konnte sie nichts mehr: im Unterschied zu dem Generalstreik, den man ein Jahr zuvor, als Papen seinen Gewaltstreich verübte und Severin *nur der Gewalt wich*, zu proklamieren versäumt hat."[1]

„So deutsch ist die SPD", resümiert die gerade zitierte Erörterung; daß es bei der implizierten Bestimmung dessen aber, was deutsch ist, selber nicht blieben müßte, führt schon ihre Fortsetzung im gleichen Aufsatz vor einem halben Jahrzehnt aus, und inzwischen hat sich solcher Wandel nicht nur auf den Weg gemacht, er hat auch jeden nur denkbaren Grund, auf die Bundesrepublik überzugreifen: wie in diesem Moment nicht nur die Abhalfterung eines Generals, der unbequeme Ansichten noch weit unbequemer auch vernünftig begründen kann, sondern einschneidender die Kritiklosigkeit zeigt, mit der man so etwas in der Bundesrepublik einfach hinnimmt, wenn es nur bei einem selbst sich vollzieht, nicht in San Salvador, Nordkorea oder Haiti. Vom Bruch seines Verfassungseids 1975 durch das höchste Gremium der bundesdeutschen Justiz, als es den Radikalenerlaß einer Bonner Regierung, die sich aus unerfindlichen Gründen für sozialliberal gehalten hat, sanktionierte, über eine Lebensbescheinigung durch die gleiche Instanz, seit deren *Rechtskraft* das *Reich* in einem Karlsruher Leitzordner auf der Lauer liegt, bis zur Erschleichung der gleichen Justiz einer effektiven Amnesie für kollegiale Mordgehilfen, die einer kriminellen Vereinigung mit zig Millionen Todesopfern gedient haben — welche Amnesie, da sie nicht rückgängig gemacht werden kann, inzwischen auf symmetrische Ausdehnung *wenigstens* auf eine viel spätere mit infinitesimal geringerer Blutspur wartet — ist die Geschichte der Bundesrepublik eine einzige Bezeugung der zähen Macht wendehalsiger Apparatschiks, ergo hat sie an einem Ostwind, den seine Unverträglichkeit gerade für deren Gedeihen unverwechselbar kennzeichnet, klaren *Nachholbedarf*.

Es kann nicht gedeckt werden, ehe nicht mit der *Hinnahme*, Spielart eins, also derjenigen einer undogmatischen Linken, dieser Überlassung des Nationalen *als Thema* an dessen todessüchtige Monopolträger Schluß ist. Eine These wie meine eigene (seit den frühen Sechzigern) von der revoltierenden Revolutionsunfähigkeit der Deutschen, zielt wie alle Theorie, die Geschichte einzuholen versucht, auf nichts inniger als eine mögliche Praxis, mit der Geschichte sie *überholt*; nicht leichtfertigt argumentiert schon Schelling für die Unvereinbarkeit von Theorie und Geschichte und meinte doch keinesweg so Absurdes damit, wie ihre gegenwärtige Ignorierung. Zu lange sind die Deutschen so den Verkündigungen der Menschenrechte wie der Freiheit selber, die schon ihre Voraussetzung war, hinterhergehinkt; sollte es Zeit für sie sein, sich erstmals in einer politischen Struktur — da alles Präzidierende das Werk von Monarchen war — zu vereinigen, ist es mindestens so sehr Zeit für sie, statt ihren Staat abermals zu einem Selbstzweck, machtbesessenen Monstrum, mißraten zu lassen, ihn als eine feiertägliche Instanz *wehrlosen Ratgebens rings den Königen und den Völkern* zu konzipieren, wie Friedrich Hölderlin es im Sinne hatte.

Deutlich ließe eine solche Möglichkeit jetzt viel weniger sich von Bonn her verwirklichen als etwa von Leipzig. Es sei, befand schon Goethe, der dort studiert hat, „ein klein Paris und bildet seine Leute", das Überraschende ist also lediglich, daß es das immer noch tut.

*

Also kommt es für den Fortgang des Geschehens, das als Aufhebung der deutschen Binnengrenze längst sich unabwendbar zu vollziehen begonnen hat, auf das Einschneidenste darauf an, daß sein dynamisches Zentrum, das im Osten liegt, sich behaupten, seine revolutionäre Spontaneität, die nicht reichsfromm sondern jakobinisch war, sich *so lange es noch Zeit ist* gegen alle naheliegenden Kurzschlüsse wieder herstellen kann, die unter der Parole der Wiedervereinigung auf einen bloßen *Anschluß* der DDR an das westliche Trümmerstück des zerschlagenen Reiches hinauslaufen. Diese Situation ruft das Warnende des notorischen *andern Anschlusses* ins Gedächtnis, also Österreichs 1938, den die deutsche Geschichte vermeldet: vor seiner Realisierung durch Hitler, die ihn wahrscheinlich für alle Zeit diskreditiert hat, ist er im Reich wie in Österreich aufs Betonteste eine *linke* Idee gewesen, auf entpreußende Dezentralisierung der Bismarckschen Blut- und Eisengründung gerichtet und von niemand mit mehr Entschiedenheit ergriffen, getragen und propagiert als den *Austromarxisten*. Während die Situation nicht die gleiche ist, läßt angesichts sozialdemokratischer Beschleunigung des gegenwärtigen Vorgangs sich das Ominöse, das beide Fälle verbindet, als das Schicksal aller bisherigen deutschen Linken Nationalkonzepte bestimmen, in Vereitelung ihrer authentischen Ziele von der Selbstverstümmelungfurie, also den Rechten, geklaut zu werden: wie der Anschluß Österreichs, als er schließlich vollzogen wurde, auf das strikte Gegenteil der für sein Geschichtsrecht entscheidend gewesenen großdeutschen Dezentralisierung hinauslief, könnte angesichts der Expansionsgelüste des bundesdeutschen Kapitalismus dem jetzigen Geschehen eine ähnliche Entstellung beschieden sein.

Sie kann nur verhütet werden, wenn die Dynamik des in Leipzig begonnenen Aufstands sich erstens in ihrer Ursprünglichkeit wieder herstellt, zweitens auf die Bundesrepublik übergreift. Beides ist darauf angewiesen, daß in dieser selbst sich politische Kräfte endlich durchsetzungsfähig artikulieren, die ihm entgegenkommen, also im Stande sind, als dringend benötigtes linkes Korrektiv einem reichsgespenstischen Fatum Paroli zu bieten, das schon wieder auf Sieg setzt.

Ulrich Sonnemann

1 Ulrich Sonnemann, „Klios klinischste Klemme oder Kann die Geschichte der Deutschen gerettet werden?", in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 32. Jg., Heft 4, April 1985, S. 373/374.

Die westdeutsche Linke und das Ende des realen Sozialismus

Angesichts des ‚Volksaufstands' in der DDR, des Defaitismus und Zerfalls der SED triumphieren die Gesinnungsdemokraten und Apologeten der Marktwirtschaft. Es ist zugleich der Triumph einer seit über einem Jahrzehnt gegen die westdeutsche Linke gerichteten ideologischen Offensive, die den nunmehr greifbaren Erfolg in einem weltweit immer brutaler geführten Verdrängungswettbewerb, einem Wettlauf um Spitzentechnologie und Marktanteile und in einem noch immer nicht gebremsten Wettrüsten als die moralische Überlegenheit des Westens feiert.

Die bundesrepublikanische Linke ist stets mit dem DDR-Sozialismus zusammengebracht worden: „Geht doch nach drüben! Dann habt ihr euren Sozialismus". Schon deswegen darf sie zum Bankrott der ostdeutschen Kommunisten nicht schweigen.

Die Neue Linke hat sich in kritischer Auseinandersetzung mit dem traditionellen Marxismus-Leninismus, dem maoistischen Neostalinismus und dem verselbständigten Antiautoritarismus herausgebildet. Theoretisch gelangte sie über die Rezeption des rätedemokratischen Linkskommunismus und der Kritischen Theorie zu einer eigenständigen Position. Diese war stets gegen Sozialdemokratie und Kommunismus gerichtet, gegen das problematische Staats- und Demokratieverständnis beider. In der kurzen Periode der chinesischen Kulturrevolution, der weltweiten Studenten- und Jugendbewegung, des Prager Frühling und des Pariser Mai schien sich die Erwartung einer vielleicht doch möglichen Selbsttransformation der Volksdemokratien für einen Moment zu bestätigen. Doch schon damals hieß dies zum Beispiel für die CSSR, sich notwendig an den liberalen Idealen der bürgerlichen Vergangenheit zu orientieren, wie Krahl diagnostizierte. Die von der KPF mit zu verantwortende Niederschlagung der Pariser Mairevolte und die militärische Unterdrückung der tschechoslowakischen Reformbewegungen machten die unterschwelligen Erwartungen der Neuen Linken an den real existierenden Sozialismus endgültig zunichte.

Was der DDR ursprünglich eine gewisse Sympathie eingebracht hatte, war eine Reihe von Maßnahmen, unter anderem die Abschaffung des preußischen Berufsbeamtentums, mit denen die SED dem NS-Staat ein definitives Ende bereitet hatte. Auch waren die Kommunisten ja nicht sogleich mit der Strategie des ‚sozialistischen Aufbaus', die unvermeidlich auf staatliche Repression hinauslief, angetreten, sondern mit dem Versuch, der Volksgemeinschaft wenigstens nachträglich, das heißt nach der Zertrümmerung der Zentralagenturen der NS-Bürokratie, das Volksfrontkonzept zu verpassen und, wie sie es ausdrückten, die „bürgerliche Revolution von 1848 und 1918" zu Ende zu führen, also eine „demokratische Republik" zu errichten, in der der grundbesitzende Adel und das „Finanzkapital" ihrer sozialen Macht beraubt sein sollten. Es scheint, daß diese Politik — Verstaatlichung der Banken, der Rüstungs- und Grundstoffindustrie, Enteignung der Junker, Verteilung des Landes an kleine Bauern und Tagelöhner — außer bei den Betroffenen nicht auf Widerstand stieß.

Die Politik in der DDR stand von Anfang an unter bestimmten Schwierigkeiten, die von den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Reparations- und Demontagepolitik herrührten. Da die kommunistische Partei Minderheit war, konnte sie sich nur auf die sowjetische Militärverwaltung einerseits und auf eine zu organisierende Volkskongreßbewegung andererseits stützen. Das Verhältnis von Partei und Volkskongreßbewegung war nach dem Muster von bolschewistischer Kaderpartei und Massenorganisationen konzipiert. Weil die sowjetische Europapolitik primär von eigenen Sicherheitsinteressen bestimmt war, war der Status kommunistischer Politik prekär. Die Furcht, dem Interesse an einem neutralen demilitarisierten Gesamtdeutschland geopfert zu werden, war dementsprechend groß. Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED und dem System der Blockparteien schien ein Mittel gefunden, kommunistische Politik zu sichern.

Der demokratische Zentralismus ist entsprechend zu einem Staatszentralismus ausgebaut worden. Die SED wird Staatspartei. Sie beginnt, die Massenorganisationen dem Staat unterzuordnen, ersetzt die Betriebsräte durch den zentral gesteuerten FDGB und forciert die staatliche Wirtschaftsplanung. Nach der Gründung der BRD wird auch die DDR als separater Staat ins Leben gerufen. Dem Aufbau der „Nationalen Front" 1949 folgt dann 1952 die Proklamation des „Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der DDR". — Es ist dies eine Konsequenz, die die SED aus dem Koreakrieg und den Wiederbewaffnungsplänen der Adenauer-Regierung (Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Mai 1952) zieht. Sie gibt damit die Doppelstrategie, die sie zuvor verfolgt hat, auf. Diese Entscheidung für den staatsdirigistischen Kurs hat zur Voraussetzung, daß die Sowjetunion wegen der Westintegration der Bundesrepublik die bis dahin offengehaltene Alternative einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands (die spätere österreichische Lösung) fallen läßt. Der „Aufbau" dieses Staatssozialismus, der mit dem gleichen Verfahren durchgesetzt wird, wie 1928 in der Sowjetunion nach der Abkehr von der „Neuen ökonomischen Politik", erfolgt in Schüben: 1952/3 — 1957-1960 — 1963ff. Dazwischen liegen Perioden der Liberalisierung oder auch parteiinterner Machtkämpfe, wie zum Beispiel infolge des Aufstands des 17. Juni, des „Neuen Kurses" der Sowjetregierung nach Stalins Tod und des 20. Parteitages der KPdSU. Wie Ende der Zwanziger Jahre in Sowjetrußland geht es um ein Programm der Industrialisierung (Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus in Staatsbetrieben), um die Verstaatlichung des Handels und die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Hebel sind Gesetz und administrative Zwangsmaßnahmen, begleitet von Werbekampagnen der Partei. Sie werden eingesetzt gegen den Mittelstand, die Bauern, Handwerker, Handels- und Gewerbeunternehmen in privater Hand, um den Plansektor auszuweiten, aber auch gegen die Kirche und freiberufliche Intelligenz. Obgleich sie sich vor allem bürokratischer Mittel (fiskalische, sozialpolitische, Rationierung der Betriebsmittel) bedient, spricht die SED von „Klassenkampf", also revolutionärer Aktion der „Werktätigen" gegen (restliche) Machtpositionen der „alten Gesellschaft"; sie proklamiert den „konsequente(n) Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien". Die Arbeiterklasse ist ihr, wie die Streikbewegung gegen die Normenerhöhung Mitte Juni 53 zeigt, nicht gefolgt. Der alte Mittelstand hingegen begann sich zu verschanzen oder ging in den ‚Westen'; seine ökonomischen Leistungen aber waren vorerst nicht zu ersetzen.

Allerdings hat es zwischen den Altkommunisten und den technokratisch orientierten „Planern" harte Auseinandersetzungen um Fehlentscheidungen, um das Ausmaß der Zentralisierung und um die Balance zwischen Plan- und Warenökonomie gegeben. Nach der Methode der „Generallinien"-Definition sind wiederholt Oppositionsgruppen, die den Plandirigismus angriffen — 1953 Herrnstadt/Zaisser, 1957 Schirdewan/Wollweber —, kaltgestellt worden, was die Parteiführung nicht gehindert hat, ihre Revisionsvorschläge später, insbesondere in dem 1963 beschlossenen „Neuen System der ökonomischen Planung und Lenkung", zu übernehmen. Die ökonomistisch verkürzte Politikauffassung ist dominant geblieben. Auch

Foto: Abisag Tüllmann

in der kurzen (den Aufständen in Ungarn und Polen folgenden) Zwischenperiode der „sozialistischen Kulturrevolution" ist sie nicht aufgebrochen worden, obgleich die Partei große Anstrengungen unternahm, in der Frauenfrage, im Bildungswesen (polytechnische Ausbildung, Einheitsschule) und im Kulturbereich (Bitterfelder Programm) traditionelle soziale Privilegierungen und ideologische Abgrenzungen aufzulösen. Die Kampagnen und Initiativen der FDJ, der Parteibezirke und einzelner Arbeiterbrigaden setzten von außen, statt bei dem Emanzipationsinteresse derjenigen an, die für die Produktionsgenossenschaften und die Steigerung der Arbeitsproduktivität gewonnen werden sollten; sie behielten etatistischen Charakter. Symptomatisch für das obrigkeitliche Agieren und Politikverständnis der SED ist, daß sie die Ummauerung Westberlins im August 1961 als „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" feiert, weil nunmehr Planberechnungen auf sicherer Grundlage möglich seien.

In dem Folgejahrzehnt des „Neuen ökonomischen Systems" wird die SED eigentümlich funktionslos. Sie setzt auf die „Produktivkraft Wissenschaft" und scheint, gänzlich unbekümmert um die alten dogmatischen Streitfragen, die weitere Entwicklung der DDR-Gesellschaft differenzlos mit der „Wissenschaftlich-Technischen Revolution" zu identifizieren. Mit der Dezentralisierung des Plansystems gehen denn auch nahezu alle Entscheidungskompetenzen auf die staatliche Plankommission, die von Ulbricht als „sozialistische Konzerne" bezeichneten Branchenzusammenschlüsse der volkseigenen Betriebe und auf deren Leitung über. Mit dieser Modernisierung der „Volkswirtschaft" nach den Libermanschen Prinzipien der Rentabilität und Gewinnschöpfung der Betriebe und der flexiblen Preisbildung ist ein weiterer Schritt getan.

Das System, die Warenproduktion mittels finanzieller Kennziffern mit Wertzuordnungen zu leiten, führte nicht nur zu einer „Dekonzentration der Leitungskompetenz". Obwohl es eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, die auf marktkonformes Verhalten hinausliefe, verhindern sollte, war gleichzeitig propagiert worden, daß sich die ökonomisch Verantwortlichen so verhalten sollten, als ob sie sich auf dem Markt bewegten. Die Spezialität der SED im Umgang mit den über den Stalinismus deformierten sozialistischen Traditionsbestandteilen, vor allem mit dem Grundsatz, daß mit dem Übergang zum Sozialismus/Kommunismus Warenproduktion und Geldwirtschaft ebenso zu verschwinden hätten wie der Staat, ist deren unverblümte Etikettierung als sozialistischer Staat und sozialistische Warenproduktion. Hatte schon die KPdSU in den 30er Jahren die Parole der Systemkonkurrenz: „Einholen und Überholen" ausgegeben, so wurde diese Zielvorgabe geradezu zum Markenzeichen der DDR und zugleich zur politischen Falle. Als der DDR wie den anderen Industriestaaten in der Krise der 70er Jahre nichts anderes übrigblieb, als sich am „Weltniveau" zu orientieren und in die Konkurrenz um Spitzentechnologien einzusteigen, hat die SED auch dies als sozialistisches Spezifikum behandelt. Nach innen äußerte sich der doppelte Zwang, in einem aussichtslosen Wettbewerb mit den westlichen Nachbarn mithalten zu müssen und sich gleichzeitig als „sozialistische" Alternative abgrenzen zu wollen, in einer Inflation der Umetikettierungen bürgerlicher Wertvorstellungen, von der sozialistischen Leistungssteigerung bis zur sozialistischen Ehemoral. Daß die Legitimation der DDR trotz des Etikettenschwindels an die Tradition sozialistischer Glaubenssätze gebunden blieb, wirkte sich für ihre politische und wirtschaftliche Führung vor allem deswegen verhängnisvoll aus, weil sie aus dem mit ihrer Gründung gesetzten Teufelskreis nicht herauskommen konnte: Die für technische Innovationen erforderliche Kapitalbildung war unter den gegebenen Bedingungen von der Durchsetzung verstärkter Disponibilität der Arbeitskräfte, Arbeitsdisziplin und Leistungsmoral abhängig, was mit dem sozialistischen Selbstverständnis kollidierte. Das mit ihm verbundene Versprechen eines besseren Konsum- und

Sozialstandards gerade für die unteren Schichten war sowohl vom Gelingen jener Innovation abhängig, wie es die dazu erforderliche Kapitalbildung erschwerte. Die seit der Entspannung zu beschaffenden Westkredite trugen eher zur Verschärfung des Problems bei. Wie im Westen führte auch in der DDR die Konkurrenz um „Innovationsfähigkeit" zur Propagierung von Leistungseliten. Der damit vorgezeichnete Weg hätte aber zur Etablierung neuer technokratischer Führungsschichten entweder jenseits oder innerhalb von Staat und Partei geführt und damit in jedem Falle zur Selbstentmachtung der altkommunistischen Kader.

Es war von daher konsequent, ab Dezember 1970 wieder zur staatlichen Rahmenplanung zurückzukehren und anstelle von Selbstregulierungskonzepten auf „Bewährtes" zurückzugreifen. Ein neuer Zentralismus war angesagt. Zwar hatte die Ulbrichtsche Dezentralisierungspolitik nicht, wie mancher sozialdemokratische Kommentator meint, die Ökonomie der DDR überfordert, aber es ist unbestreitbar, daß die folgende Schwerpunktmodernisierung auf der einen Seite den veränderten Gewichten auf dem Weltmarkt, auf der anderen aber wieder den autarkistischen Bestrebungen und dem traditionellen Planungsschematismus folgte.

Damals hat sich die SED, alarmiert durch die polnische Arbeiteropposition, noch einmal bemüht, nicht gänzlich in der Rolle der Staatspartei aufzugehen, ein proletarisches Profil und eine Kontrollfunktion über die staatliche Bürokratie zurückzugewinnen. Sie nimmt Abstand von der sozialen Differenzierung (inzwischen existierten acht Lohngruppen), kritisiert den exzessiven Einsatz der „monetären Leistungsinstrumente", betont die „Produktivkraft der Arbeiterklasse" und die Bedeutung der zentralen Rahmenplanung. Was sie den „Planern" abtrotzt, ist indessen nicht mehr als die Demontage der „sozialistischen Konzerne" (VVBe) und die Verteidigung des sozialpolitischen Subventionssystems. — Es ist ein ungleiches Tauziehen. Damals gerät die DDR in den Sog der „Ölkrise", zum einen wegen der eigenen Abhängigkeit vom Weltmarkt, zum anderen weil der RGW die internen ‚Kooperations'beziehungen nach den externen Tauschrelationen zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten zu regulieren beginnt. Das ist der Anfang eines Wettlaufs um Exporte, ausgeglichene Handelsbilanzen und technische Rationalisierung, in dem die DDR seit Ende der 70er Jahre immer weiter zurückbleibt. Im Innern kommt ein Umverteilungskarussel in Gang, welches das Planinstrumentarium abnutzt und den Effekt hervorruft, den man als die Auszehrung der ‚real-sozialistischen' Volkswirtschaft bezeichnet, nämlich die Verringerung des Produktivvermögens und eine zusätzliche indirekte Ausbeutung der Bevölkerung. Die Exporte werden subventioniert (Mißverhältnis zwischen dem Erlös und dem für die Produktion erforderlichen Arbeitsaufwand; ungedeckte Modernisierungsfinanzierung der Exportbetriebe auf Kosten der industriellen Infrastruktur); hinzu kommen steigende Verschuldung im Ausland, Kreditfinanzierung des Staatshaushalts, undurchsichtige Devisengeschäfte, Geldvermehrung und Doppelwährung im Innern bei fehlendem Angebot an Gebrauchsgütern (Sonderläden, Entwertung der Sparguthaben und Renten).

Je länger dieses Improvisieren, diese Erosion des staatskapitalistischen Plansystems andauert, desto handlungsunfähiger wird, neben der Wirtschaftsbürokratie und den staatlichen Planungsbehörden auch die Einheitspartei, soweit

Foto: Abisag Tüllmann

sie sich als Gegenkraft hat behaupten können. Verwunderlich ist immerhin, daß es ihr unter diesen Bedingungen bisher möglich war, eine systematische Kürzung der Sozialstaatssubventionen für die Mittel des elementaren Lebensbedarfs zu verhindern.

Die derzeitige Krise in der DDR hat also zwei Ursachen: eine ökonomisch bedingte — die mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen Verschlechterungen der Außenhandelsbeziehungen — und eine politische. Die sowjetische Sicherheitspolitik war anfangs auf die Herstellung eines demilitarisierten neutralen Deutschlands gerichtet. Dies hatte der kalte Krieg verhindert. Seine Neuauflage infolge der Reaganschen Aufrüstungspolitik perpetuierte die Frontstellung. Mit der Krise in der Sowjetunion und der von Gorbatschow eingeleiteten Politik geriet die DDR wieder in die Rolle eines Faustpfandes für Verhandlungen über eine Neubestimmung der Sicherheitspolitik in Europa. Die ungarische Politik der Grenzöffnung und bewußt forcierten Auflösung des realsozialistischen Blocks hat die Konstellation allerdings vorschnell zu Ungunsten der sowjetischen Interessen verändert. Die damit einhergehende Oppositionsbewegung in der DDR hat seitdem eine Dynamik gewonnen, die unausweichlich auf Wiedervereinigung, auf die Integration in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem und auf einen deutschen Nationalismus hinauszulaufen scheint.

Dies wird den Druck auf den Arbeitsmarkt verstärken und die mit der Politik der 80er Jahre und dem EG-Binnenmarkt forcierte Tendenz sozialer Differenzierung. Politische Folge wird eine weitere Stärkung der bundesrepublikanischen Position in einem „Europa der Vaterländer" sein, welches als Leitidee die politischen Integrationsbemühungen längst abgelöst zu haben scheint. Man hofft auf eine glückliche Verbindung von freiem Kapitalverkehr, deutscher Dominanz und ethnischer Differenzierung. Inwieweit die inzwischen freigesetzte deutschnationale Dynamik über ihre Instrumentalisierung und Kanalisierung im Interesse bestimmter Kapital- und Politikerfraktionen hinausschießt, ist noch nicht abzusehen. Es gibt jedoch keine Garantie, daß die Gewinner des kalten Krieges Osteuropa zum Nulltarif einstreichen können, und die Deutschen, wie Antje Vollmer meint, ganz friedlich im Nachhinein doch nicht den Zweiten Weltkrieg gewinnen könnten. Ebenfalls keine Garantie gibt es dafür, daß eine modernisierte Volksgemeinschaftsideologie als Kompensation verschärfter sozialer Polarisierung längerfristig nach innen funktioniert und gleichzeitig die EG als Rückendeckung für ökonomisch-imperiale Strategien nach außen dient.

Muß die westdeutsche Linke angesichts der veränderten Weltlage, der nun auch von den Volksrevolutionären der Volksrepubliken anerkannten Überlegenheit des Kapitalismus und der Tatsache, daß der amerikanische Traum von der „One World" nun doch in Erfüllung zu gehen droht, endgültig kapitulieren?

Es gibt keine rote Hälfte der Welt mehr, keine „sozialistischen Länder", mit denen man sich wahlweise identifizieren darf. Das heißt nicht, daß man nicht nach wie vor zwangsweise mit jenen historischen Verlierern identifiziert wird, die doch alles getan haben, um den Siegern nachzueifern, bis nicht mehr einsichtig war, wozu sie überhaupt noch da waren. Konnte man sich doch schon von vorneherein darüber streiten, ob der atomare Schutzschild einer Großmacht mitsamt der brüderlichen Bevormundung der Nationalrevolutionäre in Cuba, Vietnam etc. mehr Nutzen oder mehr Schaden gebracht hat.

In jedem Falle war die politische Einmischung der Neuen Linken gegen jene Politik gerichtet, für die das rote Imperium stand, auch wenn es seinen Vasallen in beschränkten Maße den Rücken freihielt. Mit ihr ist die kommunistische Arbeiterbewegung zu Ende gegangen als eine soziale und politische Form, die durch ein Mischverhältnis bürgerlicher Grundlagen, jakobinischen Radikalismus und sozialer Frustration gekennzeichnet war. Weder hat sie den Horizont bürgerlicher Ökonomie, noch den des bürgerlichen Politikverständnisses überschritten. Die an die Rechtssphäre gekoppelten universalistischen Ideen wurden nicht aufgehoben, insofern Staats- und Gewaltförmigkeit ihnen programmatisch und faktisch vorgeordnet wurden.

Eigentlich müßte jetzt Schluß sein mit der Lüge, dies sei Sozialismus gewesen, gar ein realer. Eigentlich müßte man heute der peinlichen Situation enthoben sein, an jenem Sozialismus doch noch etwas Gutes finden zu müssen, bloß weil er existierte. Er existiert nicht mehr.

Nun ist aber weder gesagt, daß mit diesem Verschwinden die Zwangsvereinnahmung in das rote Feindbild auch verschwände, noch, daß man endlich den Rücken frei bekäme für eine linke Politik. Im Gegenteil, die Unverschämtheit der kapitalistischen Weltbeglücker wächst zunehmend mit den ihnen zuströmenden Volksmassen und deren, aus subjektiver Verzweiflung oder Perspektivlosigkeit resultierender, nationalistisch-sozialdarwinistischer Brutalisierung. Heute Noriega, morgen Castro, heißt es inzwischen. Daß die DDR der NATO einverleibt wird, scheint kein Problem mehr zu sein. Die Verhandlungsbereitschaft der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften nimmt mit der Angst vor dem Kommunismus zusehends ab. Die Dritte Welt ist uninteressant geworden. Die soziale Frage nimmt wieder frühindustrielle Dimensionen an, und in Ermangelung einer internationalistischen Linken sind es derzeit die nationalen und religiösen Bewegungen, worin sie erneut in Erscheinung tritt.

Behrens/Haffner/Lepper

Demokratischer Sozialismus für die DDR

„Je länger der gegenwärtige Zustand anhält, je mehr der Apparat die denkenden Elemente der Gesellschaft zur Verzweiflung bringt, je konsequenter er ihre rechtzeitige Selbstverständigung über mögliche Änderungen verhindert, desto mehr werden alle Energien nur darauf verwiesen, ihn zu vernichten, und desto größer muß nachher zunächst der Wirrwarr der Konzeptionen, desto größer die Gefahr bloßer Desorganisation sein." (Bahro 1977, S. 366)

Im letzten diskus wurde das Forschungsprojekt „Moderne Sozialismustheorie" an der Ostberliner Humboldt-Universität vorgestellt. Die Gruppe um Brie, Land, Jünger und Segert bildet (noch) den Kern der einen „dritten Weg" zwischen der alten administrativ-zentralistischen Kommandowirtschaft und einer „sozialen Marktwirtschaft" nach dem Muster der BRD präferierenden politischen Fraktionierung innerhalb der SED/PDS. Wie sind ihre Vorstellungen über eine „radikale Erneuerung" des Sozialismus in der DDR „hin zu einem auf umfassender internationaler Kooperation gegründeten, außerordentlich konsequenten demokratisch verfaßten, in jeder Hinsicht offenen Sozialismus" (Brie 1989a, S. 186/87) einzuschätzen? Wie ihre Realisierungschancen?

Die offensichtliche Überlebtheit des alten ökonomischen und politischen Systems läßt leicht jede Kritik daran als fortschrittlich erscheinen. Ist man sich so dann auch schnell in der Ablehnung des meist als „Stalinismus" weniger bestimmten denn moralisch denunzierten bürokratisch-repressiven Staatssozialismus und über den strukturellen Charakter der Krise des Systems scheinbar „einig" geworden,

so bröckelt dieser (negative) Konsens der „Opposition" bei der Frage der positiven inhaltlichen Bestimmung einer alternativen demokratisch(-sozialistisch)en Politik schnell ab. Die Bedingungen, Möglichkeiten und Perspektiven einer nicht-kapitalistischen Transformation der DDR-Verhältnisse bleiben nebulös und kontrovers. Kritische Ansätze der sich als „demokratisch-sozialistische Reformalternative" verstehenden Kräfte der Opposition haben sich noch nicht zu einer konkreten programmatischen Konzeption verdichten können und auch die Kräfte der „radikalen Erneuerung" in der SED haben es bisher nicht einmal vermocht, die geistig-reformerische Führung innerhalb der Partei, geschweige denn im allgemeinen Prozeß der Auflösung und des Umbaus des politisch-ökonomischen Systems der DDR zu gewinnen — im Gegenteil.

Immer drängender wird so die Frage, ob es überhaupt noch eine konkrete Chance für die Linkskräfte in der DDR gibt, „sozialistische Lösungsmodalitäten" in die Auseinandersetzungen einzubringen oder ob der Zeitpunkt für eine Reform des ökonomischen Systems und des politischen Überbaus nicht längst verpaßt und verspielt, ein „neues soziales Gleichgewicht" auf absehbare Zeit unmöglich ist — von der Einleitung einer „neuen Phase des sozialistischen Revolutionszyklus" (Segbert 1989, S. 14) einmal ganz abgesehen.[1]

Dabei darf der „Angriff auf die Kernsubstanz der Herrschaftsverhältnisse nicht planlos vorgetragen werden. Die komplizierte Ökonomik hochindustrialisierter Gesellschaften verträgt keinen Desorganisationsschock. Die ökonomische Revolution muß bei aller Radikalität des Ziels die Form der geordneten Transformation haben (. . .). Deshalb ist es dringend notwendig, den ganzen Komplex der Folgerungen vorausschauend zu durchdenken. Erforderlich wären kollektive Planspiele an möglichst realistischen Modellen. Man mag durchaus berechtigt einwerfen, daß Schlachtpläne in der Praxis selten oder nie so durchführbar sind, wie sie auf dem Reißbrett der Strategen entworfen wurden. Dennoch sind sie unerläßlich, um mindestens die Aktivisten vorab mit dem Terrain der Operationen und mit den zu erwartenden Momenten der Situation vertraut zu machen." (Bahro 1977, S. 488/89)

Ein allgemeines Konzept ist leicht formuliert: „Für einen demokratischen Sozialismus käme es darauf an, eine Verbindung von staatlichen, kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Eigentumsformen zu entwickeln, die eine funktionierende ‚Wirtschaftsdemokratie' auf Betriebsebene und eine Einbindung der Marktregulierung in demokratische Entscheidungsprozesse zuläßt." (Hirsch 1990, S. 25) Doch die Zeit für eine konkretere Ausformulierung in offenem gesellschaftlichen Diskurs läuft der auf einen „dritten Weg" zwischen dem alten bürokratisch-administrativem Sozialismus und einem vom Westen aufgezwungenen staatsmonopolistischen Kapitalismus der „freien" und (mehr oder weniger) „sozialen" Marktwirtschaft setzenden Opposition immer schneller davon: „Es geht gar nicht mehr darum, ob die Staatsmacht eine volle internationale Integration der DDR-Wirtschaft will oder nicht, ob sie diese jetzt oder später will. Die einzig relevante Frage ist, ob sie den praktisch vor sich gehenden Prozeß mitgestalten will, oder ob sie ihn der spontanen Selbstgestaltung überlassen will." (Land 1989, S. 219) Kompliziert wird das ganze noch dadurch, daß nicht wenige der alten Machteliten eher geneigt scheinen, im Interesse des Machterhalts den zumindest teilweisen „Ausverkauf" der DDR an den Westen zu betreiben, als sich einer Strategie der radikalen Demokratisierung zu öffnen.[2]

Die SED-Reformer um Brie kritisieren die Entwicklung ihrer Partei, die den notwendigen Diskussionen und Erneuerungs- und Umbauschritten im Wege steht: „Der Usurpation der Macht durch die Parteiideologen ist geschwind die Usurpation durch die Technokraten gefolgt. Ihr Ziel ist, die alte SED-Ideologie abwerfend vor allem an der Macht zu bleiben." (Land 1990) Diese Orientierung auf Machterhaltung untergrabe die notwendige Neubestimmung sozialistischer Politik, begrenze die Möglichkeiten offener und öffentlicher Auseinandersetzung um inhaltlich begründete Positionen. „Eine Mehrheit in der SED setzt nicht auf schnellstmögliche und weitestgehende Demokratisierung unserer Gesellschaft — was natürlich Aktionsraum für alle politischen Kräfte schaffen würde —, sondern auf die Kompetenz der Regierung, der Generaldirektoren, der Leiter, der Parteiexperten und der Verwaltung." (Ebd.) Dabei wird neben der Organisierung eines eigenen unabhängigen Flügels in der SED nicht nur der individuelle Austritt aus der SED und Eintritt in eine neue politische Organisation, sondern auch die Abspaltung von der SED und Gründung einer „modernen" Sozialistischen Partei erwogen, um ihrem nach wie vor bestehenden Ausschluß „von einer Wirkung auf Politik" zu begegnen.

Gegen die drohende „Kapitalisierung" der DDR setzt nun die Ostberliner Forschungsgruppe auf eine weitreichende Demokratisierung der ökonomischen Strukturen, eine „möglichst umfassende" öffentliche Kontrolle der ökonomischen Entscheidungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen (siehe Land 1989, S. 223ff. und Brie 1989b, S. 14): Ein System von Wirtschafts- und Sozialräten (in Betrieben und Kombinaten ab einer bestimmten Größe als „sozialistisch reformierte Variante der Aufsichtsräte kapitalistischer Prägung" und, als Teil der Volksvertretungen, bei allen staatlichen Wirtschaftsorganen von den Kom-

Foto: Abisag Tüllmann **Leipzig, 1963**

munen bis zur „Zentrale") soll der Gefahr der Verselbständigung ökonomischer Rentabilitätskriterien gegenüber den sozialen, ökologischen, kulturellen etc. Interessen der ProduzentInnen und KonsumentInnen begegnen. Dafür sollten die Räte mit starken Kontrollrechten, mittleren Interventionsrechten und schwachen Entscheidungsrechten gegenüber der Betriebsleitung ausgestattet und durch ein „nicht hierarchisiertes und nicht auf Entscheidungen bezogenes Kommunikationsnetz" verbunden sein, um ein Klima der Transparenz und der uneingeschränkt offenen gesellschaftlichen Diskussion über die gesellschaftlichen Probleme zu schaffen und zu festigen. Ob sich diese oder andere Modellvorstellungen von (wirtschafts-) demokratischem Aufbruch jedoch überhaupt institutionalisieren und ob sich dadurch dann wirklich die vielen konkreten Einzel„strategien" der Planung und Steuerung der diversen „Wirtschaftssubjekte" kontrollieren und beeinflussen lassen, muß sich erweisen. Kann durch eine derartige „Bindung der entstaatlichten Betriebe an die Gesellschaft" die inhaltliche Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung auf „soziale Progressivität" realisiert werden? „Die Art und Weise der Bindung und nicht primär der Anteil staatlicher Beteiligung entscheidet dann, daß diese Betriebe in Wirklichkeit gesellschaftliche sind, auch wenn der Anteil ausländischen Kapitals über 50 % liegt." (Land 1989, S. 224)

Das „Projekt" einer sozialistischen Demokratisierung/Demokratisierung des Sozialismus steht dabei vor Fragen, die auch von den „bürgerlichen Demokratien" noch weitgehend unbeantwortet, geschweige denn „gelöst" sind: „Erstens die Frage, wie man Meinungen von Experten, wissenschaftliche Konzepte, Auffassungen von Künstlern und Managern usw. an öffentliche Meinungsbildungsprozesse koppeln kann. Allein schon ein Problem der Sprache. Die zweite Frage ist, wie können öffentliche Meinungsbildungsprozesse so organisiert werden, daß am Ende alle einbezogen sind, und wie kann dabei gleichzeitig verhindert werden, daß der Kommunikationsaufwand explodiert und ein babylonisches Sprachgewirr entsteht, an dessen Ende schließlich überhaupt nichts mehr klärbar ist, weil alle durcheinanderreden, wie das gegenwärtig im DDR-Dialog der Fall ist. Und drittens schließlich: wie müssen öffentliche Meinungsbildung und konkrete politische Entscheidungsprozesse gekoppelt werden? Das wird das letztlich Entscheidende sein." (Jünger 1989)

Mit dem Zerfall des staats„sozialistischen" Systems scheint erst einmal jede „marxistische" Theorie und „sozialistisch-kommunistische" Politik auf absehbare Zeit in der DDR an Überzeugungskraft verloren zu haben. Für die entsprechenden Positionen der linken Reformopposition auch außerhalb der SED/PDS läßt sich nur geringer Rückhalt in der Bevölkerung feststellen. Die meisten haben „längst" jeglichem „Sozialismus" abgeschworen — „Planwirtschaft" gilt als überholt, die Freiheit der „Marktwirtschaft" ist angesagt.

Auch von den Kräften, die eine „Erneuerung" des Sozialismus anstreben, wird aus der Krise von Zentral„planung" und Kommandowirtschaft der Schluß auf einen Übergang zu weitgehend marktförmig organisierter Ökonomie gezogen. Unterschiede bestehen in der Art und Weise, wie die „Notwendigkeiten der Modernisierung", verstanden als Anpassung an den (kapitalistischen) Weltmarkt, im einzelnen exekutiert und reguliert werden, ob beziehungsweise wo und wie die „Brandmauern" gegen eine totale Kapitalisierung und Kommerzialisierung der DDR gezogen werden sollen (siehe dazu auch die Arbeiten von Engler und Marz, die einem Konzept des „dritten Wegs" gegenwärtig keinerlei Chancen beimessen und von vornherein nur eine beschränkende Regulierung der Märkte befürworten). Dabei wird nach wie vor die (nicht nur kulturelle) Hegemonie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des Westens oft sehr unkritisch als Datum gesetzt und entsprechende Kriterien als Meßlatte übernommen (z.B. der wissenschaftlich-technische „Fortschritt"). Zum „objektiven" Desaster dieser spezifischen Form des „Sozialismus" kommt so die weitgehende Orientierungslosigkeit über konkrete Möglichkeiten anderer Formen. Der „Umweg" über ein mehr oder weniger an „Kapitalismus" scheint unvermeidlich, gerade auch, um die Potenzen für eine andere Entwicklung als die in Westeuropa vorherrschende überhaupt wieder kritisch herausarbeiten zu können.

Nachzudenken bliebe über das „Versagen der verbliebenen westlichen Linken": „In einer Situation, in der sie, die zu erheblichen Teilen den (im günstigsten Fall) pervertierten Staatssozialismus und den Kapitalismus stets kritisiert und abgelehnt hatte, als Gesprächspartner gefordert ist, steht sie schweigend an der Seitenlinie, kommentiert gelegentlich den Spielverlauf und mokiert sich über manches. Ihre eigene Kapitalismuskritik ist dermaßen brüchig oder zerronnen, allgemein und beliebig, daß sie kein ernsthafter Gesprächspartner für die Politiker und Wissenschaftler in Osteuropa ist, die rhetorisch noch an einer nichtkapitalistischen Entwicklungsperspektive festhalten, die aber nicht wissen, ob und wie's zu machen geht, und die deshalb ihre Kritik an westlicher Realität zunehmend zurück- und schließlich einstellen." (Segbers 1989, S. 21)

Es gilt, in der gegenwärtigen Situation zugespitzter Transformationsprozesse in Ost und West (nicht zuletzt Binnenmarkt '92), die in ihren Auswirkungen schwer absehbar, einzuschätzen und somit auch zu beeinflussen sind, kontinuierungsfähige Formen politisch-theoretischer Debatte für die nötige Weiterentwicklung marxistischer Theorie und die Neubestimmung der politischen Optionen zu finden. Vorderhand wäre jedoch auf jeden Fall politisch-praktisch „ein möglichst großer, möglichst öffentlicher und möglichst massenhafter Druck auf Wirtschaft und Politik Äzu organisierenÜ, um beide daran zu hindern, auf Beutezug gen Osten zu ziehen." (Schmid 1989, S. 9)

Michael Hintz

1 Zum „krisenhaften Reproduktions- und Entwicklungszyklus des administrativ-zentralistischen Sozialismus" siehe Brie 1989a, S. 187.

2 Nicht, daß die Gefahren einer derartigen Entwicklung nicht gesehen würden: „Wenn die DDR-Wirtschaft aus der Unterordnung unter die staatliche Zentrale entlassen und der Kapitalverkehr internationalisiert wird, dann ist die DDR das optimale Feld kapitalistischer Wirtschaftsstrategien: niedriges Einkommensniveau, niedriger sozialer Standard, geringe wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte, geschwächte und unerfahrene Gewerkschaften, wenig öffentlicher Druck auf Wirtschafts- und Kapitalinteressen und kaum vorhandene öffentliche Kontrolle der Wirtschaft. Das Traumland des Kapitals." (Land 1989, S. 223)

LITERATURLISTE

BRIE, Michael (1989a): Vom Versagen des administrativen Sozialismus. In: Hubertus Knabe (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reinbek, S. 181-191.

BRIE, Michael (1989b): „... dann stehen wir schnell am Rand der Katastrophe". In: *Sozialismus* 1-90, S. 12-17 (Interview vom 18.12.1989).

ENGLER, Wolfgang (1990): Vor schmerzlichen Entscheidungssituationen. Interview in *FR* v. 15.1.1990.

ENGLER, Wolfgang/MARZ, Lutz (1989a): Angst oder Aufbruch? Ein neues Bündnis für eine neue Zukunft. In: *Kommune* 1-90, S. 45-48 (Text am 29.11.89 abgeschlossen.)

ENGLER, Wolfgang/MARZ, Lutz (1989b): Moderner Monopolismus (Existentielle Ängste und illusionäre Projekte). Hektogr. Text v. 8.12.1989. Veröffentl. unter dem Titel „Über moderne Sozialisten im Gewande verschämter Monopolisten. Zur Lage der Wissenschaft in der DDR: Existentielle Ängste und illusionäre Projekte". In: *FR* v. 16.1.1990.

HIRSCH, Joachim (1990): Markt oder Plan: Wohin steuert die DDR? In: *links* 237, S. 24-26.

JÜNGER, Jürgen (1989): „Wir haben einen Geborgenheitsfetisch aufgebaut". Interview in *taz* v. 22.12.1989.

LAND, Rainer (1989): Die Grenze ist offen. Die Wirtschaftsreform der DDR. In: Hubertus Knabe (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reinbek, S. 216-226.

LAND, Rainer (1990): Ist die SED-PDS zur Demokratie fähig? In: *taz* v. 17.1.1990.

MARZ, Lutz (1989): Zu einer modernen Ökonomie der DDR. Leitlinien für eine öffentliche Strategiediskussion. Hektogr. Text November 1989, voraussichtl. veröffentl. in *Prokla* 78 (1990).

POLSTER, Werner/VOY, Klaus (1990): Wirtschaftsreform in der DDR. Ein Beitrag aus der Sicht der Wirtschaftsregulation. In: *Kommune* 1-90, S. 49-53.

SCHMID, Thomas (1989): Neue deutsche Sonderwege. In: *Kommune* 12-89, S. 6-9.

SEGBERS, Klaus (1989): Perestrojka im Jahre 5. In: *links* Nr. 230, S. 19-21.

SEGERT, Dieter (1989): Politische Entwicklung und Wechsel des Sozialismus-Modells. In: *Marxistische Blätter* 12-89.

Das Loch zum Glück

Transatlantic Review*: *Sie sind am 21 April 1934 in Amsterdam geboren. Ihr Vater war Arzt, wie sein Vater auch. Ihre Mutter starb, als Sie zweieinhalb Jahre alt waren. Als Holland von den Nazis besetzt wurde, waren Sie sechs. Welche Erinnerungen verbinden Sie heute mit dem Krieg?*

Joe Mellen-Bart Huges: Nun, eigentlich hatte ich es so gut wie Kinder meistens. Ich erinnere mich an den Hunger und an das Verschwinden von jüdischen Freunden, und einmal kamen auch die Deutschen, um meinen Vater abzuholen, weil er sich geweigert hatte, Mitglied in einem ihrer „Kultur-Zimmer" zu werden. Er versteckte sich unter einer Couch in seinem Wartezimmer. Die Deutschen saßen über ihm, während sie lange auf ihn warteten. Ich erinnere mich, daß ich gegen Ende des Krieges meinen Großvater sah. Er hatte wegen Proteinmangels Ödeme auf den Beinen bekommen — sie waren prall vom Wasser. Er war vollkommen ausgehungert. Mit 85 Jahren hatte er Gras und Blätter im Wald hinter seinem Haus gegessen. Das war alles, was es noch zu essen gab. Befreiung — und das hieß Essen, andere Uniformen auf der Straße, von denen wir Kinder Schokolade bekamen.

Wofür haben Sie sich in der Schule besonders interessiert?

Ich hatte viele Interessen: Mädchen — mit elf Jahren besaß ich 25 Freundinnen; Murmeln — im letzten Kriegsjahr gewann ich mit Murmeln eine Menge Geld, indem ich die gewonnenen verkaufte; von dem Erlös spendierte ich meinen Freundinnen Eis. Außerdem hielt ich viele Tiere, hauptsächlich Kriechtiere und Molche. Mit elf Jahren besaß ich 50 Schlangen, Salamander, Kröten, Frösche und Wassermolche usw. Mit 18 waren es bereits 385 — mehr als ich jemals sonst zu ein und derselben Zeit hatte. Ich zeichnete gern und malte auch gern mit Wasserfarben. Nachdem ich 14 geworden war, verbrachte ich dann mehr Zeit mit Hausaufgaben, hatte nur eine Freundin und spielte Tischtennis und Schach.

Die letzten drei Jahre auf der Schule (von 17 bis 20) waren langweilig. Ich schlief und wartete darauf, daß diese Jahre zu Ende gingen. Während des Unterrichtes las ich damals eine Menge, hauptsächlich Philosophie. Plato, Nietzsche, Freud, Pawlow, Hesse usw. Mein Lesehunger wurde durch Henk geweckt, der mir eine Menge Bücher gab. Er war der einzige Erwachsene, mit dem ich Kontakt hatte, und mein Glaube an sie wurde sehr erschüttert, als er Selbstmord beging.

Nach der Schule begannen Sie mit Ihrem Medizinstudium. Weshalb haben Sie sich gerade dieses Fach ausgesucht?

Schon als Kind wünschte ich mir, später einmal Biologie zu studieren, und dieser Plan verwirklichte sich dann etwas modifiziert im Studium des unbehaarten, sprechenden Affen. Ich wollte mich auf Psychiatrie und Psychoanalyse spezialisieren und dann dieses Fach lehren.

Wann nahmen Sie das erste Mal LSD?

Im Jahre 1958, und zwar als Versuchsperson bei einer Reihe von Experimenten in der Psychiatrischen Abteilung der Universitätsklinik Amsterdam.

Nahmen Sie auch Zucker?

Nein, weil ich den Wirkungsmechanismus bis dahin noch nicht entdeckt hatte. Ich dachte, all die Symptome des Zuckermangels seien wichtige Teile des Experiments.

Hat es Ihnen Spaß gemacht?

Ja, obwohl mir am Ende die Verzerrungen des Gesichtsfeldes große Angst verursachten (sie entstanden durch den Zuckermangel). Ich sah drei Ärzte als gehörnten Teufel, als Schwein und als Schimpansen. Den Teufel sahen auch sechs andere, und drei sahen das Schwein.

Am 15. März 1960 heirateten Sie und setzten das Studium fort. Haben Sie noch weitere Erfahrungen mit LSD gemacht?

Ja, mit Barbara zusammen unternahm ich noch einen weiteren Ver[illegible]such. Er gefiel uns beiden sehr.

Haben Sie Ihr Medizinstudium beendet?

Ja, 1962 meldete ich mich zum Examen, und zwar in Psychiatrie, Neurologie und Pharmakologie, und bestand. Den Rest (Geburtshilfe und Chirurgie) absolvierte ich im April 1964, fiel aber im theoretischen Teil des Geburtshilfe-Examens durch. Ich wiederholte es beim selben Professor in einem 10-Minuten-Rigorosum unter vier Augen, und ich fiel wieder durch. Danach strich der Staat mein Stipendium, und ich beschloß aufzuhören.

Nach zehn Studienjahren?

Ja. Ich wollte sowieso nie praktizieren. Die Beschränkungen und Verpflichtungen, die der Arztberuf mit sich bringt, machen ihn ziemlich unerträglich.

Wann haben Sie das erste Mal Marihuana geraucht?

Alle meine Freunde rauchten und hatten öfter vergeblich versucht, auch mich zu überreden. Im Sommer 1962, nachdem ich den Hauptteil des Examens bestanden hatte, machte ich Ferien auf Ibiza, um selber herauszufinden, ob Marihuana ähnliche Wirkungen wie LSD hervorruft, und um zu prüfen, ob Suchtgefahr besteht. In allen Büchern, die ich gelesen hatte, war es nämlich nicht als toxische Substanz beschrieben. Ich rauchte davon eine Zeitlang soviel ich konnte und hörte dann plötzlich auf. Nachdem ich keine Entziehungssymptome feststellte, fing ich wieder damit an.

Im Januar 1963 wurde Ihre Tochter geboren, und Sie nannten sie Maria Juana. Wie reagierten die Leute darauf?

Mit allem möglichen hysterischen Unsinn. In Klatsch- und Skandalspalten erschienen Fotos von ihr, man munkelte von Orgien und behauptete zum Beispiel, daß meine Frau und ich gar nicht verheiratet seien usw. usw.

Im November 1962 entdeckten Sie den Mechanismus des veränderlichen Gehirnvolumens. Wie kam es zu dieser Entdeckung?

Als ich beim Marihuana-Rauchen auf Ibiza einmal „high" war, traf ich dort Titi. Er stand auf Parties immer eine ziemliche Zeitlang auf dem Kopf. Als ich ihn fragte, warum er das tue, erklärte er, es bringe ihn

„high". Mein Vater stand auch jeden Morgen auf dem Kopf — „um in Form zu bleiben", wie er sagte. Ich hatte mich immer so fit gefühlt, daß ich keinerlei Grund sah, mir solche Übungen anzugewöhnen. Aber jetzt stellte ich mich eine Viertelstunde lang auf den Kopf und wurde „high".

Im November gab mir in Amsterdam Germ (der durch einen Autounfall das Dritte Auge bekam und der seine Tochter Mescalina nannte) ein wenig Mescalin, und damals hatte ich die erste klare Vorstellung vom ganzen Vorgang. Ich erkannte, daß das erweiterte Bewußtsein auf die Erhöhung des Gehirnblutvolumens zurückzuführen war. Die Funktionssteigerung mußte als durch mehr Blut im Gehirn verursacht worden sein, was bedeutete, daß von etwas anderm weniger darin enthalten sein mußte. Und dann merkte ich, daß es sich um eine Verringerung der Rückenmarksflüssigkeit handelte.

Wie hatte man das Phänomen bis dahin medizinisch erklärt?

Durch eine unbekannte chemische Tätigkeit der Gehirnzellen.

Wie entdeckten Sie den Vorgang?

Obwohl mir die Ursache bekannt war — das größere Gehirnblutvolumen — hatte ich bislang den eigentlichen Vorgang nicht wahrgenommen, nämlich die Kontraktion der Venen. Ich erkannte das erst später unter LSD-Einfluß.

Als Sie nun erkannt hatten, daß das erweiterte Bewußtsein von der Vergrößerung des Gehirnblutvolumens herrührte, war dann nicht der Zuckerbedarf beim Einnehmen von LSD eine logische Folgerung?

Ja. Daß Gehirnzellen dem Blut mehr Glukose entziehen als andere Körperzellen, ist für Mediziner eine bekannte Tatsache.

Ist der Zuckermangel unvermeidlich, wenn das Volumen des Gehirnblutes vergrößert wird?

Ja. Das Gehirn lebt nun einmal von Glukose und Sauerstoff, trotz allem, was da immer über den Heiligen Geist und die geistige Nahrung geredet wird.

Wann beschlossen Sie, sich ein „drittes Auge" anzuschaffen?

Nachdem ich im Gefängnis durch eine Untersuchung der Rückenmarksflüssigkeit außerhalb des Zentralnervensystems den Mechanismus überprüft hatte, und zwar nach der Druckmethode, wie ich sie in meinem Traktat beschrieben habe, dachte ich daran, ein Loch ins untere Ende des Rückgrats zu bohren, um die Flüssigkeit abzulassen. Und während ich über Löcher nachdachte, fiel mir ein, daß es eines gewissen Druckes bedurfte, um die Flüssigkeit aus dem System zu pressen. Und dabei erkannte ich, auf Grund der Tatsache, daß im Gehirn ein Druck herrscht (weil sich der Schädel bei den meisten Menschen im Alter zwischen 18 und 22 Jahren schließt), daß ein jedes Loch in der knöchernen Wandung des Systems den Druckausgleich herbeiführen mußte. Da aber, wie mir etwas später klar wurde, ein Loch im Rückgrat zuheilen würde, mußte ich es in den Schädel bohren, wo es offenblieb.

Und als Sie sich nun für das „dritte Auge" entschieden hatten, was taten Sie da?

Einer meiner Hauptgründe, warum ich den Traktat schrieb, war die Unterrichtung der Ärzte. Ich besuchte ungefähr 20 Professoren der Psychiatrie, der Anthropologie, der Neuro-Anatomie usw., und deren Reaktionen waren ausnahmslos negativ.

Wieso negativ?

Die Professoren waren höflich, wollten aber nicht mitmachen. Zwei Chirurgen erklärten, sie verstünden den Vorgang, aber wagten noch nicht, ihre Vorgesetzten um Erlaubnis für den Eingriff zu fragen.

Wie lang haben Sie nach einem Arzt gesucht, bevor Sie beschlossen, es selbst zu machen?

Zwei Jahre lang.

Am 6. Januar 1965 schließlich, als Sie auf keinerlei ärztliche Unterstützung mehr rechnen konnten, operierten Sie sich selbst?

Ursprünglich wollte ich es schon ein halbes Jahr früher machen, aber meine Freunde hatten mir die Instrumente weggenommen, um mich von der Operation abzuhalten.

Sie mußten Ihr Vorhaben beim zweiten Mal also geheimhalten?

Ja. Meine Frau wußte, daß ich es tun würde, aber niemand wußte, wann.

Welche Instrumente haben Sie benutzt?

Einen elektrischen Bohrer, ein Skalpell und eine hypodermische Spritze für die örtliche Betäubung.

Wie lange dauerte die Operation?

Eine Dreiviertelstunde.

Hatten Sie Schmerzen?

Nein

Auch nicht danach?

Nein.

Wie lange dauerte es, bis die Wunde verheilt war?

Drei Tage.

Welche Wirkungen verspürten Sie zuerst?

Den zunehmenden Druck im Schädel. Es dauerte ungefähr vier Stunden, bis die Rückenmarksflüssigkeit herausgepreßt war.

Und jetzt sind Sie ständig „high". Wie würden Sie jemandem, der bewußtseinserweiternde Drogen eingenommen hat oder eine Viertelstunde lang auf dem Kopf stand, Ihren Zustand schildern?

Mir ist jetzt zumute wie vor der Vollendung meines 14. Lebensjahres.

Wenn Sie ständig „high" sind, leiden Sie dann nicht auch an ständigem Zuckermangel?

Der Zuckerspiegel in meinem Blut ist niedriger als zuvor, aber Leber und Nebennieren haben sich dem größeren Bedarf an Glukose angepaßt.

Was geschah nach der Operation?

Ich machte zehn Tage später die Öffentlichkeit damit bekannt, und zwar durch Abnehmen des Verbandes bei einem Happening. Eine Woche danach gab ich eine Pressekonferenz, vor der ich in der Universitätsklinik eine Röntgenaufnahme hatte machen lassen. Ich wurde eine Stunde lang von zwei Psychiatern festgehalten und erst entlassen, als ich versprach, am nächsten Tag wiederzukommen. Ich erzählte das auch den Journalisten, aber sie brachten davon nichts in der Zeitung. Am nächsten Tag ging ich mit zwei Zeugen in die Klinik. Dann bildeten auf

einmal zehn Pfleger einen Kreis um mich und brachten mich gewaltsam in die Anstalt, wo ich drei Wochen lang ohne meine Zustimmung „zur Beobachtung" festgehalten wurde. Am Tag nach meiner Entlassung schrieb die Presse darüber. Einen Monat später erschien ich im Fernsehen, kurz nachdem die Regierung eine Erklärung veröffentlicht hatte — sie wurde in der Nachrichtensendung des Fernsehens verlesen — daß Bart Hughes' „Homo Sapiens Correctus" nicht zu 99 Prozent, sondern sogar zu 100 Prozent Blödsinn sei!

Empfehlen Sie das „dritte Auge" für jeden?

Ich plädiere für die Möglichkeit, daß jeder Erwachsene, der es wünscht, sich trepanieren lassen kann.

Wer würde das dann wünschen?

Jeder, der den Vorgang versteht. Es gibt keinen Grund, warum auch nur ein einziger Erwachsener darauf verzichten sollte, wenn er von der lästigen Behinderung durch die Erdenschwere befreit werden will.

Sie sagen also: Gebt allen Erwachsenen ihr verlorenes Gehirnblut wieder, und sie werden schon mit sich zurecht kommen, oder?

Ja. Wenn das Zentralnervensystem genügend Blut hat, ist es ein besserer Doktor als ihr Hausarzt.

Wie steht's mit der Diät?

Täglich Salat essen.

Glauben Sie, daß das Erwachsensein irgendwelche Vorteile gegenüber dem trepanierten Zustand besitzt?

Nein. Je älter man ist, desto wohltuender werden die Erfahrungen nach der Trepanation sein.

Sie sagten, daß Sozialreformen beim Individuum beginnen müßten. Können Sie darauf etwas näher eingehen?

Der Feind heißt: zu großer Ernst. Der Erwachsene ist sein Opfer — die Gesellschaft seine Krankheit. Mein Problem ist es jetzt, wie ich den Erwachsenen, die zu wenig Blut im Gehirn haben, um das zu verstehen, erkläre, daß sie zu wenig Blut im Gehirn haben, um zu verstehen.

Glauben Sie, daß man in trepaniertem Zustand ein besseres gesellschaftliches System schaffen kann?

Ich glaube, daß keine Organisationsform der Erwachsenen optimal funktionieren kann, wenn nicht jeder Erwachsene innerhalb dieser Organisation trepaniert ist.

Sehen sie in einer trepanierten Gesellschaft bedeutende Veränderungen?

Größeren Erfolg bei sozialen Unternehmen, Beschränkung aller Aktivitäten auf das Notwendige und, indem die erwachsenen Menschen Originalität und schöpferische Kraft wiedergewinnen, einen Fortschritt in der Technik.

Sehen Sie eine Zukunft für die Kunst?

Unter verjüngten Erwachsenen wird Kunst wohl eine allgemeine Übung sein und nicht mehr ein spekulatives Unternehmen von Eingeweihten.

Man hat Sie des Evangelismus geziehen und Ihnen vorgeworfen, daß Sie wie ein Messias auftreten. Was sagen Sie dazu?

Ich ziehe tatsächlich meinen trepanierten Zustand dem vorherigen Erwachsensein vor, aber ich bin Atheist, und mich hat ganz bestimmt niemand gesandt.

Meinen Sie, daß LSD der Öffentlichkeit zugänglich sein sollte?

Nur in Verbindung mit Zucker (ein Pfund pro Reise) und zusätzlichem Vitamin C. Und in überwachtem Kreis. Überwachung durch jemanden, der weiß, was vorgeht, ist erforderlich, damit die Leute ihrer eigenen Unkenntnis nicht zum Opfer fallen.

Ihre Ansichten sind optimistisch, aber können Sie so sicher sein, daß sich in einer trepanierten Gesellschaft die Interessen der einzelnen ergänzen? Würde es nicht noch heftigere Konflikte und ein noch größeres Chaos geben?

Ich bin sicher, daß sich die Zunahme des ‚gesunden Menschenverstandes' in einer besseren Zusammenarbeit niederschlägt. Es wird weniger Konflikte und kein Chaos geben, weil die Kommunikation nicht so sehr auf der Zahl der benutzten Worte beruht, sondern auf ihrer Bedeutung.

Es wird unter den etwas wilderen ‚Visionären' viel über einen Wechsel der Ausdrucksmöglichkeiten gesprochen, z.B. den Ersatz der Wörter durch Farben. Wie steht es damit?

Ich halte es für gut, unnötige Wörter durch Farben zu ersetzen und die paar übrigen zur Übermittlung von Informationen zu benutzen.

Welche Rolle wird die Frau in dem Staat spielen, den Sie vorschlagen?

Die Trepanation wird jeden dazu befähigen, seine Möglichkeiten besser zu erkennen. Meiner Meinung nach sind die latenten Fähigkeiten des Zentralnervensystems bei Männern und Frauen gleich.

Glauben Sie, die Menschheit kann ab jetzt ohne Religion leben?

Trepanierte Menschen werden es nicht für nötig halten, abstrakten Worten Bedeutungen zu unterlegen oder einen neuen Aberglauben zu erfinden. Der ‚Glaube an die Unsterblichkeit der Seele' ist nur eine Aneinanderreihung bedeutungsloser Wörter.

Besteht die leise Hoffnung, daß die Furcht als motivierender Impuls im menschlichen Verhalten durch etwas anderes ersetzt wird?

Der Feind heißt Ernsthaftigkeit. Viele Züge im Erwachsenen entspringen der Furcht, sie könnten die Gewalt über den Rest Blut im Gehirn verlieren. Die Trepanation, die das Blut, das im Laufe des Wachstums verlorenging, wieder zubringt, beseitigt damit den Hauptgrund der Furcht.

In einer trepanierten Gesellschaft wird es größere Individualität und Freiheit geben als in der jetzigen. Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach der Staat dabei?

Der Staat sollte den Individuen dienen und nicht umgekehrt. Er sollte für alles Lebensnotwendige Sorge tragen.

Wie erklären Sie sich die Hinkehr zu fernöstlichen Lehren und Religionen, die der LSD-Gebrauch in Amerika ausgelöst hat?

Das ist eine Reaktion auf das offensichtliche Chaos der westlichen Zivilisation — aber die Leute kennen die physiologischen Tatsachen nicht, deshalb nehmen sie keinen Zucker. Ich kann verstehen, wenn sie sich außerhalb der USA umsehen und nach dem „Geheimnis" der esoterischen Lehren altertümlicher Religionen suchen — aber es gibt natürlich kein Geheimnis.

Glauben Sie, daß die Methode einst bekannt war?

Hieronymus Bosch, Das Steinschneiden (um 1490)

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß der eigentliche Vorgang bekannt war, wohl aber Umstände, die damit verbunden sind, die dazugehören; Joga-Kopfstände und Trepanation sind schon immer gemacht worden.

Man kannte die Wirkung, aber nicht die Ursache?

Wenn auch der Vorgang bekannt war, so ist dieses Wissen doch niemals aufgezeichnet worden.

Ist Trepanation schon bei der Heilung Wahnsinniger angewandt worden?

Ja. In den Schriften und Bildern von Hieronymus Bosch wird dergleichen geschildert.

Warum, glauben Sie, ist diese Therapie in Vergessenheit geraten?

Sie wird einen unerwünscht schlechten Ruf gehabt haben, da sie bei Geisteskrankheit angewandt wurde. Das Loch wirkte wahrscheinlich wie ein Stigma, das die ehemalige Geisteskrankheit seines Trägers verriet.

Ihres Wissens ist die Trepanation jedoch niemals aus anderen Gründen angewandt worden?

Auf jeden Fall nicht in größerem Umfang. In gewissen antiken Kulturen war sie im Gebrauch, und sie war und ist noch heute als religiöse Übung in einigen Teilen der Erde üblich. In Zentralafrika wird sie gewöhnlich zur Behandlung von allen möglichen Krankheiten verwendet.

Nach offizieller westlicher Meinung ist diese Operation eine Verstümmelung und erfüllt keinerlei Heilzweck?

Ja, Der Vorgang ist in der Medizin unbekannt. In Wirklichkeit gibt es zwei Indikationen: die allgemeine bei Erwachsensein, die speziellere bei Geisteskrankheit.

Erwachsensein ist ja wohl kaum eine Krankheit, oder?

Es ist das Ende der Jugend, eine unnötige Behinderung. Ob sie den Verlust des Gehirnblutes, der die Erdenschwere verursacht, als Krankheit bezeichnen oder nicht, ist irrelevant — auf jeden Fall kann er behoben werden.

Gibt es Kontra-Indikationen?

Nein. Ich nehme an, daß in Fällen schweren Erwachsenseins kurz nach der Operation Depressionen eintreten, eine Phase des Zurückblickens.

Wie kamen sie zu der Erkenntnis, daß das Ego nur ein bedingter Reflex ist?

Aus der Beobachtung, daß die Egos anderer Leute bei längerem Zuckermangel sich veränderten, schloß ich, daß das Ego ein bedingter Reflex ist.

Wofür hat man es vorher gehalten?

Freud weist ihm einen Platz innerhalb der Persönlichkeitsanteile zu, erklärt es aber nicht. Descartes sagte cogito ergo sum, und Sartre äußerte auch ein paar Gedanken darüber — ich habe sie jetzt vergessen.

Die Zeitungen berichten, Sie hätten gesagt, jeder könne sich leicht selbst trepanieren. Stimmt das?

In dem Traktat habe ich geschrieben: ‚Wer den heutigen Stand der Operationstechniken kennt, kann es leicht selbst machen.' Ich habe nicht geschrieben: ‚Ohne das heutige Wissen . . .', weil ich es nicht so gemeint habe.

Letzte Frage: Wie würden Sie ein Genie definieren?

Jemand, dem das Wissen um den Unterschied zwischen Ja und Nein angeboren ist.

* Das Interview stammt aus der *Transatlantic Review* 23 und erschien vor Jahren in *Pardon*.

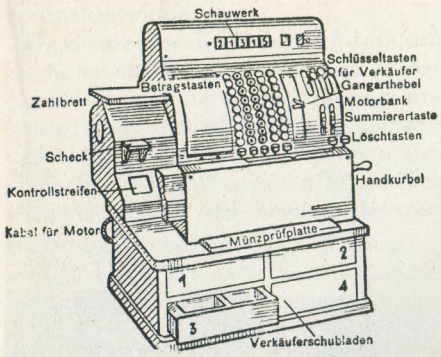
Was läuft im Kino, wer läuft ins Kino?

Wer heute ins Kino geht, muß sich gleich doppelt ärgern. Einmal über den gnadenlosen Dummsinn, für den man bezahlt hat, und dann über sich selbst, daß man wieder aufs Feuilleton oder auf die falschen Leute gehört hat. Doch von denen scheint es zu wimmeln, denn wen immer man fragt, alle sind ganz begeistert.

Der Koch, der Dieb, seine Frau und ihr Liebhaber

Vorhang auf. Vom unheimlich blauen, zum Restauranteingang hin abschüssigen Parkplatz durch die paradiesdschungelgrüne Kathedralenküche in den blutroten Speisesaal. Die Kamerafahrt wie an einer Bühne entlang. In der Küche, die auch Werkstatthallencharakter hat (ein Ventilator darf nicht fehlen), singt der abwaschende Küchenjunge einen Waschemich-rein-Psalm. Hier beschützt der Koch, dessen Kleidungsfarbe sich als einzige nicht der jeweiligen Raumfarbe anpaßt, die beiden Liebenden vor dem Despoten. Von hier werden die beiden vertrieben, flüchten in einem Wagen voll Tod und Verwesung (ein nicht angenommenes Geschenk des Despoten für den Koch), um dann in einem Bücherhort der Französischen Revolution von einem schwarzen Konditor namens Eden reingewaschen zu werden. Der Liebhaber muß seine Französische Revolution fressen, der Despot ihn. Peng, Despot tot, Vorhang zu. Fragezeichen.

In diesen Film zu gehen heißt, sich wie eine defekte Registrierkasse zu fühlen: ständig hämmert es Zeichen in einen rein, dann rattert man vor sich hin bei der Suche nach Sinnzusammenhängen und schließlich macht es dann hoffentlich doch einmal pling und es kommt was dabei raus. Leider nur allzu selten. Aber registriert und lediglich kalt registriert wird immer, auch die Obszönität und Grausamkeit. Aha Scheiße essen, aha Leiche essen, aha Bauchnabel rausschneiden, aha jetzt müßte ich eigentlich Ekel empfinden, nur warum nicht?



Es gibt eine Szene im Film, die das erklärt: Da weichen sich die beiden Liebenden in der Rupfkammer gegenseitig aus. Sie, indem sie seine Frage, warum sie überhaupt mit dem Tyrann verheiratet sei, mit der Gegenfrage nach seiner Unverheiratetheit abwehrt. Und er, indem er daraufhin von einem Film erzählt, an dem er das Interesse verloren habe, weil die Hauptperson das anfängliche lange Schweigen gebrochen habe und auf einmal nicht mehr offen war, „was wohl als nächstes passieren würde", es war einfach nicht mehr „alles möglich". Sie kontert: „Und jetzt, wo du den Mund aufgemacht hast, erwartest du, daß ich mein Interesse verliere?" Und er: „Das war nur ein Film."

Der letzte Satz ist natürlich ironisch selbstbezüglich. Denn dies ist auch nur ein Film und Herr Greenaway meint sich davor hüten zu müssen, den Figuren zuviel Geschichte und Motivation zu geben, weil sonst ja nicht mehr alles möglich wäre. Dann ginge nämlich die freie allegorische Anschließbarkeit flöten, und an der ist ihm doch sehr gelegen. So werden die Figuren zu bloßen Spielsteinen, die immer neu mit Bedeutung zu besetzen sind (deswegen ist der Despot z.B. auch so furchtbar überzeichnet). Deswegen wirken aber auch die Grausamkeiten nicht, die ihnen widerfahren, man hat keinen Bezug zu ihnen. Außerdem geht hier der Farbenknaller ganz besonders nach hinten los, weil alles in so sanftes warmes Licht getaucht ist.

So sitzt man also und registriert immer gleich kalt und intellektuell vor sich hin. Pling eben. Aber was gibt es da nicht alles zu sehen! Jede Einstellung ein komponiertes Tableau, immer in Überfluß schwelgend. Nur eins der kargeren Stilleben sei hier beschrieben: da sitzt der Koch in der Küche und muß sich entscheiden, ob er den Liebhaber nun zubereiten will oder nicht. Und ach wie erdrückend schwer lastet die Entscheidung in Form zweier schwarzer, großer, symmetrischer, dreieckiger Rauchabzüge auf ihm. Und plötzlich wird auch das pyramidenförmige Kochtopfgestell im rechten Bildrand durch seine Dreiecksform zur Drohung.

Aber nicht, daß wir den Humor verlören, denn ironisch lustig wiederholt sich das Dreiecksmotiv noch zweimal in der Espressokanne auf dem Herd. Auch bleibt der Koch Herr seiner Küche, denn wir sehen ihn zentral über die Mitte des Herds hinweg und auch direkt unter der Symmetrieachse der Rauchabzüge sitzen, ja sogar mitten vor dem großen Ofen, in dem . . . — Furchtbar! Davor müßte man sich eigentlich ekeln, vor soviel selbstverliebter, dekadenter ästhetischer Spielerei.

Was soll man von alldem halten? Ist Greenaway der Koch, der Künstler, der listig die Macht, von der auch er abhängig ist, im Dienste der wahren Menschlichkeit hintertreibt? Das ist genauso platt wie es sich anhört und doch angemessen, weil dies genau die abgelutschten Klischees sind, die einem ständig zum jonglieren gegeben werden. Eine „Jacobean Revenge Tragedy" in einem spektralfarbenen Verdauungstrakt? Von mir aus.

Aber erleben wir in diesem — seinem angeblich gesellschaftskritischsten Film — denn tatsächlich „Augenfolter — und Augen-Lust, . . . dem schockartigen Vorgehen einer enttabuisierenden Aufklärung in gleichem Maße wie ihrer Ästhetik verpflichtet" (*FR*, 24.11.1989)? Auf keinen Fall. Denn Schock und Tabu gehen im Zeichenwust unter.

Greenaway bedient erstmal sich selber, und dann das ganze postmoderne Feuilletonisten- und Seminaristenrudel, das so richtig schön lustvoll resignativ mit den hingeworfenen Signifikantenbröckchen spielt (die verselbständigen sich ja sowieso), um dann schön brav zu schlucken. Von wegen lustvoll und von wegen den Leuten an die Nieren gehend: Kreuzworträtselspaß ist das, übermäßig verwichtigt aus Angst, irgendwas gefährliches wirklich an sich ranzulassen, weil da könnte man ja aus dem schäbigen Gleichgewicht kommen. Merkwürdigerweise ist das aber genau das, was Greenaway will. „Revolutionäres bürgerliches Kino, aus dem die Menschen durch ihre eigenen Begierden vertrieben werden." (*Konkret*, 1/90) Er möchte nämlich an Tabus rühren (Tod und Kannibalismus in diesem Fall), ein Provokateur sein wie Pasolini, sagt er. Pling.

Was bleibt? Natürlich das neueste Schlagwort: Greenaway als „ein Erfinder von Systemen, die das Durcheinander organisieren, . . . ein einigermaßen ironiebegabter cineastischer Chaosforscher." (*Konkret*) Das bin ich auch. Hier nur ein kleiner Drehbuchauszug: „Rdngrz: ‚Ldjfdaueirn ienjl!'". Chaos, an der Oberfläche geordnet durch das Sprachsystem. Aber irgendwie russisch, nicht? Und der Aufschrei nicht irgendwie revolutionär mitreißend? Pling.

sex, lies & videotapes

Viel schlechter und eigentlich nur interessant, weil dieser Film noch weniger negative Kritik bekommen hat als Greenaways, ist sex, lies & videotapes, Preisträger der Goldenen Palme von Cannes. Dieser Film also hat Wim Wenders und Peter Handke (beide Jurymitglieder) den „Glauben an die Lebenskraft des Kinos" vermittelt:

Ein plumper Moritatsplot hinkt unglaublich langsam dem unvermeidlich guten Ende entgegen, auf Gegensatzkrücken: zwei gegen zwei, gut gegen böse, schwach gegen stark, impotent gegen potent, reden gegen tun, krank gegen gesund. Die zwei Kranken (natürlich Männchen und Weibchen) heilen sich gegenseitig, der Böse bekommt sein Fett weg, die nicht ganz so Böse noch eine Chance. Aber belügen tun sie alle, die Bösen die Guten und sich selbst, die Guten nur sich selbst. Am Ende dann natürlich nicht mehr. Das kommt alles vom Video.

Womit wir wieder bei der Onanieästhetik sind. Ein Filmemacher macht einen Film. Was ist die zentrale Metapher? Das Filmen. Und da er auf der Höhe der Zeit ist, natürlich Video, und zwar als Prothese des zerrissenen modernen Menschen, Distanzmittel und Näheersatz gleichzeitig. Aber es kommt wieder alles ins Lot, auch durchs Video, indem es gegen den kranken Menschen selbst angewandt wird. Da löst sich der Knoten und er kann wieder lieben. Das tut schon weh genug, doch damit nicht genug: da ist auch noch das Szenenüberblendungsprinzip des Steven Soderbergh (seine Schauspieler nennen ihn liebevoll Subtilbergh): am Ende der gegenwärtigen Szene hören wir schon den Ton der folgenden. Das macht am Anfang noch Sinn, wenn es um die Einführung der Personen geht, weil der in die Szene zurückreichende Satz sich zumeist auf die Person dieser Szene bezieht und so das Verhältnis der Leute zueinander aufgebaut wird. Doch dann verselbständigt sich dieses Stilmittel und gerät so zum reinen Selbstzweck, nervt einfach nur noch. Schließlich das Spiel mit der Farbe: im schönen Goldbraun treiben es die Lügner zu Beginn. Folglich ist jedesmal, wenn von Sex die Rede ist (und das ist ständig der Fall), goldbraun im Spiel: immer sehen wir dann nämlich eine Lampe im Bild, die genau dieses Licht verströmt, und das auch noch ständig unmotiviert tagsüber, damit's auch jeder merkt. Wie Greenaway fehlt es dem Ästheten Soderbergh nicht an Witz, denn auch das Getränk, das zu den Videooffenbarungssitzungen gereicht wird, ist goldbraun. Tee nämlich, aber Eistee, damit das heiße Gesprächsthema nicht zu sehr erhitzt. Natürlich geht der Tee dann am Wendepunkt, wenn Sex und Lügen zu Liebe und Wahrheit werden, aus und sie trinken klares, reines Wasser.

Warum nur gefällt dieser Film so vielen? Verteilt über die Personenabziehbilder sind Eigenschaften, die die Zuschauer alle gern in sich vereinigen würden (und das im Film auch kurzzeitig tun): das selbstbewußte, leidenschaftliche, (womöglich noch künstlerisch) expressive, und das feinfühlige, scheue, verletzliche Weibliche und Männliche. Außerdem geht es um schöne Menschen ohne Geldsorgen (nur der Böse bekommt sie zum Schluß, als Strafe), und das wären wir doch alle gerne.

Und wäre es nicht schön, wenn auch unser Leben und unsere Probleme rein privater Natur wären und wir beides im entsprechenden Ambiente pflegen könnten, als Hobby gewissermaßen? Schöner Wohnen im eigenen Kopf.

Raymund Burghardt

Frankfurt/M., Okt. 1987

Foto: Abisag Tüllmann

Katalysator und Puffer

Stadtplanung im sozialdemokratisch regierten Frankfurt der 60er und 70er Jahre

„Wo hoch gebaut wird, dürfen die Mieten nicht in den Himmel wachsen".

Dieser sozialdemokratische Slogan zur letzten Frankfurter Kommunalwahl verknüpft zwei qualitativ scheinbar ganz unterschiedliche Aussagen: eine ökonomische „Naturnotwendigkeit" und einen politischen Imperativ. Daß nämlich hoch gebaut wird, erscheint als Tatsache, als unhinterfragbare Voraussetzung, während der Imperativ auch mit seinem Gegenteil rechnet: Wo es nötig ist, ein Ge- oder Verbot auszusprechen, passiert offenbar das Unerwünschte. Die Verknüpfung in der Parole verdeckt und erhellt zugleich, daß ihr eine Trennung vorausgeht: die der Wirklichkeit in hinzunehmende ökonomische Fakten und in politische „Spielräume". Denn was als Verschiedenes erscheint, beruht bei näherem Hinsehen auf den gleichen Ursachen.

Sowohl der Drang, hoch zu bauen, als auch die Mietpreise pro Quadratmeter zu steigern sind nur unterschiedliche von Grundeigentümern angewandte Formen, aus ihren Grundstücken maximalen Gewinn zu schlagen. Der Widerspruch zwischen dem Interesse der Grundeigentümer und dem menschlichen Grundbedürfnis des Wohnens zeigt sich am schärfsten in den Großstädten, die sich am dynamischsten entwickeln, so auch in Frankfurt. Das Flächennutzungsgefüge der Stadt ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Standortorientierungen und Zahlungsfähigkeit. Dies führt zur Verdrängung der Wohnbevölkerung durch Unternehmen, die nun mal eher in der Lage sind, die astronomischen Mieten in der Innenstadt aufzubringen.

Neben die Zweckentfremdung und Vernichtung von Wohnraum tritt in jüngster Zeit das Phänomen der Verdrängung einkommensschwächerer durch wohlhabendere Schichten (Gentrifizierung) mittels Sanierung und Umwandlung von relativ billigen Wohnungen in Luxusappartements und Eigentumswohnungen. Aber welche Rolle spielt die Politik in diesem naturwüchsig erscheinenden Prozeß kapitalistischer Stadtentwicklung?

Gerade gegen die mit reformistischem Anspruch auftretende Kommunalpolitik wurde von links oft folgende Argumentation vorgebracht: Jede sozialdemokratische oder rotgrüne Kommunalpolitik muß gegenüber den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Stadtentwicklung hilflose Flickschusterei und Herumdoktern an den gröbsten Auswirkungen dieser bleiben. Dabei findet der fromme Wunsch, die Mieten mögen nicht in den Himmel steigen, seine Grenze stets an der eingestandenen Notwendigkeit, Gewerbe in der Stadt anzusiedeln: Gewerbesteuer und Arbeitsplätze sind handfeste Argumente dafür. Das haben auch die grünen Realpolitiker schnell verstanden. Lauthals verkünden sie als Programm, was Bedingung ihrer Politik, als harmonisch, was widersprüchlich ist: eine kapitalistische Form

der Stadtentwicklung.

Die Grenze dieser Kritik zeigt sich darin, daß die Kommunalpolitiker, wenn sich Protest gegen Stadtzerstörung und Wohnungsnot artikuliert, gelegentlich selbst auf ihre Ohnmacht und Abhängigkeit von den „objektiven ökonomischen Zwängen" verweisen. Erforderlich sei eine bundesweite Änderung des Bodenrechts etc. etc. Für die objektivistische Variante linker Kritik stellt sich die Sache häufig so dar: Die Konkurrenz der Individuen untereinander, die Konkurrenz der Städte, schließlich die Weltmarktkonkurrenz wirkt als objektiver Zwang — zu Ende gedacht ist unterhalb der Weltrevolution keine Veränderung möglich. Diese Kritik beruht auf der angenommenen Dominanz der Ökonomie über die Politik. Sie ist ökonomistisch.

Nun gibt es aber keine der Politik vorgängige Welt der Ökonomie. Auch wenn wir daran festhalten, daß sich gesellschaftliche Verhältnisse umfassend nur begreifen lassen, wenn man von der bestimmenden Rolle der „Produktionsweise des materiellen Lebens", der Formen der gesellschaftlichen Arbeit ausgeht: „Das Politische" ist immer schon konstitutiv in der Ökonomie gegenwärtig.

Dies wollen wir im folgenden für die SPD-Regierungszeit in Frankfurt vor 1977 etwas konkretisieren. Dieser Rückblick bietet sich auch deshalb an, weil die rot-grüne Stadtregierung alle gegenwärtigen Probleme als Produkte des CDU-Magistrats darstellt. Wie immer in solchen Fällen werden die Brüche betont, die Kontinuitäten verschwiegen.

Die SPD-Regierung forciert die Umstrukturierung

Die Standortvorteile Frankfurts, die es als Finanz- und Dienstleistungsmetropole geeignet erscheinen lassen, sind nicht natürlich gegeben, sondern politisch produziert. Selbst die geographische Position im Zentrum der Bundesrepublik ist ja Resultat der Nachkriegsordnung, die Berlin nicht mehr als größten Finanzplatz zuließ und so die Entwicklung Frankfurts zum zentralen Standort für die Wirtschaftszweige des tertiären Sektors ermöglichte. In der Euphorie des „Wirtschaftswunders" betrieb der stets SPD-geführte Magistrat zunächst nur fallweise, später dann zunehmend planmäßig Wirtschaftsförderungspolitik. Dazu zählten in erster Linie der Ausbau der Verkehrswege und der Infrastruktur, aber auch direkte finanzielle Zuwendungen (Kreditvergabe, Bürgschaftsübernahmen, Gewerbesteuerbefreiungen).

Wie ehrgeizig der Magistrat darin war, zeigt sich zum Beispiel an der frühen Projektierung unterirdischer Massenverkehrsmittel (U-Bahn 1961, S-Bahn 1962) — eine für eine relativ kleine Stadt wie Frankfurt ungewöhnliche Maßnahme. Der U-Bahnbau wurde ohne Unterstützung von Bund und Land begonnen und die Nachfrage nach diesen Verkehrsmitteln war keineswegs sichergestellt. Daß U- und S-Bahn nicht nur der Erschließung regionaler Arbeitskraftreserven, der Verbindung von Wohn-, Arbeits- und Einkaufsstätten dienten, sondern auch umgekehrt der Bau dieser unterirdischen Verkehrsmittel erst Funktionstrennung und Verdichtung der Bebauung entlang der Bahnlinien erforderte, verdeutlicht folgende Aussage des Planungs- und Baudezernenten Hans Kampffmeyer aus dem Jahre 1964: „Die Verdichtung der City-Funktionen auf kleinem Raum entspricht der unbestrittenen modernen Verkehrskonzeption, wie sie von Frankfurt mit dem Ausbau der U-Bahn praktiziert wird. Die Bündelung und unterirdische Führung aller Stadt- und Bundesbahntrassen in der Innenstadt ermöglicht die Bewältigung großer Verkehrsaufkommen, ja fordert sogar zur Herstellung ihrer Wirtschaftlichkeit eine hohe Anzahl von Fahrgästen." (zit. nach Appel 1974, S. 24)

Die Stadt setzte insbesondere auf die Expansion des Dienstleistungssektors, nachdem „das Amt für Wirtschaftsförderung errechnet hatte, daß ein Arbeitsplatz im tertiären Sektor das dreifache an Steuergeldern der Stadt einbringt als ein Arbeitsplatz im sekundären Sektor" (zit. nach Stracke 1980, S. 46). (Trotz der Politik der Gewerbesteuermaximierung wurde Frankfurt allerdings zu einer der am höchsten verschuldeten westdeutschen Städte!) Die Verdrängung der Wohnbevölkerung durch das Gewerbe des tertiären Sektors ging dabei nicht nur naturwüchsig vor sich, sondern wurde durch die Stadtplanung mit vorangetrieben. Das Westend wurde zum ersten „City-Erweiterungsgebiet" erklärt. Der „Fingerplan" (1968) sah vor, daß von der Innenstadt ausgehend entlang bestimmter Hauptachsen „Kerngebiete", das heißt Gebiete mit besonders „verdichteter Bebauung" (sprich: Hochhäuser) zur vorwiegend gewerblichen Nutzung entstehen sollten. Daß die zukünftigen Kerngebiete bis dato freilich Wohngebiete waren, wurde nicht berücksichtigt. Die Mentalität der damaligen Stadtplaner zeigt folgendes Zitat, wiederum von Kampffmeyer: „In einer entscheidenden Frage habe ich völlig autoritär und alleine, ohne einen einzigen fragen zu können, innerhalb von 24 Stunden die Deutsche Bundesbank, die nach Köln auszuwandern drohte, hier in Frankfurt zurückgehalten. Ganz bewußt. Ich habe die Bankentradition aufgenommen und alles nur Denkbare getan, um Frankfurt zum ersten Bankplatz zu machen. Und das alles gegen eine provinzielle Haltung der Bevölkerung mit einer sehr amorphen Bewußtseinsstruktur. Und dabei, wie gesagt, die Aufgabe, aus diesem zerstörten und daniederliegenden Körper die Voraussetzungen für eine Weltstadt zu machen." (zit. nach Roth 1975, S. 16)

Das Wachstum abstrakten Reichtums, des Geldes, das seinen Ausdruck in den modernen Kathedralen des Finanzkapitals, den Phallussymbolen der Frankfurter Skyline findet, gerät hier zum Allgemeininteresse schlechthin, während das Interesse der Bevölkerung an einer bewohnbaren Stadt als provinziell abgetan wird. Die Titulierung bestimmter Wohngebiete als „City-Erweiterungsgebiete" und „Verdichtungszonen" weckte natürlich Erwartungen bei Grundeigentümern und Bauherren und heizte so die Spekulation mächtig an.

Das Frankfurter Westend lieferte das Paradigma für diese „Stadtentwicklung": In dem ehemaligen großbürgerlichen Villenviertel wechselten immer mehr Grundstücke die Eigentümer. Zum Teil wurden bestehende Wohnhäuser als Büros genutzt, zum Teil wurden alte Häuser abgerissen und neue Büropaläste hingesetzt. Der Ablauf war dabei immer der gleiche: Ein Unternehmer kaufte möglichst mehrere zusammenhängende Grundstücke auf, um darauf ein Hochhaus errichten zu können. Die Stadtverwaltung selbst stachelte dazu an, möglichst große Areale zu erwerben, indem sie die Genehmigung der Anzahl der Geschosse von der Grundstücksfläche abhängig machte. Waren die Altbauten aufgekauft, so versuchte man, die bisherigen Mieter auf die Straße zu setzen — mittels Methoden, die Stoff für einige Krimis liefern würden. Um die Zeit zwischen Vertreibung der alten Mieter und Erteilung der Abriß- und Baugenehmigung durch die Verwaltung zu überbrücken, wurden die Häuser mit Arbeitsemigranten, denen man Wuchermieten abknöpfte, vollgestopft. Die Emigranten konnten sich gegen Wuchermieten, Überbelegung und systematische Demolierung der Häuser, gegen „sittenwidrige" Nutzungsverträge am wenigsten wehren. Man konnte sie jederzeit wieder auf die Straße setzen. Durch

Ecke Niednau-/Bockenheimer Landstraße, Ende der 60er

planmäßige Verslumung versuchte man, schneller Abbruchgenehmigungen zu erreichen. Schließlich muß sich Kapital verwerten. Und die Zeit zwischen Aufkaufen des Grundstücks und Neubau war „tote" Zeit.

Ein steigender Ausländeranteil war jedesmal Vorbote der Kahlschlagsanierung. Teilweise begann der Abbruch der Häuser, während sie noch bewohnt waren und ohne daß eine Abbruchgenehmigung vorlag. Auch gegen Bebauungspläne verstieß man, ja baute sogar ohne Baugenehmigung.

Die Verlautbarungen der Medien und der SPD erweckten teilweise den Eindruck, als seien Habgier und Amoralität von etwa 50 in der Stadt tätigen Spekulanten alleine für die Zerstörungen verantwortlich. Es galt davon abzulenken, daß die Bodenspekulation mit ihren Auswüchsen nur ein vordergründiger und untergeordneter Aspekt eines bedingungslos kapitalorientierten Stadtentwicklungsprozesses ist. Die Grundstücksgeschäfte wären niemals ohne die Unterstützung des SPD-Magistrats und der Banken möglich gewesen. Sieben Banken finanzierten die Grundstücksaufkäufe und Bauvorhaben im Westend mit Krediten über einer Milliarde DM.

Die Sozialdemokratie beteiligte sich über die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft sowie über die „Staatsbanken", vor allem die Hessische Landesbank. Die Hessische Landesbank (die zu 50 % dem damals sozialdemokratisch regierten Hessen und zu 50 % dem Hessischen Sparkassen- und Giroverband und damit indirekt den Landkreisen und Kommunen gehört) vergab bis 1972 82 Millionen DM Kredite allein an einen einzigen Spekulanten (vgl. Häuserrat 1972, S. 19).

Die Bodenspekulation erfaßte nicht nur die Grundstücke, die in den Bebauungsplänen und im Fingerplan als Verdichtungszonen vorgesehen waren, sondern das ganze Stadtviertel. Dies hing unter anderem damit zusammen, daß die Bauverwaltung sich nicht einmal an ihre eigenen Pläne hielt. Denn Bauherren konnten sich auf Antrag von den Bestimmungen der Bebauungspläne befreien lassen. Durch einen Magistratsbeschluß des Jahres 1965 war die Zuständigkeit für die Zustimmung zu solchen „Befreiungen" auf das Stadtplanungsamt übertragen worden. Dieser Verzicht auf die Kontrollmöglichkeiten der parlamentarischen Gremien gegenüber der Verwaltung eröffnete neue Möglichkeiten der Korruption und Kungelei. Auf diese Weise entstanden auch in den ausgewiesenen Wohngebieten Büros, wurden ursprünglich zulässige Bauhöhen überschritten etc. Jegliche Stadtplanung wurde ad absurdum geführt, indem die Verwaltung quasi jedem Wunsch eines Unternehmers nachkam. 1969/70 erreichten die Grundstücksverkäufe ihren Höhepunkt. Die durchschnittlichen Bodenpreise pro qm stiegen von 300 DM (1960) auf 2000 DM (1968) und 4000 DM (1972). Daß die Zahl der Grundstücksverkäufe danach abflaute, mag zum einen damit zusammenhängen, daß die meisten Grundstücke bereits von Kapitalmagnaten aufgekauft waren, zum anderen durch die 1973/74 einsetzende Rezession bedingt sein, die auch die Nachfrage nach Büroraum verminderte. 1975 standen in Frankfurt fast 500000 qm Büroraum leer! (vgl. Stracke 1980, S. 160)

Die Statistik der Einwohnerzahlen Frankfurts verzeichnete zwischen 1964 und 1974 einen Rückgang von 75000 Einwohnern. Die „Stadtflucht" war im Stadtzentrum und den direkt anliegenden Gebieten am stärksten; im Westend war die Wohnbevölkerung insgesamt um ein Drittel reduziert: „ein dem ökonomischen Konzentrationsprozeß gegenläufiger demographischer Dekonzentrationsprozeß", so hieß es in der Sprache der Stadtverwalter (Riedmayer 1974, S. 115).

Nicht in diesen Statistiken enthalten sind die sozialen Verdrängungsprozesse, deren Ausmaß und Dynamik im Westend am deutlichsten wurden und wesentlich die tiefgreifende Veränderung dieses Stadtteils in weniger als einem Jahrzehnt mitprägten. Die Fluktuation der Wohnbevölkerung über Zu- und Wegzüge war extrem hoch. Nur für wenige Jahre stieg der Anteil der Arbeitsemigranten im Westend auf 30 Prozent.

„Die menschliche Stadt" — die SPD reguliert Krisen und Konflikte

Die Frankfurter Kommunalpolitiker der 60er Jahre hatten selbst eine Lawine losgetreten, die auch in Bezug auf die weitere technokratische Machtausübung der Verwaltung zu Dysfunktionalitäten und Krisen führte. Die Erschütterungen in der Stadt mit zerstörerischen Folgen der Möglichkeiten für ein städtisches Wohnen und Leben, produzierten den Widerstand verschiedener sozialer Gruppen gegen diese „Stadtentwicklung".

Seit 1968 wehrte sich die „Aktionsgemeinschaft Westend" (AGW), eine Bürgerinitiative zur „Erhaltung einer gesunden Wohnstruktur im Westend" (zit. nach Stracke 1980, S. 70), vor allem in „kritischer und kooperativer Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung" (ebd.) gegen die rasanten Veränderungen in ihrem Stadtteil.

Am 19.9.1970 wurde in Frankfurt das erste Haus von StudentInnen und zwei Familien

besetzt. Diese Aktion eröffnete den „Häuserkampf", eine radikalere Variante des Widerstands gegen die kapitalistische Stadtzerstörung. Praktisch die ganze Bevölkerung des Westends stand damals hinter dieser Hausbesetzung, die im Gegensatz zu manchen späteren sehr gut vorbereitet war. Der SPD-Ortsverein Westend schickte eine Solidaritätserklärung. In dieser Situation wagte Oberbürgermeister Möller nicht, die Räumung zu befehlen.

Der zunehmend öffentlich artikulierte Protest (Flugblätter und Aktionen von Stadtteilgruppen und Bürgerinitiativen, Mietstreiks von Arbeitsemigranten und mehrere Hausbesetzungen) zwang die SPD zu reagieren. Da die sozialen Konflikte um die Lebensbedingungen in Frankfurt von der Stadtregierung vor allem als „Vertrauensverlust" der Bevölkerung begriffen wurden, galt es für die SPD nun, das eigene Image einer sozialdemokratischen Reformpartei aufzupolieren. Kennzeichen des Wandels sollte die „neue Baupolitik" sein. Dazu zählten neben personellen Veränderungen in der Partei noch verschiedene bau- und wohnungspolitische Maßnahmen sowie das Angebot der „Bürgerbeteiligung" in der Stadtplanung.

Per Schreiben vom 6.9.1971 bat Bau- und Planungsdezernent Kampffmeyer, „aus gesundheitlichen Gründen" in den Ruhestand versetzt zu werden. Sein Nachfolger Hanns Adrian resümierte die „Ära Kampffmeyer" wie folgt: „Es wäre ja so einfach, wenn es immer nur die wirtschaftlichen Machtinteressen wären, die zur Stadtzerstörung beigetragen haben. Es ist ja mehr die Blödheit der politisch Verantwortlichen, die da plötzlich ihre Hobbys lossprießen lassen und hier in Frankfurt sofort erfüllt bekommen, weil die wirtschaftliche Kapazität da ist. Frankfurt ist geschlagen in mancher Weise durch einen bodenlosen Dilletantismus der Fachleute. Dieser Dilletantismus hat dazu geführt, daß sich Wirtschaftsträger austoben konnten in einer Weise, die unerträglich ist." (zit. nach Roth 1975, S. 15)

Die herbe Kritik an den früheren Planern suggeriert, „kompetente Fachleute" hätten nun entschieden eingegriffen. Schon im „Fingerplan" war an eine räumliche Eindämmung von Bürobauten gedacht, die von den realen Auswüchsen längst durchbrochen war. Die stärkeren Restriktionen der „neuen Baupolitik" bedeuteten für die weiteren Bautätigkeiten, daß sich die Anzahl der Stockwerke verringerte oder die Bauanträge mit Verzögerungen behandelt wurden. Insgesamt vollzog sich die Umstrukturierung wohl etwas langsamer, einige ehemals geplante Projekte wurden verhindert, andere durchgezogen. Wirkliche materielle Veränderungen im Stadtentwicklungsprozeß blieben aus.

Die politisch Verantwortlichen entgegneten der Kritik, indem sie auf die Aussichtslosigkeit gesetzlicher Änderungen im Bodenrecht oder auf planungsrechtliche Verpflichtungen aus der Vergangenheit verwiesen. Für diese fand sich die Bezeichnung der „Leichen im Keller". Als „Leichen" galten die Zusagen früherer Entscheidungsträger zugunsten von Bauanträgen, die jeweils über „Ausnahme- und Befreiungsregelungen" gegeben wurden und die man sich gut bezahlen ließ. Jene Bauvorhaben hätten, wären sie gestoppt worden, der Stadt immens hohe Schadensersatzklagen eingebracht. Denn wie das nunmal so ist im Kapitalismus: Planungsgewinne werden privat angeeignet, Planungsverluste dagegen sozialisiert. Die „Leichen im Keller" entschuldigen seither die eigene Politik mit den Fehlern der Vorgänger.

Die „städtischen Maßnahmen zur Sicherung der Sozialbindung von Grundeigentum", die auch das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum beinhalteten und die von der Stadtverordnetenversammlung im Juli 1972 „verabschiedet" wurden, entpuppten sich schnell als Papiertiger. Diese „Maßnahmen" griffen in ihren Grundzügen nicht die Umwandlung von Wohnraum in Büroraum an, sondern milderten die Folgen für einige der einstigen Bewohner, zum Beispiel indem ihnen andere Wohnungen, die dann meist am Stadtrand lagen, zugesichert werden mußten. Das Sozialbindungspapier wurde von den Spekulanten unterlaufen und juristisch durch das Oberlandesgericht Frankfurt zu Fall gebracht. (Erst Jahre später erkannte das Bundesverfassungsgericht doch seine Rechtmäßigkeit an.) Von 1300 Zweckentfremdungsanträgen, die von 1972 bis Anfang 1979 bearbeitet wurden, wurden ganze 50 abgewiesen (*FR* vom 11.4.1979, zit. nach Gehring 1981, S. 161).

Daß die Bilanz der „neuen Baupolitik" so dürftig ausfiel, liegt auch an der inneren Zerrissenheit der SPD: Es gab Widersprüche zwischen der „Linken" und der „Linken Mitte" (ein rechter Flügel existierte laut Selbstbezeichnung der Frankfurter SPD nicht mehr), zwischen Magistrat und Basis, zwischen Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung, sowie innerhalb der Verwaltung. OB Arndt sorgte dafür, daß die Baupolitik nicht zu restriktiv wurde. Da Adrian scheinbar dennoch zu unbequem war, entzog Arndt ihm Anfang September 1974 die Zuständigkeit für die Bauausführungen. Das „Dezernat Planung und Bau" wurde in ein reines Planungsdezernat umgewandelt, wodurch die Kontrolle über die Ausführung der Bebauungspläne nicht mehr gegeben war. Adrian war damit offenbar nicht einverstanden und warf Anfang 1975 das Handtuch in Frankfurt.

Gegenüber der Protestbewegung entwickelte die SPD verschiedene Instrumentarien. In Briefkastenaktionen „Frankfurter, entscheidet mit!" warb der Magistrat für die öffentliche Diskussion von Strukturplänen, die über die zukünftige Entwicklung einzelner Stadtteile bestimmen sollten. Die Auseinandersetzungen in Großveranstaltungen oder am „runden Tisch" der Volkshochschulkurse blieben rechtlich unverbindlich, die Stadtplanung tauchte bald wieder in der Versenkung von anonymen Verwaltungsentscheidungen ab. „Kann diese Strukturplanung auch als das bisher weitestgehende Modell der Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung interpretiert werden, so zeigt der (. . .) unverbindliche Status dieser Planungen, daß es in jenen Jahren eher um Erprobung verwaltungseigener Frühwarnsysteme ging als um reale Planungsprozesse." (Stracke 1980, S. 167)

Exemplarisch für die widersprüchlichen Auswirkungen sozialdemokratischer Politik sind die Aktivitäten der städtischen „Wohnheim GmbH". Die Wohnheim GmbH hatte die Aufgabe, zwischen Hausbesetzern und Hausbesitzern zu vermitteln. Sie übernahm von den Spekulanten Häuser für die Zeit zwischen Leerstand und Abriß und überließ diese wiederum per Nutzungsvertrag an „flexible Leute", vor allem StudentInnen. Auch mit den Bewohnern bereits besetzter Häuser wurden Nutzungsverträge ausgehandelt. Auf diese Weise

Foto: Abisag Tüllmann **AG-Westend, August 1970**

Foto: Abisag Tüllmann **OB Rudi Arndt (SPD), März 1973**

war den Hausbesitzern gedient: Sie brauchten sich in der Zwischenzeit nicht um ihr Haus zu kümmern und bekamen die Räumung zum Abrißtermin garantiert. Den Hausbesetzern war insofern gedient, als sie zumindest für eine begrenzte Zeit formell abgesichert in den Häusern bleiben konnten. Andererseits wurde durch die Verrechtlichung des Konflikts die Position der Hausbesetzer geschwächt: Der Hausbesitzer erschien plötzlich als sozial, da er der Wohnheim GmbH sein Haus überlassen hatte, während die Besetzer, wenn sie nach Ablauf der Nutzungsverträge das Haus nicht verließen, als die erschienen, die die von ihnen selbst abgeschlossenen Verträge nicht einhielten. Schließlich erschien die Stadt in einem besseren Licht, da sie Hausbesetzungen vorbeugte und dem Skandal der leerstehenden Häuser abhalf. Dabei lief der ganze Zerstörungsprozeß wie gehabt weiter. Zum Teil versuchte die Stadt in Absprache mit den Spekulanten auch einfach, das Leerstehen von Häusern zu vermeiden, indem die Verwaltung schneller und „unbürokratischer" arbeitete: Die Zeit zwischen Räumung und Erteilung der Abriß- und Baugenehmigung wurde möglichst verkürzt.

Gleichzeitig mit den vermittelnden Maßnahmen liefen die Vorbereitungen für die polizeiliche Räumung besetzter Häuser. Die Stimmung in der Stadt wurde durch gezielte Hetzkampagnen und Veröffentlichungen von Stadt und Presse gegen die Hausbesetzer gewendet. Mit einer systematischen Zermürbungstaktik machte die Polizei die Häuser sturmreif. Während die „Menschliche Stadt" proklamiert und die Parole „Bürger entscheidet mit!" ausgegeben wurde, fanden die brutalsten Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer statt.

Nachlassender Investitionsdruck in einer Phase der Rezession und die Gewaltauftritte der Ordnungsmacht gegen die Besetzer, die zudem noch mit einer Flut von Justizprozessen eingedeckt wurden, brachten eine „Beruhigung" der politischen Auseinandersetzungen. Unter Hinweis auf Bodenspekulation, Wohnraumvernichtung und Hausbesetzungen glaubte dagegen OB Rudi Arndt ein Resümee aussprechen zu können, indem er erklärte, die SPD habe „die Probleme gemeistert" (*FR* v. 3.9.1976).

Thomas Kimmig / Thomas Sablowski

LITERATUR

AKTIONSGEMEINSCHAFT WESTEND e.V.: Reader zum 20jährigen Bestehen der AGW.

APPEL, Rudolf Heinrich: Heißer Boden. Stadtentwicklung und Wohnprobleme. (Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main). Frankfurt 1974

GEHRING, Ingo: Stadtentwicklung, Nahverkehr und Reproduktionsbedingungen von Lohnabhängigen in Frankfurt. In: SCHUBERT, Dirk: Krise der Stadt. Berlin 1981

HÄUSERKAMPF FRANKFURT: Wohnungskampf in Frankfurt. München 1974

HERDING, Richard: Sozialdemokratie und kommunale Konflikte: die Frankfurter Mieterbewegung 1973/74 bei zwei städtischen Wohnungsbaugesellschaften. In: DEPPE, HERDING, HOSS: Sozialdemokratie und Klassenkonflikte. (Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt). Frankfurt 1978

KRÄTKE, Stefan: Bodenrente und Stadtstruktur. Berlin 1979

MAGISTRAT DER STADT FRANKFURT (Hrsg.): DEZERNAT PLANUNG: Dokumentation zur Bodenspekulation und zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Frankfurt am Main. Frankfurt 1975

PFOTENHAUER, Erhart: „Frankfurter entscheidet mit!" Planung und Protest im Aufbruch der siebziger Jahre. In: PRIGGE, SCHWARZ: das NEUE FRANKFURT. Frankfurt 1988

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER STADT FRANKFURT: Das Bankenviertel. Frankfurt 1975

RIEDMAYER, Joachim: Die Entwicklung der Wirtschaftskraft einer Großstadt. (Statistisches Amt und Wahlamt Frankfurt (Hrsg.), Frankfurter Statistische Berichte, Sonderheft 28). Frankfurt 1974

ROTH, Jürgen: Z.B. Frankfurt: die Zerstörung einer Stadt, München 1975

STRACKE, Ernst: Stadtzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt. Köln 1980

Der Krieg in El Salvador ist Sache der USA

Am 16. November 1989 wurde der Jesuit Ignacio Ellacuria zusammen mit fünf seiner Kollegen, einer Hausangestellten und ihrer kleinen Tochter auf dem Gelände der Katholischen Universität in San Salvador von rechtsextremen Regierungssoldaten ermordet. Ellacuria setzte sich jahrelang für eine Verhandlungslösung in El Salvador ein. Der Befreiungstheologe vertrat die Ansicht, daß der Guerillaaufstand eine historische Notwendigkeit gewesen sei und betrachtete die Befreiungsfront FMLN als legitime Vertreterin eines großen Teils der Bevölkerung. Er forderte die regierende rechtsextreme ARENA-Partei auf, den Krieg zu beenden. Deswegen starb er, wie die sechzigtausend anderen SalvadorianerInnen, die in den letzten sechs Jahren „mehrheitlich Opfer des Staatsterrorismus und der Oligarchie geworden sind", wie Ellacuria im nachstehend abgedruckten Aufsatz sagte.

Die Regierung der USA, von deren Unterstützung das Regime in El Salvador völlig abhängig ist, favorisiert die militärische Lösung des Konflikts. Die nordamerikanischen Experten gehen davon aus, noch vier bis fünf Jahre seien nötig, um mit der FMLN fertig zu werden. Durch den Auflösungsprozeß im sozialistischen Block und den Verzicht der Sowjetunion auf den Gewinn neuer Einflußzonen in Lateinamerika fühlt sich die US-Regierung darin bestärkt, im traditionellen Hinterhof nach Belieben zu herrschen und aufzuräumen. Der Ost-West-Konflikt tritt zunehmend in den Hintergrund, während sich der Nord-Süd-Konflikt zuspitzt. Militärische Interventionen und massive Eingriffe in die Innenpolitik von El Salvador, Kuba oder Nicaragua werden immer noch über eine angeblich existierende kommunistische Bedrohung begründet. Und wo diese als Interventionslegitimation immer weniger brauchbar ist, dient dem Weltpolizisten inzwischen der internationale Drogenhandel als Vorwand für die Disziplinierung Lateinamerikas. Nach dem Überfall der USA auf Panama und der Kapitulation Noriegas, triumphierte der ehemalige US-Staatssekretär für Lateinamerika, Elliot Abrams: „Fidel Castro hat letzte Nacht sicher schlecht geschlafen und Daniel Ortega wahrscheinlich überhaupt nicht".

Die nachstehende Analyse **Ignacio Ellacurias** entnahmen wir der Züricher Wochenzeitung WoZ vom 22. Dezember 1989.*

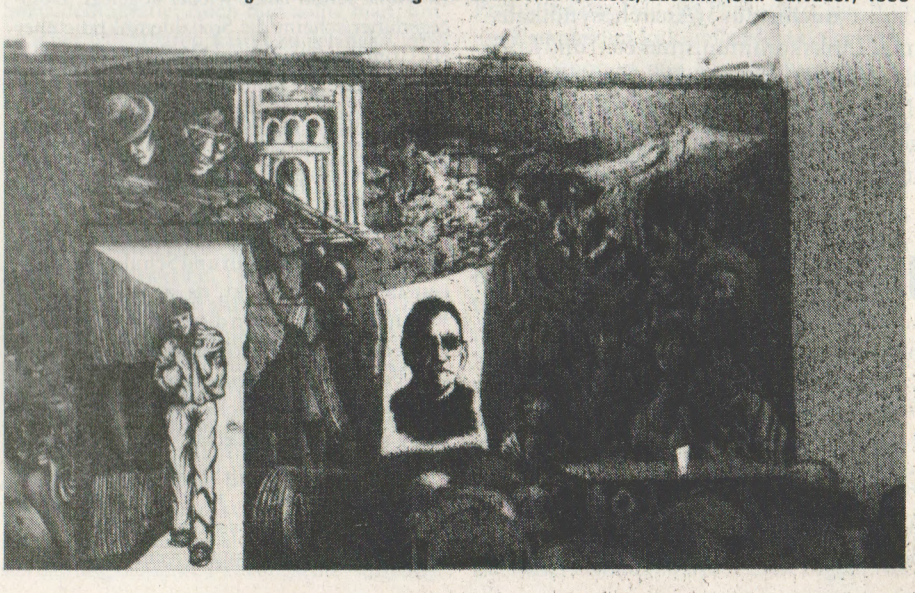
Die Argumente, die für die historische Notwendigkeit eines Dialogs sprechen, stützen sich nicht so sehr auf abstrakte Rechtfertigungen (...) als auf eine Analyse der historischen Realität von 1980 bis heute. In sechs Jahren hat der Krieg soviel Unheil angerichtet und das Land so niedergeworfen, daß nur noch eine schnelle Begrenzung des Schadens helfen kann, und dies ist nur durch Verhandlungen möglich. Die bisherige und die absehbare Entwicklung des Krieges zeigt, daß dieser innerhalb einer vernünftigen Frist — und die Vernünftigkeit ist an der Proportion von sicheren Übeln und möglichen Gewinnen zu messen — nicht das geeignete Mittel ist, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Dieses Ziel ist auf seiten der USA, der Armee und des Großkapitals die völlige Zerstörung der revolutionären Bewegung oder ihre Umwandlung in eine domestizierte Kraft; auf seiten der (Befreiungsbewegung, d. Red.) FMLN ist es die Ergreifung der Macht und die Errichtung eines revolutionären Regimes. Auch wenn man davon ausgeht, daß eines dieser beiden Ziele das richtige ist, bleibt das fundamentale Argument bestehen, daß keines von beiden erreichbar ist.

Daraus folgt nicht zwingend, daß es ungerechtfertigt war, die Waffen zu ergreifen. Der Rekurs auf die Gewalt ist nicht zu verwechseln mit dem Rekurs auf den Terrorismus, insbesondere den Terrorismus des Staates. Man muß unterscheiden zwischen den Vorteilen, die das Entstehen der revolutionären Bewegung und ihre Konfrontation mit der Oligarchie dem Land gebracht hat, und den Nachteilen, die der Krieg selbst mit sich bringt. Es ist unschwer zu sehen, daß die revolutionären Bewegungen seit 15 Jahren in El Salvador gewissermaßen eine historische Notwendigkeit waren, daß sie ihre Berechtigung hatten und den historischen Prozeß des Landes beschleunigt haben, wenn sie auch, mehr indirekt als direkt, Schaden verursacht haben. (...)

Auf seiten der Kirche wies (der 1980 ermordete Erzbischof, d. Red.) Monsenor *Romero* wiederholt auf die Notwendigkeit der Volksorganisationen und allgemein der revolutionären Bewegung hin, zeigte aber auch ihre Beschränkungen. Letztendlich kann man nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß die revolutionären Fronten (FMLN, d. Red.) die sind, die

a) am meisten gegen die strukturelle Ungerechtigkeit in El Salvador gekämpft haben;
b) am meisten die Sache der Volksmehrheiten verteidigt haben;
c) am meisten unter der Repression der Oligarchie und unter dem Terrorismus des Staates gelitten haben;
d) indirekt strukturelle Änderungen bewirkt haben, denn die Entscheidung der Nordamerikaner für das christdemokratische Reformmodell gehorchte der Notwendigkeit, die Bevölkerung zurückzugewinnen, die zur Revolutionsbewegung überlief;
e) heute ein fundamentales Programm für eine Umgestaltung der Gesellschaft anbieten, indem sie einen Weg zum Frieden und zu einer Entwicklung zeigen, der das in unserer Geschichte traditionelle Übergewicht des Kapitals spür-

Erinnerung an die Ermordung von Erzbischof Romero, Zacamil (San Salvador) 1989



bar verringern könnte. Es ist also folglich nicht übertrieben zu sagen, daß die furchtbaren Qualen der letzten Jahre den Lauf der Geschichte in diesem Land beschleunigt und zu Ergebnissen geführt haben, für die in andern Völkern viele Jahre mehr nötig gewesen wären.

Man muß sich einige Zahlen ins Gedächtnis rufen, die — obschon zum Gemeinplatz geworden — die Argumente für einen Dialog untermauern. In sechs Jahren sind über sechzigtausend Menschen ermordet worden, sie sind mehrheitlich Opfer des staatlichen Terrorismus und/oder der Oligarchie. Denn der Krieg in El Salvador ist und war, vor allem in den ersten Jahren, ein schmutziger Krieg, in dem die Armee, die jeweilige Regierung und die nordamerikanische Regierung direkte Terroraktionen oder maßlose militärische Gewalt — unter vielen Fällen sei an (die Massaker von, d. Red.) Sumpul und El Mozote erinnert — betrieben oder zumindest toleriert haben. Fast eine Million Menschen, das ist ein Fünftel der Bevölkerung von El Salvador, sind infolge des Krieges, sei es aufgrund des Terrors oder aufgrund der kriegsbedingten Existenznot, zu Flüchtlingen oder Vertriebenen geworden. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur wird auf einen Schaden von 1,5 Milliarden Dollar geschätzt, das ist das Dreifache des Staatsbudgets. Mehr als vierzig Prozent der Haushaltsmittel fließen praktisch in Ausgaben für den Krieg und den Sicherheitsapparat, eine Summe, die nicht nur an den Investitionen und Sozialleistungen abzuziehen ist, sondern faktisch der Zerstörung dient. Dasselbe gilt für die nordamerikanische Militärhilfe, die zwar Hand in Hand mit Wirtschaftshilfe geht, aber insgesamt wird diese Hilfe für einen Counterinsurgency-Krieg ausgegeben, so daß viel mehr Mittel für die Zerstörung aufgewendet werden als zur Kompensierung der Folgen einer Kriegswirtschaft. Dies alles führt zu einer Militarisierung des Landes, nicht nur durch die Verfünffachung des Sicherheits- und Militärapparates (...), sondern auch durch das Gewicht, welches das Militär als Stand und das militärische Denken sowohl auf Regierungsseite als auch auf seiten der Revolutionäre erhält. (...) Der Eingriff der USA in die inneren Belange des Landes ist offensichtlich und nimmt ständig zu: Der Krieg in El Salvador ist weitgehend eine Sache der Nordamerikaner und nicht der Salvadorianer. (...)

Der Krieg hat nicht den Frieden gebracht, der Krieg hat nicht zur Niederlage einer der beiden Parteien geführt, der Krieg hat hingegen enorme Schäden verursacht, die gegenwärtig den Nutzen weit übersteigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Verhandlung als eine historische Notwendigkeit. (...)

Hochrangige nordamerikanische Beamte sprechen jetzt davon, daß weitere vier oder fünf Jahre nötig seien, um den FMLN als militärische Macht völlig unter Kontrolle zu haben. Dies aber setzt voraus, daß ihr Plan aufginge und daß nicht neue Faktoren aufträten. Dagegen ist nach wie vor zu argumentieren, daß trotz sechs Jahren Krieg und trotz der enormen Militärhilfe und Beratung der Nordamerikaner die salvadorianische Armee nicht hat verhindern können, daß die revolutionäre Bewegung sich weiter verfestigt hat, und dies unter geographischen und historischen Bedingungen, die alles andere als günstig für sie sind.

* Die Textauszüge stammen aus „Análisis ético-político del proceso de diálogo en El Salvador", erschienen in der Zeitschrift ECA (hrsg. von der Universidad Centroamericana José Simeón Canas), August/September 1989. Übersetzung von Helmut Scheben, zuerst veröffentlicht in der Züricher Wochenzeitung, WoZ, Dez. 1989.

Der linke Radikalismus — Eine Mangelkrankheit der Intellektuellen

Im letzten *diskus* (1/2-1989) schrieben Rembert Baumann und Lutz Schulenburg über „ Franz Jung und die Utopie einer anderen Arbeiterbewegung". Dieser Beitrag reizte Thomas Sablowski zu einer Replik. Er sieht im Beitrag von Baumann/Schulenburg eine alles in allem rein positive Bezugnahme auf den historischen Linksradikalismus (Anarchosyndikalismus, Linkskommunismus etc.) und kritisiert eine weitgehende Ignorierung der an dieser Strömung der Arbeiterbewegung geleisteten Kritik. Wir werden die Debatte in der nächsten Ausgabe fortführen.

Die Redaktion

Ich bezweifle, daß die geschilderten „linksradikalen" Positionen

1. eine ausreichende Kritik der Sozialdemokratie und des Leninismus ermöglichen,
2. eine *konkrete* Utopie eines freien und glücklichen Lebens darstellen,
3. einen alternativen Weg zum Sozialismus weisen können.

Der Linksradikalismus hat seine historische Berechtigung zunächst einmal in der Kritik an den Formen der Bürokratisierung, Hierarchisierung, Verstaaatlichung, an der Gängelung und Entmächtigung der Massen in den sozialdemokratischen und leninistischen Varianten der Arbeiterbewegung, an die er insofern auch gebunden ist.

Zwar sehen wir allerorten kommunistische Parteien zusammenbrechen und auch die meisten „Neuen Linken" haben ihre leninistischen Kostüme schon lange wieder abgelegt. Demgegenüber scheint die Sozialdemokratie eher ein Comeback zu haben. Niedergang hin oder her — jedenfalls bleibt für die reichlich konzeptionslose Linke die Kritik an Sozialdemokratie und Leninismus weiterhin notwendig. Kritik allerdings im Sinne eines besseren Verstehens dieser Phänomene, nicht als bloße Denunziation. Die linksradikale Kritik bleibt, soweit sie von Baumann und Schulenburg dargestellt wurde, abstrakt, da sie nicht erklärt, warum oder wie sich in dieser oder jener historischen Situation bürokratische und etatistische Formen der Arbeiterbewegung durchsetzen konnten. Eine solche abstrakte Kritik ist nun wiederum eine schlechte Waffe etwa gegen bürgerliche Soziologen, die behaupten, solche Erscheinungen seien in einer komplexen Gesellschaft, in Massenorganisationen etc. unumgänglich — Behauptungen, die übrigens auch Horkheimer, einer der Lieblinge der Frankfurter kritischen Intelligenz in seinem Aufsatz „Autoritärer Staat"[1] zu teilen scheint und die seit Max Weber quasi zum common sense geworden sind.

Mir ist klar, daß derjenige, der zum Beispiel in Bezug auf die Entwicklung in der frühen Sowjetunion deren imperialistische Umzingelung und industrielle Rückständigkeit anführt, die Vorwürfe des Objektivismus und des Versuchs, den Stalinismus entschuldigen zu wollen, auf sich ziehen muß. Dennoch halte ich es für notwendig, die historischen Umstände nicht zu verschweigen, zumal wenn die ganze Entwicklung der Willkür Lenins und der Bolschewiki angelastet wird, wie Baumann und Schulenburg dies tun:

„Die Bolschewiki beginnen nach ihrem ‚Putsch' im Oktober 1918 zunächst in Rußland, dann überall, wo sie Einfluß gewinnen, die Arbeiterbewegung mit ihren Methoden gefügig zu machen. Sie werden nicht bloß den Geist der Passivität unter den Arbeitern festigen, sondern auch gründlich das Empfinden für die Rebellion und die Sehnsucht nach Befreiung zerstören. Am Ende wird der Parteisoldat, der bloße Befehlsempfänger herrschen, dem es zur Selbstverständlichkeit gewor-

Marx mit seinen Kindern

Aus „Socialist Readings for Children by John Spargo with Illustrations by Edward Scholl"

den ist, sich jeder Disziplin zu fügen, und dem nichts fremder ist, als die Maschinen zu erobern.

Lenin wird Zeit seines Lebens nicht müde, gegen das Gespenst einer ‚syndikalistischen Abweichung' zu polemisieren. Ganz der Typus des Parteimenschen, ist ihm die lebendige Entfaltung der proletarischen Kraft unverständlich. (. . .) Die elementaren Weisheiten, die in diesen Kasernen des ‚revolutionären Generalstabs' gedeihen, lassen sich allerdings auf die Tugenden reduzieren, die auch den bürgerlichen Staat ausmachen: Unterordnung, Disziplin, Gehorsam." (S. 44)[2]

In einem solchen Zerrbild geht nun allerdings des Verständnis für Geschichte und Politik unter. Im Ernst: hätte die russische Revolution auch nur ein Jahr gegen die Invasion der „Weißen" überleben können, wenn sie nichts weiter als ein „Putsch" der Bolschewiki gewesen wäre?

Ich teile die Auffassung, daß das Leninsche Organisationsmodell, das aus den spezifischen Bedingungen des zaristischen Rußland heraus entstanden ist (und nicht bloß aus den „labyrinthischen Fraktionskämpfen innerhalb der russischen Sozialdemokratie" (S. 44), wie Baumann und Schulenburg meinen), nicht einfach auf beliebige andere Verhältnisse übertragbar ist.

Aber der Vorteil von Lenins angeblich „administrativem Verständnis von Klassenkampf" (S. 44) war, daß es ihm ermöglichte, die russische Revolution zielstrebig voranzutreiben. Bei welchem „Linksradikalen" finden wir eine solche enge Verknüpfung zwischen der Analyse der politischen Ereignisse und der Entwicklung einer angemessenen politischen Taktik wie in den Schriften Lenins?

Was immer man sonst davon halten mag: Die russische Revolution war erfolgreich im Gegensatz etwa zur deutschen, und dies ist die entscheidende Bedingung, warum die Bolschewiki in der internationalen Arbeiterbewegung „Einfluß gewinnen", sie „mit ihren Methoden gefügig . . . machen" konnten.

Erfolgreich natürlich nicht im Sinne irgendeiner Idealvorstellung von sozialer Revolution. Auch die Bolschewiki haben wie vermutlich alle Revolutionäre nicht die Revolution gemacht, die sie machen wollten, sondern die, die ihnen möglich war. Die bloße Verurteilung der Bolschewiki wie bei Baumann/Schulenburg mag aus einer „nach-realsozialistischen" Perspektive naheliegen, löscht jedoch im bloßen Anschauen der vermeintlichen Resultate Geschichte aus.

Das Gleiche gilt für die Beurteilung der Sozialdemokratie: Auch hier sollte man, um zu einer fruchtbaren Kritik zu gelangen, einmal fragen, warum die Sozialdemokratie historisch so erfolgreich gewesen ist. Baumann/Schulenburg lehnen zwar zunächst auch die „Verratstheoreme" ab: „Diese Niederlage der Arbeiterbewegung erklärt sich nicht erschöpfend damit, ‚Verrat' oder andere dunkle Machenschaften den sozialdemokratischen Führern vorzuwerfen." (S. 43) — Um dann im nächsten Satz wieder auf die „auf Selbsterhaltung bedachte Führungselite" zurückzukommen. Die Kritik an der sozialdemokratischen Perspektive der Massen als bloßes Objekt für politische Manöver, an der Organisierung der Unmündigkeit der Arbeiter bleibt selbst noch dieser Sichtweise „von oben" verhaftet, insofern sie als Grund für das *Gelingen* dieser „Organisierung der Unmündigkeit" nur die „auf Selbsterhaltung bedachte Führungselite" angeben kann.

Dagegen muß man betonen, daß der historische Erfolg der Sozialdemokratie darauf beruht, in einer ganz spezifischen Weise die Bedürfnisse der Arbeiterschaft tatsächlich aufgegriffen und realisiert zu haben: Sozialstaat und Massenkonsum sind auch Ergebnisse dieser „einseitigen und verengten Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung" (S. 42).

Daß dem „linksradikalen Blick" auf die Geschichte das Begreifen des Erfolgs der Sozialdemokratie letztlich doch nur als Betrug, Verrat, Manipulation etc. möglich ist, hat freilich auch handfeste theoretische Gründe.

Die theoretischen Anschauungen des Linksradikalismus (zumindest des Syndikalismus, den Baumann und Schulenburg jedoch selbst mit anderen Formen des Linksradikalismus identifizieren) sind organisches Produkt einer Praxis, die das Feld des Politischen, das Feld des Kampfes um kulturelle Hegemonie weitgehend ignoriert und Klassenkampf nur im Sinne von Fabrikkämpfen, im Sinne von „Eroberung der Maschinen" versteht. Dies kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wenn Baumann/Schulenburg dieses Konzept kennzeichnen als eines, das „die Teilnahme an der bürgerlichen Politik ausschloß und sich rein auf den Klassenkampf bezog, als revolutionäres Mittel zur Überwindung des Kapitalismus" (S. 43).

Diese Entgegensetzung von „bürgerlicher Politik" und „reinem Klassenkampf" beruht auf einem integralen (theoretischen und politischen) Ökonomismus. „Politik" ist schlechthin „bürgerliche Politik", während einzig und allein die revolutionäre Aktion in der Fabrik, „die Eroberung der Maschinen" Klassenkampf ist. Dieser vollkommen reduzierte Begriff von

Klassenkampf ist nun ganz und gar unmarxistisch. Man kann den Klassenkampf nicht „machen", man kann sich nicht entscheiden, am Klassenkampf teilzunehmen oder es sein zu lassen. Wir befinden uns immer schon im Klassenkampf. Kapitalistische Produktion selbst ist stets Klassenkampf. Denn die Produktionsverhältnisse sind die grundlegenden Klassenverhältnisse und die Klassen wurzeln in diesen Verhältnissen, sie existieren nur in Beziehung aufeinander, im Klassenkampf. Es ist eine absurde und politisch fatale Vorstellung, zu glauben, erst existiere die kapitalistische Produktion, dann konstituiere sich die Arbeiterklasse und schließlich trete sie in den Klassenkampf ein. Eine solche Vorstellung reißt zwischen dem Alltag und dem „reinen" Klassenkampf überflüssigerweise einen Graben auf, der dann allerdings unüberbrückbar erscheint. Die Stunde des „reinen Klassenkampfs" schlägt nie.

Demgegenüber käme es nach Marx darauf an, jeden Kampf um Lohn, um Arbeitszeit, um Arbeitsbedingungen als Klassenkampf aufzufassen. Mehr noch: der Klassenkampf ist niemals bloß ein ökonomischer. An den Tarifverhandlungen ist zum Beispiel noch unmittelbar einsichtig, wie der ökonomische Klassenkampf institutionell transformiert wird. Ein komplexes Netz staatlicher Regulierung lenkt den Klassenkampf in bestimmte Formen, aber die Form der Regulierung ist selbst Gegenstand von Auseinandersetzungen. Nie ist der Staat bloßes Instrument der herrschenden Klasse, ebensowenig ist er ein über den Klassen schwebendes einheitliches Subjekt. Eher könnte man den Staat als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" (Poulantzas) auffassen. Die Linke entmächtigt sich selbst, wenn sie Klassenkampf auf die Sphäre der Ökonomie reduziert oder gar nur als Aufstand, als Entscheidungsschlacht begreift und zu den alltäglichen politischen Konflikten nichts Konkretes zu sagen weiß.

Nimmt man den Marxschen Satz, daß die Menschen sich in den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz: ideologischen Formen ihrer Konflikte bewußt werden und diese darin ausfechten, ernst, so durchzieht der Klassenkampf nicht nur die Ökonomie und den Staat, sondern den gesamten Bereich des Alltagshandelns. Jeder Sportverein, jeder Kaffeeklatsch, jede Theateraufführung, jedes Uniseminar ist daraufhin zu befragen, wie dort soziale Strukturen reproduziert und verändert werden. Das könnten wir auch vom Feminismus lernen: Der Ort der Politik ist hier; die Zeit der Politik ist jetzt.

Wie oft ist es so: noch im Reden über „linke Politik" zementieren unsere Gebärden die bestehenden Verhältnisse.

So ist es heute zumindest zweideutig, noch wie Otto Rühle zu sagen, „daß die proletarische Revolution in erster Linie ein ökonomisches Phänomen ist und daß ihre Vorbereitung und Aufrollung von den Arbeitsbetrieben aus zu erfolgen hat" (S. 43).

Man kann dies in dem Sinn verstehen, daß die notwendige Revolution keine ist, solange sie die Produktionsverhältnisse und den Typus der Produktivkraftentwicklung unangetastet läßt, ferner daß ein revolutionärer Diskurs nur hegemonial werden kann, wenn er ein überzeugendes Programm für eine ökonomische Umgestaltung beinhaltet. Man kann den Satz allerdings auch in der Weise verstehen, wie er in den Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung nach 1918 zweifellos gemeint war: nämlich im Sinne einer unmittelbaren strategischen Option für den Fabrikkampf. Und ein „Hinein in die Betriebe!" wäre in seiner Ausschließlichkeit meines Erachtens heute nichts als Konservatismus.

Nun, Rühle sprach ja auch von der „proletarischen" Revolution — was aber ist zum Beispiel mit dem Geschlechterkonflikt? Wird der auch gelöst in der „proletarischen" Revolution?

Was ich damit sagen will, ist, daß der Kampf für den Sozialismus (gegen jegliche Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft) heute nur denkbar ist als Artikulation verschiedenster Kämpfe und Auseinandersetzungen. Anstatt wie Franz Jung nach der gescheiterten März-Aktion 1921 im Gefängnis den nächsten Aufstand herbeizusehnen, sollte man einmal über die Niederlage der damaligen Revolutionen und Rätebewegungen nachdenken, die beileibe nicht nur eine Frage der militärischen Kräfteverhältnisse oder mangelnder Entschlossenheit der Proletarier war, wie es in den präsentierten Textauszügen aus Jungs Roman erscheint.

Antonio Gramsci, selbst Theoretiker der Turiner Rätebewegung 1918-1920, führte dieses Scheitern auf die Stärke des ideologisch-kulturellen Zements zurück, der die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zusammenhält, von der Familie über die Religion bis zu den Massenmedien, von der Sprache über die Philosophie zur Trivialliteratur. Es ist die Hegemonie einer bestimmten Lebensweise, zu der es offenbar auch heute keinen überzeugenden Gegenentwurf gibt. Da reicht es nicht aus, „die Eroberung der Maschinen", die autonome Assoziation der Produzenten vorzuschlagen. Wie soll diese aussehen? Wie sollen die Allokationsprobleme der gesellschaftlichen Arbeit gelöst werden? Was soll produziert und konsumiert werden? Wie soll die kollektive Aneignung der Produktivkräfte vonstatten gehen? Macht die bloße „Eroberung der Maschinen" diese von Destruktivkräften zu Produktivkräften? Wie ist es möglich, Formen demokratischer Willensbildung zu entwickeln und zugleich den Staat zu demontieren?

Und tausend Fragen mehr. Bei Marx finden wir nur Metaphern in bezug auf die kommunistische Gesellschaft. Ebensowenig stellt Franz Jungs „Traum der Weltrevolution" eine *konkrete* Utopie dar. Schlimmer noch in der Kritischen Theorie: Mit dem Argument, die freie Gesellschaft schließe sich nicht zum System zusammen, sprach Horkheimer in dem bereits erwähnten Aufsatz „Autoritärer Staat" quasi ein Bilderverbot aus, das die nach Gramsci notwendige Ausarbeitung eines „Kollektivwillens", einer anderen Lebensweise und einer Strategie der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft verhinderte.

In einer Situation, in der eine revolutionäre Massenbewegung existiert, mag der Mangel einer Transformationsstrategie und konkreten Utopie weniger gravierend erscheinen. In einer Situation der Defensive und Schwäche, in der sich die Linke heute befindet, sind Spontaneitäts- oder Offensivtheorien einfach fatal. Die strukturelle Unfähigkeit des Linksradikalismus, in der Situation der Defensive, des „Stellungskriegs", wie Gramsci sagen würde, adäquate politische Antworten zu entwickeln, zeigt sich auch an der wechselhaften Resonanz, die er historisch gefunden hat. Während zum Beispiel auf dem Gründungsparteitag der KPD zur Jahreswende 1918/19 die „linke" Strömung noch überwog — inmitten einer Phase revolutionärer Kämpfe —, verlor sie nach deren Niederlage rapide an Bedeutung. Sicher kein Zufall.

Thomas Sablowski

1 Es wäre eine eigene Untersuchung wert, warum sich Dutschke und Krahl, die Strategen des SDS, in ihrem „Organisationsreferat" auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 gerade auf diesen Text von Horkheimer beziehen, der als politisch-strategische Schlußfolgerung nur einen unbestimmten Voluntarismus und die Vorstellung vom einzelnen revoltierenden Individuum zuläßt; ferner, warum gerade jenes „Organisationsreferat" bei Wortführern der LINKEN LISTE an der Uni Frankfurt als einer der wenigen kanonischen Texte gilt.

2 Die folgenden Seitenangaben beziehen sich, sofern keine weitere Erläuterung erfolgt, auf den genannten Text in *diskus* 1/2-89, S. 41-47.

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst
SONDERHEFT

Die DDR als sozialistische Alternative
Dokumente der Initiative »Vereinigte Linke«
Über Räte, Volkssouveränität und Sozialismus. 64 S., 8.- DM
In jeder guten Buchhandlung!
Edition Nautilus
Hassestraße 22 – 2050 Hamburg 80

Die Geschichte des diskus

Sozialdemokratische Rekonstruktion, Linksradikales Organ und Kulturalisierung, TEIL 2 (1970-87)

Etwa ein Jahr nach der letzten Ausgabe im Juni 1969 erscheint der diskus (so die neue Schreibweise) wieder, statt in Zeitungs- nun im Magazinformat. „Der diskus war tot. Die anarchische Studentenbewegung war unfähig zu organisierter Arbeit. (...) Die Reorganisation politischer Arbeit durch das Mittel einer Studentenzeitung, zumal bei Absicht auf überregionales Erscheinen, geht allererst nicht auf Agitation, sondern auf aufklärerische Information, auf Diskussion von Analysen der politischen Situation, von Formen politischer Arbeit. Die eindimensionale Analyse, wie sie vom SDS auch für den diskus verbindlich gemacht worden war, ist ihrer Erfolglosigkeit überführt." Die Regie übernahm der SHB. 1960 als Abspaltung vom SDS gegründet, war er der Studentenverband der SPD. Doch in den Wirren um 1968 vermochte auch dieser Verband nicht mehr linientreu zur Partei zu stehen und kam ins Schleudern. Der SDS überlebte die Studentenbewegung nicht. Im März 1970 löste er sich auf. Lokale Gruppen bestanden noch eine Weile weiter, die Heidelberger wurde am 24. Juni 1970 nach Auseinandersetzungen in der Uni und der Stadt von der baden-württembergischen CDU/SPD-Regierung verboten. Zu dieser Zeit schien sich der SHB in Frankfurt wieder zu fangen und seine Position „gegen Dezisionismus und Dogmatismus gleichermaßen" festigen zu wollen. Was das heißen sollte, ist an der Ausrichtung der folgenden diskus-Ausgaben zu erkennen.

Die Studenten bekämpfen einander, anstatt den Gegner

Die erste Nummer ist noch auf „Hochschulpolitik im engen Sinn" beschränkt, dient zum größten Teil der „Selbstdarstellung von an der Hochschule tätigen politischen Gruppen und Fachschaften". Ein konkretes Programm wird nicht geliefert, diesbezügliche Aussagen reduzieren sich meistens darauf, daß sie weder dogmatisch noch pragmatisch sein wollen. „Wir halten es für notwendig, daß die universitäre Öffentlichkeit rekonstruiert wird, daß die kontroversen Positionen jenseits demagogischer Verzerrung konfrontiert werden können, um der Masse der Studenten rationales politisches Handeln wieder zu ermöglichen." (1/70) Richtet sich der Blick aus der Uni heraus, so meist auf das politische Feld von SPD, Jusos, DKP etc., auf Wirtschafts- und Kulturpolitik der Sowjetunion oder der DDR. Oft sind die Artikel journalistisch gehalten. Die „theoretischen" bekamen immer mehr Referatscharakter, die Spitzenleistung bestand in einem Text mit 73 Anmerkungen. War nicht die ‚große Politik' im Visier (deren Funktionsbestimmung an die frühen 60er Jahre erinnert), versuchte man sich auch mal in ‚Kulturanalysen'. Man nahm sich z. B. die Italo-Western-Euphorie oder Donald Duck vor: „Das Gelächter des Publikums ist ein Signum ideologischer Borniertheit, ein Manifest der Bewußtlosigkeit eines Denkens, das nicht imstande ist, durch den Schleier kruder Fakten zum Wesen psychosozialer Faktoren vorzudringen. Angesichts dieser Verblendung tut kritische Analyse not." (4/70) Diese geradezu vorbildliche Position gegen ‚Dezisionismus', ‚Dogmatismus', ‚Pragmatismus' und ähnliches hat wahrscheinlich selbst Gelächter hervorgerufen. Das kommt dabei heraus, wenn man einen Jargon benutzt, die dazugehörige Theorie, jedoch nicht kapiert hat.

Nach der Auflösung der Basisgruppenbewegung von '68, dem Gang in die Betriebe, der Gründung von marxistisch-leninistischen, trotzkistischen, maoistischen, stalinistischen, titoistischen und ähnlichen Kaderorganisationen, versuchten sich die Rückkehrer an den Fachbereichen in sogenannten Roten Zellen zu organisieren. Sie stellten „Forderung(en) nach marxistischen Dozenten, Institutionalisierung eines marxistisch-leninistischen Grundstudiums". (3/70) Erstere scheint für die Universität nicht besonders problematisch gewesen zu sein. „‚Marxistische' Hochschullehrer und Tutoren, so heißt es, seien zu berufen. Dies hat sein Recht in einer Universität, die unter dem Schleier wissenschaftlicher Objektivität jahrzehntelang nach handfest politischen Kriterien Berufungspolitik betrieben hat. Aber die Lahmheit der Versuche, diese Forderung zurückzuweisen, sollte zu denken geben. Vielleicht kann man sich damit anfreunden, weil darin keine qualitative Änderung liegt? (...) Das machtpolitisch von rechts erzwungene Scheitern des Versuchs, die Dogmen der bürgerlichen Wissenschaft zu zersetzen, war eine der tieferen Ursachen für die Dogmatisierung der Studentenbewegung selbst. Damit aber wurde die Linke schwerer getroffen als mit allen anderen Konterstrategien: sie ist ihrem Gegner ähnlich geworden. So tritt heute eine neue Autorität neben die alte; als Autoritäten lassen sie einander gelten." Der Artikelschreiber kommt zu dem Schluß, „daß es bald linke Seminare geben wird, die eigentlich auch gesprengt werden müßten". (4/71) Die breite antiautoritäre Front gegen die technokratische Umstrukturierung der Hochschulen war zerfallen, die K-Gruppen waren in erster Linie damit beschäftigt, sich gegenseitig des Revisionismus, Verrats oder Sektierertums zu bezichtigen.

Die ersten Häuser werden besetzt

In diese Phase fielen auch die ersten Hausbesetzungen in Frankfurt. „Studenten, Arbeiterfamilien und Lehrlinge besetzten am 19. September, 14. und 17. Oktober (1970), drei Häuser im Westend. Die Wohnkollektive boten den Eigentümern die Zahlung angemessener Mieten auf ein Sperrkonto an, wovon die Instandsetzungskosten abzuziehen sind. Die okkupierten Häuser wurden so vorbereitet, daß sie von den Bewohnern bei eventuellem Einschreiten der Polizei verteidigt werden können. (...) Die Mieter im Frankfurter Westend werden systematisch aus ihren Wohnungen vertrieben. Die leerstehenden Häuser werden dem Verfall preisgegeben und niedergerissen, um Bürohochhäusern Platz zu machen. Anstatt den Bewohnern der Elendsviertel (...) diese Wohnungen zur Verfügung zu stellen, wird der Wohnraum zugunsten des Kapitals vernichtet. Die Möglichkeit für diese Spekulationen ergeben sich aus den Eigentumsverhältnissen von Grund und Boden in der BRD, obwohl die Regierung die Eindämmung des Mietwuchers und der Bodenspekulation versprach, und das Verfassungsgericht am 12.1.67 eine Grundsatzentscheidung zum Mieterschutz fällte. Gegen diese willkürliche Zerstörung eines Wohnviertels durch Makler und Hauseigentümer wird weder von Seiten der Stadt noch von der Arbeitsgemeinschaft Westend, die ihr Tun im sinnlosen Demonstrieren erschöpft, etwas unternommen." (2/70)

Den politischen Kampf im Bereich der Lebensverhältnisse weiterzuführen, geht auf das Konzept der Stadtteilbasisgruppen zurück, die, anstatt sich zum Lehrer und Former des Proletariats aufzuschwingen, an den vitalen Interessen derer anknüpften, die das Spiel von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung nicht mehr mitspielen wollten.

Aufgrund von Differenzen innerhalb des den AStA stellenden SHB erklären im Juli 1971 die bisherigen Herausgeber ihren Rücktritt. Die neuen Herausgeber bemerken dazu: „...inwieweit der ‚radikale Reformismus' der alten Herausgeber, der sich im diskus bis zur Apologie Schmidt'scher ‚Militärpolitik verstiegen hatte, weiterhin die Publikationspolitik bestimmen sollte, oder ob der nicht-revisionistische Ansatz der marxistischen Fraktion im SHB bestimmend sein sollte, war die politische Seite in diesem Konflikt." Die Stoßrichtung wird wie folgt angegeben: „Trotz unterschiedlicher strategischer Vorstellungen im diskus-Kollektiv besteht Konsens darin, daß die Perspektive sozialistischer Arbeit nicht ‚systemüberwindende Reformen', sondern revolutionärer Kampf

gegen das System an sich sein muß." (5/71)

Die Wende ist schnell zu spüren. RAF, Häuserkampf, die Gruppe Revolutionärer Kampf und Internationalismus treten in den Vordergrund.

Einige machen die Phantasie vieler zur Wirklichkeit und legen ein Konzept vor

Gemeinhin gilt die Baader-Befreiung am 14.5.1970 als Geburtsstunde der RAF. Am Anfang standen ‚Enteignungsaktionen' in Bankfilialen, Attentate wie das auf das Offizierskasino des V. US-Korps im ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben in Frankfurt.

Noch unter der alten Herausgeberschaft wird das „Konzept Stadtguerilla" der RAF in Auszügen abgedruckt. „Das Konzept Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin. (...) Stadtguerilla geht davon aus, daß es die preußische Marschordnung nicht geben wird, in der viele sogenannte Revolutionäre das Volk in den revolutionären Kampf führen möchten. Geht davon aus, daß dann, wenn die Situation reif sein wird für den bewaffneten Kampf, es zu spät sein wird, ihn erst vorzubereiten. (...) Stadtguerilla ist ... die Konsequenz aus der längst vollzogenen Negation der parlamentarischen Demokratie durch ihre Repräsentanten selbst. (...) Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören."

Gleichzeitig druckt der diskus eine Stellungnahme von Oskar Negt, Detlev Claussen u.a. ab. „Sollte sich auch nur ein Teil der Gruppe um Baader und Meinhof zur Last gelegten Aktionen und Vorstellungen als zutreffend erweisen, so gibt es nicht die geringste Gemeinsamkeit und nicht den geringsten Anspruch auf Solidarität mit der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik. Das gilt im Grunde für alle Fraktionen der Neuen Linken, die sich mehr und mehr auf eine langfristige, große Geduld erfordernde Politik eingestellt haben." Die Vehemenz dieser Distanzierung läßt vermuten, daß die zurückgewiesene Gemeinsamkeit einmal bestanden haben muß, sonst wäre sie kaum erklärlich. Zumindest im SDS endeten die Militanzdiskussionen nicht beim Stein in der Hand.

„Der Legalitätsspielraum, den Reformismus bietet, ist die Antwort des Kapitals auf die Attacken der Studentenbewegung und der APO — solange man sich die reformistische Antwort leisten kann, ist sie die effektivere", antwortet die RAF auf das Projekt ‚Marsch durch die Institutionen'. Wird das Konzept der RAF von den Distanzierern als „Verzweiflungsaktionen" und damit als nicht politisch kritisiert, so wird von Seiten der RAF „das Kapital" gegenüber Reformisten als beliebig Agierendes vorgestellt und nur der eigenen Tat die nötige ‚Sprengkraft' zuerkannt, bzw. deren Funktionieren dem weiteren Geschichtsverlauf überlassen.

Nach den Mitteln des politischen Kampfes fragt auch die Redaktion und druckt im Anschluß aus der Broschüre „Partisanen im Schwarzwald" von 1964 ein paar Stellen ab: „Wer die empfindlichen Stellen des zu sabotierenden Objekts fachmännisch kennt und zur Ausführung etwas Zeit hat, kann auf den Knall verzichten. Säßen z.B. die Südtiroler Attentäter in der Belegschaft der Elektrizitätswerke, würden sie vermutlich keine Hochspannungsmaste zu sprengen versuchen. Und einige tausend Reifentöter stören den Verkehr kaum weniger als eine gesprengte Straßenbrücke. Überall, wo in Verkehr und Technik etwas mit Kraft bewegt wird, rollt oder fließt, ist fachkundige Sabotage auch mit ganz kleinen Mitteln möglich.

Nicht auszuschließen ist ferner die Anwendung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen. Das müssen nicht Pest, Cholera oder Arsenik sein. Schon eine Grippe-Epidemie kann das Potential der Bundesrepublik, ihrer Wirtschaft, Führungsorgane, Polizei und Streitkräfte entscheidend lähmen. Gebrauch oder nicht Gebrauch von Waffen und Sprengstoff hängen stark davon ab, ob der Initiator und Lenker des verdeckten Kampfes gewisse Konsequenzen will oder nicht will. Wenn er z.B. weltweites Aufsehen erregen will, dann muß er — auch militärisch sinnlos — schießen und sprengen lassen." (4/71)

Nach mehreren Anschlägen im Mai 1972 wurden zwischen dem 1. und 15. Juni Andreas Baader, Jan Carl Raspe, Holger Meins, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof verhaftet. Damit war der „harte Kern" der RAF zerschlagen.

Sowohl die „Sozialistische Fraktion" des SHB (SHB/SF) wie auch der Revolutionäre Kampf/Frankfurt setzten sich im diskus 3-4/72 mit der RAF auseinander, vorwiegend anhand des „Konzept(s) Stadtguerilla". Beide kritisieren die selbst zuerkannte Avantgardefunktion eines militärischen Teils einer „fiktiven revolutionären Partei", die Abkoppelung von Massenbewußtsein und Massenaktionen (Streiks) sowie die „trial and error"-These, die historische, politische und lokale Bedingungen nicht mehr verarbeitet, sondern wegwischt. „Die Politik der Bomben der RAF klärt nicht die Frage nach einer langfristigen revolutionären Strategie, weil sie nicht fragt, wie die Massen lernen, sich selbst zu wehren. Nicht die Bomben bringen das kapitalistische System in Gefahr, es ist erst dann in Gefahr, wenn die Massen es nicht mehr wollen und eine praktische Alternative sehen, wie sie ihr Leben verändern können." (RK)

Die Kritik bleibt solidarisch und es geht auch nicht um die Infragestellung der gewaltförmigen Bekämpfung des Gegners, also des ‚kapitalistisch-imperialistischen Systems', an sich. „Die Diskussion über die Rolle der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung muß vom Gewaltcharakter der bürgerlichen Gesellschaft ausgehen" (SHB/SF), d.h. die Gewaltförmigkeit sowohl des Zustandekommens wie auch der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staats in ihrer offenen (Imperialismus, Repression) wie sublimen Form (Arbeits-, Lebensbedingungen etc.) zu erkennen, diese jedoch in der eigenen Praxis zu verändern: „Wir haben die bürgerliche Gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden; die Gewalt, die wir dagegen anwenden, muß aber verbunden sein mit positiven Momenten: der Erfahrung der Solidarität, der Entwicklung neuer Verkehrsformen." (RK)

Nach der Verhaftung der Gründungsmitglieder der RAF wurden wesentliche Auseinandersetzungen um die Haftbedingungen der politischen Gefangenen geführt. Der diskus druckt in seinem Heft 2-3/73 die Hungerstreikerklärung von Andreas Baader ab, in der er die Haftbedingungen als Versuch der Vernichtung der Persönlichkeit bezeichnet. Dies bestätigt der IG Metall-Gewerkschafter Heinz Brandt, der während der NS-Zeit in drei KZ's und drei Jahre in Isolierungshaft in einem DDR-Gefängnis gesessen hatte, in einem diskus-Interview. Den Entzug von Geräuschen, natürlichem Licht und dem Blick in die Außenwelt nennt er „nicht Folter im landläufigen Sinne der sadistischen Mißhandlung, der langwierig mißhandelnden Ermordung von Häftlingen", sondern „eine sublime spezifische Form der psychischen Folter". (2-3/73)

Psychiatrische Forschungen in der BRD untersuchten die Auswirkungen völliger Isolation anhand von Versuchspersonen, „ohne daß die beteiligten Wissenschaftler sich um die Anwendung ihrer Ergebnisse kümmerten". — „In der BRD sind nur sehr notdürftig verschleierte Tendenzen zu beobachten, Gefangene *systematisch* zu isolieren und damit Widerstand und Willen zu brechen. Das geht nicht ab ohne nachhaltige psychische und physische Dauerschäden bei den Betroffenen und kann deshalb nur als *Folter* bezeichnet werden." (1/74, Hervorhebungen i.O.)

Die Forderungen der Hungerstreikenden im Mai '73 waren die Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen und freie politische Information. Gerichtet waren sie an die Linken draußen. „Wir verlangen von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen, durchzusetzen — jetzt — wo Ihr's noch könnt, bevor ihr selbst die Gefangenen seid. Und nur von Folter reden, Genossen, statt sie zu bekämpfen, kann schon nicht mehr unser/Euer Interesse sein, hieße: der Abschreckungsfunktion der Schweinerei noch auf die Beine helfen." (2-3/73)

Wenn man sich nimmt, was man braucht, verstößt das meistens gegen irgendwelche Gesetze

In Frankfurt wurde Anfang der siebziger Jahre der Häuserkampf zum dominanten Thema. Weitere Häuser wurden besetzt. Der diskus

Demo gegen die Notstandsgesetze

schrieb: „Wenn Marktmechanismen durch diejenigen, die innerhalb dieser Mechanismen als Objekte eingeplant sind, plötzlich dergestalt gestört werden, daß die Objekte zu Subjekten werden, indem sie die Befriedigung ihrer primitivsten Lebensbedürfnisse selbst in die Hand nehmen, dann steht die Staatsgewalt als Regulativ und Garant für den ungestörten Fortgang von Ausbeutung und Unterdrückung bereit; der Gestörte braucht nur zu winken. Im Grüneburgweg hat er gewunken, und der Auftrag wurde mit Knüppelhieben und gezogener Pistole prompt erledigt. Allerdings nicht reibungslos. Die Angegriffenen leisteten Widerstand." Die Besetzer unterlagen, doch wurde die Aktion als politisch erfolgreich bezeichnet. „Sie bewirkte eine spontane Solidarisierung und Mobilisierung, die sich drei Tage später zeigte, als 3.000 Studenten, Lehrlinge und Arbeiter sich zu einem Demonstrationszug durch die Stadt versammelten. (...) Die Besetzung des Hauses Bockenheimer Landstrasse 111 unter dem Schutz der Demonstranten war eine adäquate politische Antwort auf den Vorfall im Grüneburgweg." (5/71)

Die Operationen der RAF und die Militanz der sich wehrenden Häuserkämpfer ließen die Staatsorgane immer brutaler gegen Oppositionsbewegungen vorgehen. Bei den einzelnen Beamten fielen mehr und mehr die Schranken. Am 4. Dezember 1971 wurde Georg von Rauch auf offener Straße von einem Zivilpolizisten niedergestreckt, nachdem er durchsucht und keine Waffe entdeckt worden war: „Diese Tat ist durch keinerlei Notwehr gerechtfertigt. Sie ist Vorbeugemord! Schultz will seinen Mann haben, tot oder lebendig. Läuft er ihm weg, hat er Tadel und Kritik von seinen Vorgesetzten zu erwarten, aber ein Verletzter — besser noch — ein Toter, läßt sich immer noch nach bewährtem Muster in Notwehr umdichten. Darum zielt Schultz auf den Kopf. Niemand kann behaupten, daß eine Kugel aus 2 m Entfernung ein tragisches Versehen ist. Auf diese Distanz trifft auch ein ungeübter Schütze dorthin, wohin er die Kugel haben will! Und vor ihm steht ein ‚Krimineller', dessen Taten durch die Springer-Presse (und sonst durch gar nichts!) ‚bewiesen' sind. So schwinden die letzten Skrupel. Der Kopfjäger tut seine Pflicht."

Großfahndungen, Abhöraffären, Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung, Heinrich Böll wurde als ‚Schreibtischtäter' diffamiert und von der BILD-Zeitung mit Joseph Goebbels verglichen. Der marxistische Theoretiker und gebürtige Frankfurter Jude Ernest Mandel erhält von Innenminister Genscher Einreiseverbot. „Polizeiaktionen werden mit einer ungeheuren Brutalität ausgeführt und weiten sich, wie im Falle Georg v. Rauch, bis zum blanken Mord aus." Von Demonstrationen wird berichtet: „Die Einkesselung erfolgt nun von vorneherein. Marschiert ein Zug ab, so gruppieren sich lange Ketten von Polizisten in ‚Feldausrüstung' an seiner Seite, von vorne bis hinten. Vorneweg fahren Wasserwerfer und Polizeibusse, die die gegebenenfalls anfallenden Gefangenen aufnehmen können, am Ende des Zuges findet das gleiche statt. Die ganze Veranstaltung gleicht einem laufenden KZ. Das ist der psychologische Effekt der Angelegenheit. Die Staatsgewalt demonstriert ihre Überlegenheit über die ‚Linksextremisten', sie demonstriert, daß solche Leute, die da mit roten Fahnen marschieren, immer einer Bewachung bedürfen und daß sie bewacht werden." (1/72)

Die Stadt setzte auf die polizeiliche Repression, weil es politisch nicht so recht klappte. Auf einer Podiumsdiskussion am 15.7.72 wurde der Standpunkt vertreten: „‚Würde die Stadt keine Genehmigung erteilen (für den Bau von Hochhäusern, T.D.), so hätten die Spekulanten sogar das Recht, die Stadt regreßpflichtig zu machen, dies ginge in die Millionen, und welche Stadt könnte sich das heute leisten. Ein Gesetz, welches die Stadt berechtigen könnte, bereits genehmigte und beantragte Projekte zu verhindern ohne dafür regreßpflichtig gemacht werden zu können, wäre gleichbedeutend mit der Aufhebung des Rechtsstaates.' Schöner und

deutlicher kann man sich ein Bekenntnis zur kapitalistischen Klassenherrschaft gar nicht mehr wünschen", urteilt der diskus, „denn wenn es der Aufhebung des Rechtsstaates bedarf, um die Interessen der Bevölkerung gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen, so kann logischerweise dieser Rechtsstaat immer nur das Recht des Kapitalisten meinen und verteidigen." (1/73)

Der Häuserkampf erfreut sich breiter Zustimmung

Während des Häuserkampfes wird die Bevölkerung als nicht so ablehnend geschildert wie es früher der Fall war. Vielfach kommt es zu Solidarisierungen, vor allem nach brutalen Polizeieinsätzen wie im Grüneburgweg oder der ‚Straßenschlacht' am 28.3.73. Als mal wieder eine Räumung anstand, im Herbst 1973, versammelten sich über 2.000 Leute auf einem teach-in an der Universität, um in der Nacht bereit zum Eingreifen zu sein. „Um halb zwölf in der Nacht erschien Berkemeier, der Vorsitzende des Ausschusses für Bau und Wohnen. Der Magistrat hat die Hose runtergelassen. Wer noch Zweifel hatte an der Unfähigkeit der Stadt, die Probleme ihrer Bewohner zu lösen, konnte das Trauerspiel erleben von dem armen Magistrat, der sich von Versprechungen an die Spekulanten nicht lösen kann, sonst müßte er 10 Millionen Entschädigung zahlen, und das können Sie doch nicht erwarten ... usw.' Wieso denn eigentlich nicht? Die Stadträte haben diese Scheiße ausgehandelt — sie sollen auch dafür bezahlen — war die Antwort. Aber noch besser — die Häuser sollen denen gehören, die sie bewohnen, und die Spekulanten sollen endlich mal arbeiten gehen. Nachdem die drei wehleidigen SPD-Stadtratsmitglieder ihren Obulus von hundert Mark in die Sammelbüchse legten, versicherten sie der Versammlung, daß zunächst nicht geräumt wird, und man sucht nach einer Lösung, die für beide Seiten akzeptabel ist. Man konnte Berkemeiers Worten nicht viel Glauben schenken, er hatte sich schon beim Kettenhofweg gedacht, solange er verhandelt, kommt es nicht zur gewaltsamen Räumung, während sein Genosse Müller (der Polizeipräsident, T.D.) hinter seinem Rücken mit seinen 700 Marsmenschen erschien und den Weg für die Zerstörungskommandos freimachte." Die Häuserkampfbewegung befand sich auf einem Höhepunkt. „Was die Stimmung in der Stadt anbelangt: würde sich der Häuserrat heute zu kommunalen Wahlen stellen, so wären ihm einige Sitze im Stadtrat sicher." (5/73)

Foltert die Polizei?

Nach der Räumung des Hauses Bockenheimer Landstrasse/Schumannstrasse kam es wiederum zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Aufgrund des erneuten brutalen Vorgehens der Frankfurter Polizei wurde das Tribunal „Foltert die Polizei?" ins Leben gerufen. Polizeipräsident Kurt Müller zeigt sich besorgt über den geistigen Zustand des Mitinitiators Gerhard Zwerenz, weil dieser, nach Zeugenberichten über Mißhandlungen, die Öffentlichkeit alarmierte. OB Arndt sagte in der BILD-Zeitung über die Demonstranten: „‚Das sind Anarchisten, das sind Schlägertrupps der Horlemann-Semler KPD, faschistoide Chaoten, die schlimmer sind als die SA und SS in der Nazizeit.' (...) Der Herr Oberbürgermeister von Frankfurt soll doch einmal bitte durch Auschwitz marschieren und dann der Presse erklären: ‚Das ist alles nichts gegen die Politrocker von Frankfurt.' (...) Aber weiter im Interview. Bild: ‚Aber die

Foto: Abisag Tüllmann

Ecke Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße 1973

Jusos und ein Großteil des linken Frankfurter SPD-Vorstandes haben das Vorgehen der Polizei oft mißbilligt.' Arndt ‚Auch die Jusos werden nach dem blutigen Wochenende einsehen, daß diese Krawalle nichts mehr mit Demokratie zu tun haben. Und sie wären ganz gut beraten, wenn sie sehr schnell umdenken. Sonst werden sie sich eines Tages in Gefängnissen und Konzentrationslagern wiederfinden.'

Das ist doch ein Wort! Wer den jahrelangen Polizeiterror in Frankfurt, der aktenkundig und objektiv feststellbar ist, wie gelegentlich die Jusos kritisiert, dem wird mit Gefängnis oder KZ gedroht. Seien wir objektiv. Rudi Arndt ist nicht der Mann, der KZ's baut und die Jusos nach Preungesheim verschuben will. Was Rudi Arndt MEINT, ist, daß solche Auseinandersetzungen den Faschismus provozieren würden, nach der alten Regel, daß fortschrittliches Handeln die Reaktion provoziere. Nach dieser Logik braucht man nur auf das fortschrittliche Handeln verzichten und der Faschismus bleibt aus. Das ist ungeheuer richtig, denn dann braucht man ihn nicht mehr! Aber selbst zu dieser Interpretation des Arndtschen Kalauers benötigt man höhere Schulbildung. Für den gewöhnlichen Bild-Leser bleibt der Eindruck, daß Frankfurts OB daran denkt, für Jusos KZ's zu bauen. Sie sollten darüber nachdenken."

Karsten Voigt verteidigte auf dem Tribunal im Volksbildungsheim die „sozialistische Reformstrategie" der SPD, kritisierte „einzelne Übergriffe" der Polizei, aber auch das Hervorrufen „reaktionärer Gewalt" durch die Demonstranten. Joschka Fischer (für den Häuserrat) und Daniel Cohn-Bendit sahen in der SPD keinen Partner: „Ich meine, da stellt sich doch die Frage der Alternative, geh ich auf die Seite des Kapitals, der Banken, in deren Aufsichtsräten Sozialdemokraten sitzen und Kredite vergeben, oder geh ich auf die Seite derer, die unter diesen Umständen leiden, die da ausgebeutet werden durch Wuchermieten, die da zusammengeschlagen werden von faschistischen Schlägertrupps und ähnliches mehr?" (Fischer) „Wir haben leider keine Wahl, denn die Alternative, und das zeigt die Geschichte der Sozialdemokratie, ist nicht zwischen Reform und Nichts, sondern die Alternative ist zwischen Barbarei und revolutionärer Veränderung dieser Gesellschaft, dazwischen gibt es nichts." (Cohn-Bendit) (2-3/74) Auf das Vorgehen der Polizei hatte das Tribunal keinerlei mäßigende Wirkung, wie der Prügeleinsatz auf der FVV-Demonstration im Mai zeigte. Der Häuserkampf jedoch hatte mit den Auseinandersetzungen um die Bockenheimer/Schumannstrasse seinen Höhe- und Wendepunkt erreicht.

Opel ist auch eine ganz gute Universität

Neben dem Häuserkampf war für die Gruppe „Revolutionärer Kampf" die Betriebsarbeit bei Opel in Rüsselsheim ein zweites zentrales Aktionsfeld. Auch der RK begriff sich als Avantgarde von Intellektuellen, die ihre Erfahrungen aus der Studentenbewegung nun in dem gesellschaftlich relevanteren Betriebsbereich für eine revolutionäre Entwicklung nutzbar machen und zugleich sich selber in den Arbeitskämpfen schulen wollten. Das Problem war die Vermittlung gewonnener Einsichten mit der Lebens- und Arbeitssituation der Arbeiter. In einer ausführlichen Selbstkritik im diskus 4/73 wird darauf hingewiesen, daß vor allem die eigenen Einschätzungen nicht mehr anhand praktischer Erfahrungen diskutiert wurden und so ein Fortschritt in der Arbeit erschwert war. Problematisch war von Beginn an die Übertragung der Arbeiterautonomievorstellungen aus Italien auf hiesige Verhältnisse. Vor allem wurde die Macht des deutschen Reformismus nicht genügend berücksichtigt, so daß das Ausbleiben konkreter Erfolge zu Frustrationen führte und schließlich die Betriebsarbeit selbst in Frage stellte. „Wir sind zwar alle Spontis, aber was sonst?", hieß die leicht resignierte Frage, die jedoch das Grundproblem des Aktionismus ins Auge faßte. „Überall dort, wo sich für uns eine wirkliche Aktionsperspektive eröffnet hat, zuletzt in den Frankfurter Straßenschlachten, da schien die politische Hilflosigkeit unserer Gruppe für kurze Zeit überwunden, da gelang es, für unsere radikalen Forderungen einen Rückhalt bei den Arbeitern im Betrieb, bei Jugendlichen oder bei der Frankfurter Bevölkerung zu finden. War die Aktion zu Ende, hatte sich die Staatsgewalt oder das Kapital als stärker erwiesen oder waren bestimmte Forderungen durchgesetzt worden, so begann erneut der politische und organisatorische Katzenjammer im ‚Revolutionären Kampf'." Letztlich führt die Einsicht, daß die eigene Politikform mit der vorgefundenen im Betrieb vermittelt werden müsse, zu Durchhalteparolen für die „Innenkader", d.h. derjenigen, die innerhalb der Betriebe arbeiteten.

Das HRG kommt auf leisen Sohlen, die Polizei nimmt nicht so viel Rücksicht

Als endgültige Auflösung der Autonomie der Hochschulen wurde das Hochschulrahmengesetz (HRG) von 1971 begriffen. Es stellte eine Zentralisierung und Entdemokratisierung der Bildungsplanung dar, eine Anpassung an die Rationalisierungsbedürfnisse des westdeutschen Kapitals. Die Trennung von Forschung und Lehre, von Kurzstudiengängen für die Masse („Lernen des Lernens") und Aufbaustudien für eine Elite wurden befürchtet. „Allerdings bleiben im HRG die Ausbildungskosten vergesellschaftet, während die Erträge (...) privater Aneignung unterliegen." Ein weiterer Kritikpunkt war die Fremdbestimmung der Studieninhalte, „durch die Einführung von Studienreformkommissionen, deren Mitglieder von den Ländern (!) benannt werden". Dadurch war der „Einfluß fortschrittlicher Studenten auf das dekorative Maß (ge)mindert, das ihnen aus Integrationsgründen eingeräumt wird". (6/71) Durch die Verschärfung der Studienanforderungen wurden die Möglichkeiten eines interessegeleiteten Studiums und politischen Engagements eingeschränkt. Gegen die Einführung einer neuen Prüfungsordnung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften im WS 1971/72, die u.a. eine Zwischenprüfung nach dem 4. Semester und den Erwerb von 23 Leistungsnachweisen bis dahin vorsah, organisierten die Studenten des Fachbereichs einen Klausurenstreik. Unipräsident Kantzenbach reagierte mit einem Polizeieinsatz. „600 Polizisten verteidigten das Recht von durchschnittlich 20-30 Streikbrechern mit allerdings ungewohnter Brutalität. (...) Trotzdem brach der Streik in den folgenden Tagen nicht zusammen, wenn auch Kantzenbach den Verlauf als Erfolg seiner Politik zu buchen versuchte: die von Montag bis Samstag angebotenen Klausuren hätten über 2.000 Studenten schreiben müssen, gezählt hat Kantzenbach nur 450." Auch auf anderer Ebene bevorzugte der Unipräsident die harte Tour. „So bat Polizeipräsident Müller (SPD) seinen Parteifreund, den Universitätspräsidenten Kantzenbach, kürzlich in einem Brief, dafür Sorge zu tragen, daß in den Häusern der Jügelstraße (die der Universität gehörten, am Ort der heutigen Neuen Mensa, T.D.) sich keine ‚Randgruppen und Obdachlose' mehr aufhalten sollten. Randgruppen und Obdachlose, das waren u.a. die Rote Zelle Wirtschaftswissenschaften, der AStA-Kindergarten, das Uni-Filmstudio, die Therapiegruppe der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität. Kantzenbach trug diesem Sorge: gutgelaunt sah er der beispiellos brutalen Räumungs-, Festnahme- und Zerstörungsaktion der Polizei seines Komplizen Müllers durch das Fenster seines Dienstzimmers zu. (...) Müller auf die Frage des Rechtsanwalts Golzem vom Anwaltskollektiv nach der Rechtsgrundlage der Aktion: ‚Seit wann halten sie sich denn an das Gesetz, Herr Golzem?' (Was ja nur bedeuten kann: die Polizei schon lange nicht mehr!)" (2/72)

Aufgrund der katastrophalen Ausbildungssituation und der Prognose eines Lehrerüberschusses ab 1975 beantragte die Universitätsspitze beim hessischen Kultusminister Ende des Jahres 1972 einen „totalen Zulassungsstop für die meisten Fächer der Lehrerausbildung und für den gesamten Fachbereich Wirtschaftswissenschaften". Kultusminister von Friedeburg konterte, die Universitätsspitze operiere „mit falschen Studentenzahlen, (...) statt ‚Panikmache' zu betreiben, solle die Universität die Studienreform vorantreiben, d.h. Studieninhalte und Studienformen verändern". (6/72) Berechtigterweise verweist die Universität auf die restriktive Finanzpolitik der Landesregierung, was jedoch ihre Planungsunfähigkeit nicht zu kaschieren vermag. Im selben Jahr anerkannte das Bundesverwaltungsgericht grundsätzlich die Befugnis einer Aufnahmebeschränkung für Hochschulen. Jedoch „zuständig für die Regelungen des Hochschulzugangs ist der Staat und nicht die Hochschu-

len. (...) Letztendlich bedeutet das Urteil eine Blankovollmacht für jede Form staatlicher Finanz- und Bildungspolitik, die einem Minimum an Plausibilität genügt. Faktisch bedeutet das NC-Urteil eine höchstrichterliche Bestätigung der bisherigen Mängelverwaltung." Im Anschluß an das Urteil schlossen die Ministerpräsidenten der Länder einen Staatsvertrag, „der eine bundeseinheitliche Regelung des Hochschulzugangs ermöglicht", nach welchem eine Zentralstelle in Nordrhein-Westfalen eingerichtet wurde. Der diskus kritisiert neben dem „‚Leistungsprinzip' als Selektionskriterium" und einer „schichten-spezifischen Auslese" die „Zentralisierung als Mittel technologischer Anonymisierung". „Die überregionale Organisation und die technische Perfektionierung des Verfahrens hat auch Konsequenzen für möglichen politischen Widerstand. Auf den Computer läßt sich kein Druck ausüben; zudem individualisiert das dominierende ‚Leistungsprinzip' die Schüler so stark, daß scheinbar kein Fall mehr dem anderen gleicht. Den Schülern tritt kein Auswahlausschuß gegenüber, sondern ein technisch perfektioniertes anonymes Berechnungssystem." (2-3/73)

Eine weitere Restriktion in den Ausbildungsformen stellten die Angriffe auf das Tutorenprogramm als „eines der nachhaltig wichtigsten Resultate der antiautoritären Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre" (1/74) dar. „Das Tutorenprogramm ist von den Studenten erkämpft worden, Ziel: alternative Lernmöglichkeiten aufgrund der Misere der Massenvorlesungen, Entwicklung alternativer inhaltlicher didaktischer Konzepte." Vom HRG sollte dies beschnitten werden. „Ungewollte Eigeninitiativen der Tutoren sollen abgeblockt, der Tutor Rädchen zur Abwicklung traditioneller Lehrveranstaltungen werden. Aufgabe des Tutors ist die Entlastung der Hochschullehrer, dem der Tutor völlig unterworfen wird. Er ist persönlich vom Professor abhängig, da der Ordinarius das personelle Vorschlagsrecht hat." (6/71)

Da diese Bestimmungen Anfang 1974 noch immer nicht rechtswirksam waren, gab die Universitätsspitze Richtlinien heraus, die zu einer „schleichenden Liquidierung des Tutorenprogramms" führten. Danach „‚können Vorschläge zur Einstellung von Tutoren nur von Professoren und Dozenten kommen. Die Betriebseinheiten oder der Fachbereich haben lediglich insoweit ein Anhörungsrecht.'" Der Unipräsident spricht sich selbst die Kompetenz polizeilicher Überwachung zu. „‚Der Präsident hat im Einzelfall zu prüfen, ob ein Bewerber, der sich an Störungen des Lehrbetriebes innerhalb der Universität beteiligt hat, deswegen dauernd von der Beschäftigung ausgeschlossen werden soll.'" Als solche „Störung" könnte etwa bezeichnet werden, daß Tutoren einen Lehrboykott rechter Professoren unterliefen, indem sie trotz Verbots den Lehrbetrieb aufrecht erhielten. (1/74) Die Zielrichtung all dieser Maßnahmen ist klar: man reagierte auf das Ansteigen der Studentenzahlen nicht mit vernünftiger Planung und angepaßter Mittelausstattung, sondern mit Aufnahmebeschränkung, Studienzeitverkürzung und Prüfungsstreß, was nebenbei noch den politischen Widerstand und den organisatorischen Ansätzen eines selbstbestimmten Studiums den Boden entzog.

Eine diskus-Redakteurin wird verhaftet

Am 26. November 1974 wurde im Zuge der ‚Aktion Winterreise' Brigitte Heinrich verhaftet. „Mit dieser Aktion demonstrierte der Staatsapparat seine Stärke: in Berlin, Hamburg, Kiel, Heidelberg und Frankfurt/M. wurde mit einem schwer bewaffneten Polizeiaufgebot, Hubschraubern usw. zu einem ‚großen Schlag' gegen angebliche Sympathisanten der RAF ausgeholt." Brigitte Heinrich war seit Oktober 1971 Redakteurin des diskus und gab mit ihren Artikeln über Brasilien, Uruguay, Marokko, Türkei, Indochina, Israel, Ölgeschäfte, Spanien, Persien, Chile und Portugal dem internationalistischen Teil, für den sie verantwortlich war, einen entscheidenden Rückhalt. Außerdem hatte sie zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung einen Lehrauftrag am FB 3 über internationale Beziehungen mit den Themen: Brasilien, Naher Osten, Rohstoffe und Außenpolitik, BRD — Dritte Welt. Anfang April 1975 war sie von 17 bei der ‚Aktion Winterreise' Verhafteten als einzige noch immer in Haft. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen sie wegen ‚Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung', sie wird in U-Haft festgehalten, ohne daß es ernstzunehmende Zeugen gäbe: „Der Zeuge Maurer ist durch eine 10jährige Jugendstrafe wegen Totschlags derart in seiner Persönlichkeit, seinem Erinnerungs- und Wahrnehmungsvermögen beeinträchtigt, daß er selbst für die Justiz unbrauchbar wurde. In den Parallelverfahren wurde er überführt, nicht mehr zwischen Phantasie und Wirklichkeit unterscheiden zu können. (...) Der Zeuge Jürgen Bodeux wird verdächtigt, an der Ermordung von Ulrich Schmücker beteiligt gewesen zu sein. Er ist der Kronzeuge in den Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Tatbeteiligte dieses Mordes." Bis heute ist ungeklärt, ob Bodeux nicht für den Verfassungsschutz arbeitete. Der diskus vermutet, daß es sich im Falle von Brigitte Heinrich nicht um Untersuchungshaft, sondern um eine Kriminalisierungs- und Zermürbungshaft handle: „Sie geht schon als Verurteilte in die Verhandlung, der Makel der langen Untersuchungshaft hat sie schon zur Kriminellen gemacht. (...) Andererseits hoffen die Strafverfolgungsbehörden, Brigitte Heinrich so zu zermürben, daß sie die von ihr gewünschten Informationen über ihre internationalen Kontakte preisgibt. (...) Was bleibt, ist eine Kriminalisierung und eine Strafvollstreckung ohne Verfahren und ohne Beweise. Was bleibt, ist eine Kriminalisierung der mißliebigen antiimperialistischen Gesinnung und eine Unterdrückung ihrer journalistischen und aufklärerischen Tätigkeit." In der Isolierungshaft treten „die Symptome einer seit 8 Jahren als geheilt betrachteten schwerwiegenden Lymphdrüsenerkrankung" wieder auf. Selbst ein Aufruf von 44 Ärzten und 3 Professoren der Frankfurter Universität konnte nicht erreichen, daß sie als haftunfähig entlassen wurde. Nachdem der Anstaltsarzt eine sofortige operative Entfernung des Lymphknotens vorschlug, verlangte Brigitte Heinrich die Konsultation eines Vertrauensarztes. Statt dem zu entsprechen, wurde sie unter Androhung von Schußwaffengebrauch in das Haftkrankenhaus in Hamburg verschleppt. Der AStA der Uni Frankfurt forderte den Universitätspräsidenten Kantzenbach auf, sich für die Hochschulangestellte einzusetzen und erhob Dienstaufsichtsbeschwerde, da er nichts unternahm. Daraufhin kam Kantzenbachs Antwort: „Er selbst gehe davon aus, daß in einem Rechtsstaat Verhaftungen nicht grundlos erfolgen. Der AStA-Forderung nach einer optimalen Behandlung von Frau Heinrich könne er sich, sagte Kantzenbach, selbstverständlich anschließen; er habe jedoch keinen Grund zur Annahme, daß dies nicht ohnehin geschehe." (Sondernummer „Brigitte Heinrich . . .", April 1975)

Als der Vollzug des Haftbefehls Mitte April unter Auflagen ausgesetzt wurde, stellte der Dekan des FB 3, Nicklas, den Antrag auf Erneuerung des Lehrauftrages von Brigitte Heinrich. Der neue Unipräsident Krupp lehnte ab, indem er den elementarsten Rechtsgrundsatz in sein Gegenteil verkehrte. Einmal verhaftet, gilt man solange als schuldig, bis die Unschuld vor Gericht bewiesen ist. „Über die Berechtigung der gegen Frau Heinrich erhobenen Vorwürfe steht mir kein Urteil zu. Die Vergabe eines Lehrauftrages halte ich erst dann für vertretbar, wenn diese Vorwürfe gerichtlich geklärt sind." Hans Nicklas wollte sich damit nicht zufrieden geben: „Die Haftverschonung für Frau Heinrich ist unter anderem deshalb gewährt worden, weil sie durch eine Flucht, wie es in der Begründung heißt, ihre wissenschaftliche Laufbahn und ihre bürgerliche Existenz aufs Spiel setzen würde. Wenn diese Begründung einen Sinn haben soll, dann kann doch nur die Konsequenz daraus sein, daß Frau Heinrich alle bürgerlichen Rechte bis zum Abschluß ihres Prozesses gewährt werden. Dazu gehört auch, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt ihrem bisher ausgeübten Beruf weiter nachgehen kann. Sie verweigern ihr jedoch dieses Recht mit ihrer Entscheidung." (1/75)

Die Praxis des Berufsverbots war inzwischen der Universität gängiges Mittel. So wurde beispielsweise der Gewerkschafter Stubenrauch als „linker Baldur von Schirach" diffamiert und ihm die Stelle im Didaktischen Zentrum verweigert (6/72). 1975 nahm der Gesinnungsterror Ausmaße an, die Ernst Bloch veranlaßten, zu den Zuständen an der Frankfurter Universität Stellung zu nehmen. „So wurde mir bekannt, daß im April dieses Jahres, eingeleitet vom Kultusminister des Landes Hessen, Anhörungsverfahren von Tutoren, Hilfskräf-

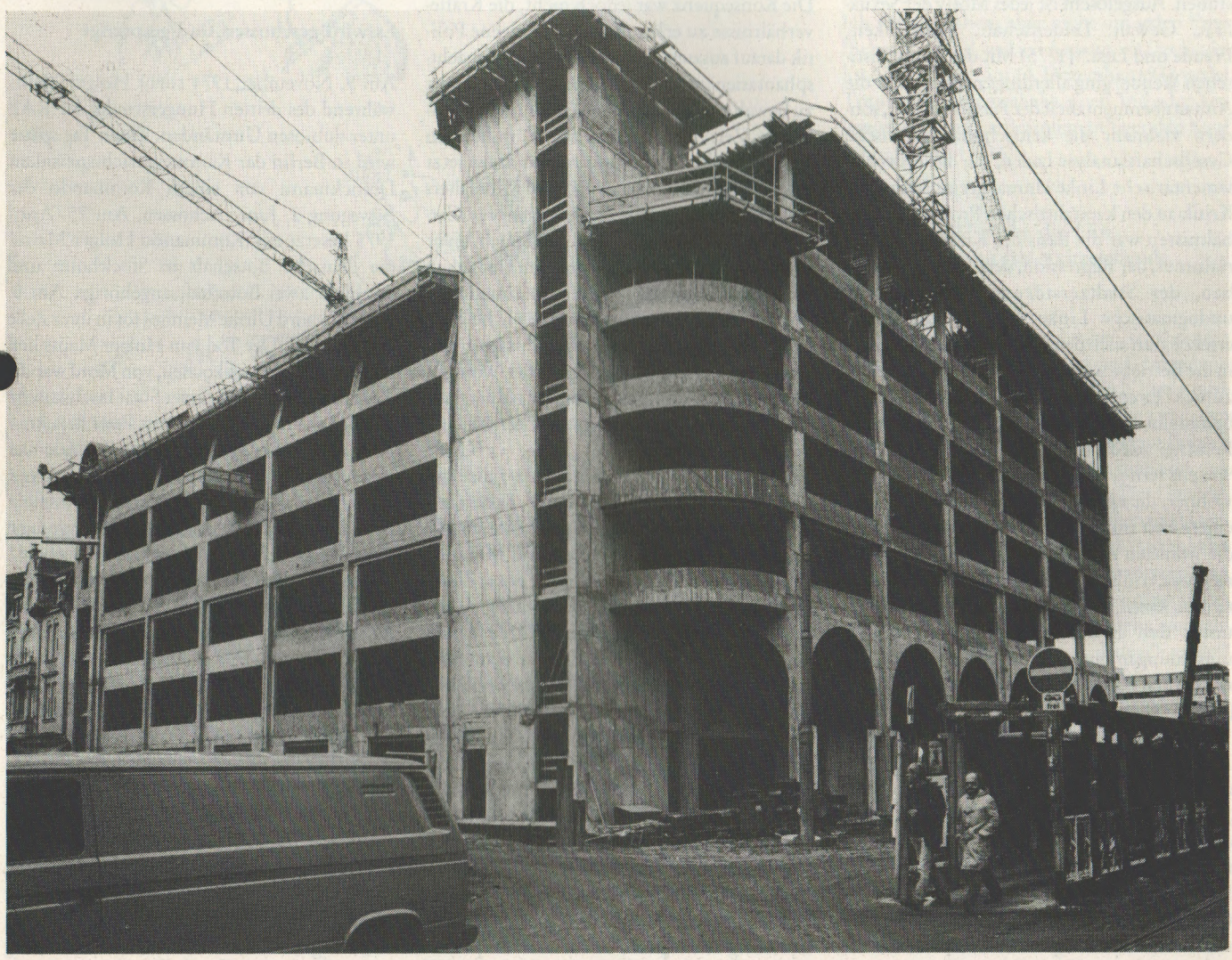
ten und Bediensteten durch den Kanzler der Goethe-Universität durchgeführt wurden. Diese politischen Prüfungen stützen sich auf teilweise jahrelange Bespitzelungen des Verfassungsschutzes. Alle an der Universität Tätigen sollen auf diese Weise auf Anordnung des Kultusministers politisch überprüft werden. Wer zum politisch Verdächtigen gemacht wird, muß selbst seine Verfassungstreue beweisen. (...) Der Inhalt der Verfassung wird hiermit benutzt und degradiert zur Aufrechterhaltung und Sicherung gebliebener Herrschaftsstrukturen statt zur Verbesserung der Demokratie und zu sinnvollem Fortschritt. (...) Im Vergleich zu solchen Vorgängen wirkt es zynisch, wenn der Frankfurter Universitätspräsident sich bemüht fühlt, wenigstens vorerst noch die Gewerkschaften vom Radikalitätsverdacht auszunehmen, indem er sagt ,...daß die Mitgliedschaft in Gewerkschaften nicht zu Zweifeln an der Verfassungstreue der Bewerber führt' (Unireport, 8. Mai 75). Und gar noch die politische Überprüfung umdeutet in einen Schutz der Betroffenen: ‚Die Anhörung verschafft dem Bewerber das in einem rechtsstaatlichen Verfahren erforderliche Gehör.' Und weiter der Meinung ist, ‚daß gerade die Anhörung der Betroffenen in der Universität deren Rechte sichert' (Unireport, 8. Mai 75). Wie diese Rechte vom Uni-Präsidenten gewährleistet werden, belegt die Behandlung des Lehrauftrages von Brigitte Heinrich." (2/75)

Die Spontis hören auf zu kämpfen und beginnen zu grübeln

Nicht lange nach der Hochzeit der Häuserkampfbewegung, setzte ein Selbstvergewisserungsprozeß der Neuen Linken ein, der über die Problematisierung der eigenen Politikformen zu einem Bruch mit den bisherigen Politikinhalten, Aktionszielen und sehr schnell auch in den Analysen führte. Die nachaktionistische Phase wurde zum Tal der Depression, was nachhaltig die Bewegung prägte. So wurde in einer frühen Spontikritik der Niedergang der Sponti-Bewegung konstatiert. „Ich finde, in der spontaneistischen Hochschulpolitik findet eine Entwicklung statt, die man schlagwörtig als ‚sensualistische Subjekthaftigkeit' bezeichnen kann. Sie drückt sich in den Widersprüchen im einzelnen aus: daß sich Spontis als Studenten verstehen, aber keine Bücher lesen wollen; daß sie bürgerliche Wissenschaft kritisieren wollen, aber sich weigern, sich den Zwängen auszusetzen, die das nun einmal mit sich bringt . . ." Der Kritiker sieht „einen Hang zur bürgerlichen Identitätsphilosophie (...), nur daß an die Stelle der ‚absoluten Vernunft' DAS BEDÜRFNIS getreten ist." — „Der Spontaneist hat seinen ‚Termin', man steckt ‚drin', man ‚tut' was, aber es verändert sich zum Glück nicht viel. In der Tat ist ein Spontaneist eine Mischung aus polymorph-perverser Triebregression und dem Glöckner von Notre Dame. Zerrissen, elend und leidend wie dieser trägt er seine Qual mit Atlasstärke und bewundernswerter Geduld; um dem Druck standzuhalten, regrediert er bei jeder Gelegenheit in möglichst vielseitige Oralität und tritt so unsicher, aber desto motziger den Studenten gegenüber. Grimmig zaubert er ihnen eine Uni von Professorenteufeln, Dozentendrachen und Heerscharen kleiner Assistentendämonen (...). ‚Wir müssen uns zusammentun. Wir müssen diese Strukturen zerschlagen!' ruft er. ‚Zu uns finden, Angst abbauen . . . kommunizieren.'" Mit seinem „motzenden Individualismus" bleibe „der Student seinem Objektdasein verhaftet". Die SHI (Sozialistische Hochschulinitiative, die Organisation der Spontis an der Hochschule) tue so, „als käme der Widerstand gegen die bürgerliche Wissenschaft allein von einer subjektivistischen platten Erfahrungse-

Foto: Abisag Tüllmann

Ecke Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße 1985



bene her, indem man seinen Vorstellungen, seiner ‚Phantasie', seinen ‚Bedürfnissen', ‚Interessen' freien Lauf läßt." Darin werde er dem „reformistischen ‚Kleinbürger'" ähnlich. (4/74) Diese Kritik eines Mitglieds der SHI zielt zwar auf Hochschulpolitik, charakterisiert jedoch eine Wende eines großen Teils der außerparlamentarischen Bewegungen.

Eine Reflexion auf die Studentenbewegung unternimmt den Rückgriff auf die „Neue Sensibilität", einen Begriff, den Herbert Marcuse zur Zeit der Studentenbewegung zur Charakterisierung ihrer Umgangsformen prägte. „1966/67 kamen Katzen in die Wohngemeinschaften der Linken, weil die Katze ein antiautoritäres Tier ist, das einzige Haustier, das nicht aus der Herde kommt und die Rangordnung der Herde achtet, ein Befehlsverweigerer, Gehorsamsverweigerer. Phantasie und Geschick gegen den starken, einfältigen Hund setzen, dies Bild erinnert die Linken an ihre eigene Situation: die revolutionäre Phantasie gegen die Armatur des Staatsapparates einsetzen, der stärker als seine Gegner ist, aber einfältig." ‚Neue Sensibilität', das war eine Befreiung des Denkens, der Angriff auf die Unfreiheit der Sprache, veränderte Verkehrsformen. Genau das ging in der Kaderbildungszeit zugrunde. „Im Kasernenkommunismus der späteren Jahre herrscht die Sprache der Amtsstuben. Ausgelöscht ist jedes Motiv der Sexualität, Gewalt, Leidenschaft, Sinnlichkeit, Freude und Lust." (1/75) Mit der ‚sensualistischen Wende' ging allerdings nicht so sehr die Amtsstubenmentalität der Parteiaufbauer, sondern vielmehr die kritisch-materialistische Gesellschaftsanalyse baden, die die außerparlamentarische Linke einmal geeint hatte. Die Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen war die Basis der Kritik am Imperialismus, der Repression, dem Demokratieabbau, der Stadtzerstörung etc. auch für undogmatische Linke. DAS BEDÜRFNIS ersetzte nun auch den Klassenkampf, der Gang in die Betriebe war beendet, die Linke zog sich zurück. Es entstand die „Scene". Peter Mosler beschreibt sie als „Dorf": „Selten kommt ein Besucher aus der Stadt, und er bereist das Dorf wie ein fernes Land. Oft sieht er die Dorfbewohner, die einander ‚Genossen' nennen, auf einem Fest im Freien auf einer großen Wiese, die inmitten eines Kiefernwaldes liegt. Dort reden sie, trinken, rauchen, machen Musik und tanzen, kleine Kinder laufen nackt in der Sonne unter den Erwachsenen, Männer gehen umschlungen durch die Menge, auch Frauen, manchmal halten sie an, um sich zu küssen." (2/75)

Diese ‚Idylle' markiert den Rückzug vom Anspruch gesellschaftlicher Veränderung, d.h. auch vom Versuch einer Verbindung mit der ‚Arbeiterklasse', auf das eigene Umfeld; dadurch die Ausbildung eigener Sprach- und Umgangsformen, die Außenstehenden fremd blieben. Die ‚Scene', das war die Herausbildung einer Gruppenidentität über bestimmte Codes, die relative Abkapselung von dem Rest der Gesellschaft. Im Extrem war damit die Flucht aus der Stadt verbunden, der Wunsch, jenseits der kapitalistischen Realität sich eine Existenz zu verschaffen und in der ländlichen Einfachheit seiner Intellektualität entledigen zu können. Immer war es ein kollektiver Rückzug auf die „erste Person". Die Gefechte mit der Polizei, wenn die Dorfbewohner mal die Stadt besuchten, blieben der neuen Lebensweise eher äußerlich, ein Stück Nostalgie.

Von der Fabrik ins Grüne

Basierte die ‚proletarische Wende' von 1969/70 noch auf theoretischen Überlegungen aus der Studentenbewegung, so war der neuerliche Umschwung Ergebnis einer Niederlage. „Die Reformillusionen der Linken an den Hochschulen sind begraben, die Linken mitunter auch. Die Zerstörung des Freiraumes Universität (der nie eingestanden wurde) hat verheerende Auswirkungen auf die Diskussion, sie findet — bis auf wenige Ausnahmen — nicht mehr statt", schreibt der diskus im editorial anläßlich seines 25jährigen Bestehens (3/75). Und drei Monate später: „Die Isolation, in der wir stecken, (ist) keineswegs (eine) unserer Ohnmacht gegenüber dem Staat allein, sondern auch der Ideologie unserer Allmacht." (1-2/76) Die Konsequenz war jedoch nicht, die Kräfteverhältnisse zu erkennen und die eigene Politik darauf auszurichten, sondern die Allmachtsphantasien ins Ich zurückzunehmen und dort zu bewahren. „Leute, die noch vor nicht allzulanger Zeit den massenhaften, militanten Kampf auf der Straße diskutierten, lasen jetzt Bücher über das Drogenwissen des Mittelalters bis hin zu mystischen Erfahrungen wie Carlos Castañeda oder Märchen. Manch einer plant, aufs Land zu ziehen und den Gedanken von Landkommunen wieder aufzunehmen, und mehr als sonst findet man natürliche Nahrung, die nicht von chemischen Zusätzen verunreinigt ist, in den Kochtöpfen der Wohngemeinschaften, die noch vor einem halben Jahr jeden zweiten Tag ihre obligatorischen Nudeln mit Ketchup aßen." (5/76) „Lange vorbei die Zeit, als Spontis noch Arbeiterbedürfnisse aufzuspüren suchten und militante Reden auf Betriebsversammlungen hielten: heute sind sie bei Themen wie ‚Zärtlichkeit und Militanz' gelandet. (...) Jeder einzelne Genosse dieser diversen Gruppierungen (da meint der Autor K-Gruppen, Jusos und Spontis, T.D.) ist für sich betrachtet ein mehr oder minder sympathischer Zeitgenosse, dessen verstiegene politische oder sonstige Auffassung als persönliche Macke ohne weiteres toleriert werden könnte. Treten aber diese sympathischen Zeitgenossen kollektiv auf, werden sie begrifflose, dumme, unerträgliche Haufen." Die Linke habe politisches Engagement auf private Verhaltensweisen zurückgezogen. Dies trifft mit der sich ausbreitenden Ökologiediskussion zusammen. „Der Affekt, sich der vergifteten Welt zu entziehen, ist richtig und legitim. Nicht aber das private Sektierertum, das sich um persönlichen Rückzug, in Abstinenz von Welt, Fleisch, Schwanz, Möse, Nikotin, Basisarbeit und Badehose übt. (...) Ob einer heute säuft und was, die Penetration durchführt oder verweigert, biologisch-dynamisch frißt oder Latschaschweinekram kauft, ist leider objektiv völlig egal." Der Autor sieht in den Kämpfen um Brokdorf zwar noch das Bestreben, sich mit der Realität zu konfrontieren. Doch solange diese Aktivität sich bloß gegen einzelne Objekte richtet, bleibe sie unpolitisch. Die Linke verhalte sich gegenüber der Ökologiebewegung taktisch, während diese in einem antitechnischen Affekt verhaften bleibe. Der Ausweg sei, daß die single-purpose-Bewegungen sich in eine breite sozialistische Bewegung transformierten (6/76).

Der diskus konnte sich gegenüber den neuen Entwicklungen für einige Zeit eine kommentierende Distanz bewahren, doch die Orientierungslosigkeit der Spontis griff sukzessive auch auf die Zeitschrift über. Nach dem Ende des Internationalismus, des Häuserkampfs, der Betriebsarbeit als aktive Interventionsstrategien der radikalen Linken wurden ‚Themen' mehr und mehr von außen gesetzt. Kontinuität behielt darin zunächst einmal der Komplex RAF/Repression. Darum sei dieser hier noch einmal skizziert.

Es wird geschossen und gesprengt

Am 9. November 1974 stirbt Holger Meins während des dritten Hungerstreiks der RAF unter dubiosen Umständen. Einen Tag später wird in Berlin der Kammergerichtspräsident Drenckmann von einem Kommando der Bewegung 2. Juni erschossen. Am 25. April 1975 besetzt ein ‚Kommando Holger Meins' die deutsche Botschaft in Stockholm und erschießt zwei Botschaftsangehörige. Am 8. Mai 1976 wird Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle aufgefunden. Der Tod von Holger Meins ließ die Emotionen hochkochen, von Mord war die Rede und davon, daß dieser Staat faschistische Methoden anwende. Dem tritt Peter Brückner in einem diskus-Interview entgegen, indem er betont, daß die Inkaufnahme des Todes von Häftlingen, „ein Typus von Gewaltförmigkeit ist, der mit zu den Konstitutionsbedingungen dieser bürgerlichen Gesellschaft selbst gehört". Somit sei der Faschismus-Vorwurf für den bürgerlichen Staat entlastend. Er „würde zumindest den liberalen Vertretern dieses bürgerlichen Staates eine Möglichkeit eröffnen, erneut auf den Schein der Rechtsstaatlichkeit und relativen Gewaltfreiheit des bürgerlichen Staates auszuweichen (indem sie sagen, „so etwas hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, es muß negativ sanktioniert werden", T.D.), statt darin, daß sie den Holger Meins richtig haben verhungern lassen, eines der historisch erworbenen Merkmale dieser Gesellschaft zu sehen."

Was sich in der „Beliebigkeit der Opfer" bei der Ermordung des Richters Drenckmann ankündigte, führte bei der Botschaftsbesetzung

zum Erschrecken. „Wir sind betroffen vom Verfall der Tötungshemmung bei den Genossen illegaler Gruppen wie von der Zunahme der Brutalität der Staatsorgane", schreibt der diskus in einem Vorspann zu einem Teilabdruck des Artikels „Terror oder Revolution" von Raoul Vaneigem, und weiter: „Es gilt nachzuweisen, wie der Terror der bewaffneten Aktion durch die Gewaltförmigkeit des Staates selber produziert worden ist." Der Artikel selber wartet eher mit einer psychologistischen Erklärung auf: Terrorismus mit der Bombe gegen „Terrorismus der Ware". „Der Terrorismus ist für viele der Wütenden, die nicht mehr so weiter überleben können und nichts anderes sehen als Bombe, MP und die Selbstzerstörung, ein Mittel, kurzfristig mit ihrem Elend Schluß zu machen, um wenigstens einmal dem Moloch die Stirn zu bieten." (1/75)

Der Tod Ulrike Meinhofs warf ganz andere Probleme wieder auf: „Die Vernichtung einer Frau, die es wagte, Mann & Familie zu verlassen und ihr eigenes Leben zu wählen — in einer Konsequenz, die alle wesentlichen Stationen der Neuen Linken durchlief: der Pazifismus der späten 50er und frühen 60er, den aufklärerischen Journalismus, der Versuch zur Konstitution einer linken Gegenöffentlichkeit, die Jugend- und Studentenrevolte, schließlich die Stadtguerilla in den Metropolen des Kapitals. Wir haben diese letzte Konsequenz nicht gezogen. Doch am 10. Mai (auf der Demonstration in der Frankfurter Innenstadt, T.D.) haben wir unsere Verdrängungen, unsere Resignation, ja unsere Selbstrepression zum Teil durchbrochen. Viele begriffen, daß der dosierte, schleichende anonyme Tod im Knast seine Entsprechung in der ‚Freiheit' hat", schreibt der diskus in seinem editorial. Und in einem Artikel: „Wir, die Linken, haben die Folter nicht ernst genommen. Wir haben sie verdrängt — wie wir so viel verdrängt haben. Im Moment verdrängen wir den Tod Ulrikes. . ; Wir haben gedacht: *‚Erst Bomben schmeißen und dann wehleidig sein, das haben wir gern.'*" (Herv. i.O.) Die Strategie des Staates sei die Vernichtung seiner politischen Gegner, erst psychisch, dann physisch. Davon sei man tendenziell selbst betroffen. So werden die Haftbedingungen zum wahren Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft. (4/76)

Die Gesinnung eines Schriftstellers ist so gefährlich, daß der Strafrahmen voll ausgeschöpft werden muß

Der juristische Umgang mit politischen Gegnern wurde am Fall der Verurteilung des Schriftstellers Peter Paul Zahl sinnfällig. „Er wurde am 12. März (1976) vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. In der Instanz zuvor war lediglich auf vier Jahre erkannt worden. Das Gericht verhängte nunmehr die höchstmögliche Zeitstrafe mit der Begründung: *‚der juristische Strafrahmen von 3 bis 15 Jahren mußte voll ausgeschöpft werden, weil Zahl ein Gegner dieses Staates ist und die Notwendigkeit der speziellen Abschreckung besteht.'* (Herv. i.O.) Offener und zynischer kann die Abkehr von einer Strafjustiz, die strafwürdige Taten verurteilt und die Hinwendung zu einer traditionell-faschistischen Praxis, die nicht die Tat, sondern den Täter ins Visier nimmt, kaum formuliert werden." (3/76) Diesen Charakter von Gesinnungsjustiz hebt auch der Rechtsanwalt Sebastian Cobler auf einer Solidaritätsveranstaltung im H VI hervor und kommt später auf die Schwierigkeiten der Linken mit Verfahren, in denen von Schüssen die Rede ist, zu sprechen. Man müsse genau hinsehen, was passiert ist und nicht die „linke Variante der Vorverurteilung", den „Buback in den eigenen Köpfen", praktizieren. Cobler erweitert seine Argumentation vor dem Hintergrund, daß Todesschüsse von Seiten der Polizei regelmäßig als Putativnotwehr bezeichnet würden und somit straffrei blieben. „Putativnotwehr ist lediglich ein Entschuldigungsgrund, ist aber kein Rechtfertigungsgrund wie Notwehr. Mit Putativnotwehr entschuldigte Handlungen bleiben somit rechtswidrig, das sagen auch die Gerichte, sonst würden sie ja mit Notwehr für die Polizisten argumentieren. Das heißt, die gängige und geläufige juristische Bewältigung des polizeilichen Schußwaffengebrauchs belegt, daß Polizeibeamte in der Regel rechtswidrig geschossen haben. Und gegen solche rechtswidrigen Handlungen, so steht es im Gesetz, steht jedem Angegriffenen das Notwehrrecht zu." (1/77) Zahl selbst wies die „niederen Absichten", die mit dem Vorwurf des „Mordversuchs" ja unterstellt sind, von sich. „Am 14. Dezember 1972 hatte ich Angst. Aber keine panische Angst. Ich wollte fliehen, aber nicht um jeden Preis fliehen. (..) Und weil ich Antiautoritärer Sozialist bin, habe ich am 14. Dezember 1972 weder Tötungsabsichten gehabt, noch Tod oder Verletzung der beiden Beamten ‚billigend in Kauf genommen'." (3/76)

Das Jahr 1977 treibt die Linke auseinander und hat weitreichende Konsequenzen

Die Verunsicherung der Linken wird erneut deutlich nach der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback durch die RAF. Eine ambivalente Haltung tritt zutage: es habe zwar „den Richtigen" getroffen, aber, selbst wenn Buback ein Schwein gewesen sei, dürfe man ihn deshalb noch lange nicht umlegen. „Der Generalbundesanwalt war für die menschenzerstörenden Haftbedingungen in Stuttgart-Stammheim und anderswo persönlich mitverantwortlich. Dies macht das Straf- und Vergeltungsdenken, das hinter seiner Erschießung steht, verstehbar — gerechtfertigt wird es dadurch nicht." (1/77) Ein Artikel in der Studentenzeitung ‚Göttinger Nachrichten' erlangte Berühmtheit: „Buback — ein Nachruf": „ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen", heißt es darin, und dieser Satz reichte aus, Strafantrag wegen öffentlicher Billigung des Mordes an Buback zu stellen. Die „klammheimliche Freude" war das Empfinden vieler Linker angesichts dieser Tat. Im diskus wird sie als „verdinglichtes Gefühl" bezeichnet, das aus dem „vom politischen Gegner übernommenen Freund-Feind-Denken" entstehe,

das „selber ein Ereignis der Entfremdung" sei. Dennoch — „die Betrachtungen des Göttinger Mescalero sind eine der eindrucksvollsten *Mißbilligungen* der Ermordung Siegfried Bubacks, die wir kennen". (Herv. i.O.) Denn die folgenden Passagen, die eine Auseinandersetzung mit terroristischer Gewalt der Linken und eine eindeutige Ablehnung dieser darstellen, wurden in der Öffentlichkeit unterdrückt. „Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden? Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen . . ." Diese Sätze waren nirgends zu lesen, die Ausgabe der ‚Göttinger Nachrichten' wurde konfisziert. (2-3/77) Daraufhin wurde der Artikel von 47 Personen, davon 13 niedersächsischen Hochschullehrern, neu herausgegeben, um eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Justizminister Vogel stellte Strafantrag wegen Verunglimpfung des Staates und des Ansehens Verstorbener. Und ohne einen Urteilsspruch abzuwarten, stellte der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel den 13 Hochschullehrern eine „Erklärung" zu, die sie zu unterzeichnen hatten. Darin heißt es: „. . . den Einsatz von Gewalt lehne ich in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat unter jeder Bedingung ab." Die Professoren werden auf ihre Treuepflicht dem Staat gegenüber eingeschworen. „Diese fordert mehr als nur eine formal korrekte . . . Haltung. . . Diese hat sich insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen zu bewähren, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift." Zum Abschluß sollen die Angesprochenen sich „in aller Form von dem Verfasser und dem Inhalt des sog. Buback-Nachrufs" distanzieren, obgleich sie niemals behauptet haben, daß sie sich mit dem Inhalt identifizierten. „Dies ist ein Akt öffentlicher Demütigung, für den es in einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft kein Beispiel geben dürfte", kommentiert Walter Boehlich im diskus. (4-5/77) Peter Brückner unterschreibt die Erklärung nicht. Es wird daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, er wird vom Dienst suspendiert. Zwei Jahre später schreibt der diskus: „Er ist einer der wenigen Professoren, die nicht erst hinter dem Ofen hervor kriechen, wenn es ein bißchen ruhiger geworden ist, sondern er versucht, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, genau zum Zeitpunkt der gesellschaftlichen Konflikte, wo Gegeninformation praktisch am wichtigsten ist. Es scheint, daß die Anklage gegen Peter Brückner unabhängig vom Ausgang des Prozesses ihre beabsichtigte Wirkung bereits erzielt hat: allgemeine Einschüchterung, Selbstzensur und Verinnerlichung, daß Widerstand zwecklos sei." (3-4/79)

Nicht erst der Prozeß gegen Brückner hatte dazu geführt. Der „Deutsche Herbst" 1977, eine der bedrückendsten Phasen bundesrepublikanischer Geschichte hatte die Gräben vertieft. Das Attentat auf den Bankier Ponto und Entführung des BDI-Präsidenten und ehemaligen SS-Manns Schleyer waren der Vorwand, eine Hysterie zu entfachen, in der sich der Notstand proben ließ: Gleichschaltung der Presse (Abschaffung der Informationsfreiheit), Durchpeitschen des Kontaktsperregesetzes, der „zeitlich befristete(n) Totalentrechtung von Häftlingen", praktische Anwendung des Notstandsrechts durch kleine und große Krisenstäbe (Aufhebung von Regierung und Opposition), Zusammenschluß der Bevölkerung unter dem Banner ‚unser Staat' (jeder ein kleiner Polizist, Denunziant, . . . Mehrheit für die Todesstrafe), Dauerfahndungen.

In dieser Situation gaben 177 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter eine Erklärung ab, in der es heißt, „daß die Hochschulen zum politischen Terrorismus zu lange geschwiegen haben", und weiter, sie würden „Bestrebungen unter den Studenten entgegenwirken, die . . . zu ‚klammheimlicher Freude' . . . tendieren". — „Zum Teil kannten diese Hochschullehrer noch nicht einmal den Inhalt des Mescalero-Artikels — zumindest ein Frankfurter Hochschullehrer. Sie stützten durch diese Distanzierungen CDU- und SPD-Politiker, die entgegen dem Inhalt des Mescalero-Artikels behaupten, er stelle eine Billigung der Buback-Ermordung dar. Dadurch erschwerten sie zugleich die Stellung der Professoren, die den ‚Buback-Nachruf' herausgegeben haben und isolierten Professor Brückner, der unter anderem deswegen suspendiert worden ist." Der diskus weist darauf hin, daß es jahrelang die Auseinandersetzung mit der Gewalt der RAF in der Linken gegeben habe, also alles andere als geschwiegen worden sei, und man sich nicht hätte von etwas distanzieren müssen, was man nicht zuvor gebilligt hatte. Dennoch, die Offensive der „dritten Generation" der RAF und die Toten von Stammheim, über deren Sterben mehr Fragen als Antworten blieben, drängten die radikalen Linken in die Defensive. „Es ist nach den Ereignissen des letzten halben Jahres spätestens (!) klar, daß linke Politik nur noch trotz der RAF gemacht werden kann. (. . .) Die Ereignisse der letzten Wochen haben dazu geführt, daß wir jetzt um unsere bloße Existenz als Linke kämpfen müssen . . ." (4-5/77)

Eine weitere Auseinandersetzung mit dem „Deutschen Herbst" fand nicht statt. Doch in seinem Heft 2/78 veröffentlicht der diskus 10 Thesen des ehemaligen Mitbegründers der RAF Horst Mahler, in denen er sich scharf von den „Terroranschlägen der jüngsten Zeit" distanziert. „Es gibt in der Bundesrepublik gegenwärtig keine gesellschaftliche Kraft, die fähig und darauf vorbereitet wäre, eine *befreiende* Umwälzung zu vollbringen. (. . .) Wir behaupten, daß die Alternative zum Kapitalismus heute nicht einmal in Umrissen erkennbar und gerade das der Grund dafür ist, daß sich das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit trotz Krise und Fäulnis mit dem Kapitalismus identifiziert und seine Wehrhaftmachung gegen alles Linke fordert." (Herv. i.O.) Mahler folgert, daß die Schwäche der Linken und der Utopieverlust sich in veränderten Politikformen und -zielen niederschlagen müßten. „In den Bürgerinitiativen zeigt sich heute der Keim einer künftigen freien Gemeinde. Ihn gilt es zu entwickeln (. . .) Es ergibt sich für uns daraus die Schlußfolgerung, daß der Kampf um die Erhaltung, Rückgewinnung und Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten heute unsere Hauptaufgabe ist."

Was kann man aus dieser Hochschule überhaupt noch machen?

Ende der siebziger Jahre wurde an der Frankfurter Universität zwar regelmäßig gestreikt, jedoch gerade die Regelmäßigkeit ließ diese Aktionen irgendwann zur Farce werden. Es ging um den ständigen Ausbau des HRG, was jedoch keine konkrete Handlungsperspektive abgab. „Denn das HRG kommt ja nicht etwa von heute auf morgen,und kurz zuvor machen wir ne Demo und rufen weg damit!, sondern es setzt sich — schon seit Jahren — schleichend durch, mit jeder neuen Prüfungsordnung, Studienordnung, Stellenumverteilung usw." Die politische Situation an der Uni wurde als Katastrophe empfunden. „Wenn der subjektive Bezug zum Studium im Sinne einer wie auch immer gearteten Identifikation, Erfahrung qualitativer Lernprozesse, Selbstentwicklung durch das Studium zumindest fraglich wird, in der inhaltlichen Beliebigkeit und Bluffsituation (gilt zumindest für die Geisteswissenschaften) auch manch gut gemeinter Beitrag in den Seminaren einfach verpufft, bei gleichzeitigem Druck der durchregulierten Studiengänge und enttäuschter Hoffnungen ins Studium mitgebrachter Erkenntnisansprüche die Sinnlosigkeit ziemlich evident wird, währenddessen noch bestimmte Zeitquanta abgesessen und Schein- und Examensquanta erfüllt werden, bewirkt dies auf die Dauer im Kopf und im Körper ein solches Durcheinander und Widerwillen, psychosomatische Reaktionen, daß auch irgendwelche Einzelverbesserungen (z.B. des Mensaessens) schwerlich Abhilfe schaffen." (1/77) Das Leiden des Einzelnen an den „Strukturen" wurde zur politischen Kategorie erhoben, der Aufruf, die Strukturen zu zerschlagen, war relativ hilflos, der Objektstatus des Studenten dadurch nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil durch diesen Betrachtungsansatz mit perpetuiert. Am Ende des Jahres erscheint ein Aufruf der SHI an „eine Vielzahl verschiedener Gruppen oder Grüppchen . . ., von deren Existenz niemand etwas erfährt", Ideen zu produzieren, Aktionen vorzubereiten etc. „Wir haben die ewigen Lamentos über die Perspektiv-, Ausweg-, Substanz- und andere -Losigkeiten satt!!! Das heißt nicht, daß Schwierigkeiten unterschlagen werden sollen, das Hauptgewicht sollte aber auf *positiven* Vorschlägen im Zusammenhang mit einer OFFENSIVE liegen. Jammern bringt uns keinen Schritt weiter!" (6/77, Herv. i.O.)

Als die verborgenen Gruppen nicht reagie-

ren, läßt die SHI dennoch mehrere Artikel über die Universität folgen. Die diskus-Redaktion grenzt sich jedoch teilweise davon ab. „Zum Teil stimmen wir mit den dort gegebenen Einschätzungen in keiner Weise überein; wir glauben auch, daß sich an vielen Stellen sehr deutlich die Ghettosituation der undogmatischen Linken an der Universität widerspiegelt. Die Diskusredaktion versteht sich auch nicht als Parteizeitungsredaktion; daher halten wir den Gebrauch des Wortes ‚wir' zur Kennzeichnung der gesamten undogmatischen (‚Sponti'-) Linken an der Universität für mißverständlich und falsch."

Reinhard Mohr kritisiert in seinem Artikel „Zerschlagt die Universität" die Auffassung, die „Zentralistische Hochschulreform" werde die Autonomie der Hochschulen abbauen. Diese Autonomie habe es auch vorher nicht gegeben. „Der politische Charakter von Wissenschaft und Ausbildung in den Hochschulen war durch die kapitalistische Gesellschaft schon immer ebenso bestimmt wie konkrete Studieninhalte, deren universitäre Vermittlungsformen und ihre einzelnen repressiven Ausformungen. Auf diesem Hintergrund entsprach die Forderung ‚Marx an die Uni' dem Willen vieler Studenten, sich nicht länger als Elite für das kapitalistische System produzieren zu lassen. Daß der Protest auch in seinen scheinbaren Teilerfolgen letztlich mißlang, lag gerade an der gesellschaftlichen und politischen Durchdringung der Hochschulen. Deshalb hieß es ja auch ‚Kampf der bürgerlichen Universität', ‚Kampf der bürgerlichen Gesellschaft'. Einzig die Formen der gesellschaftlichen Durchdringung ändern sich mit der sozialökonomischen Entwicklung des spätkapitalistischen Systems." Mohr bezeichnet die Hochschulreform als Strategie der „Vernichtung der konkreten gesellschaftlichen Utopie", als Annäherung der Hochschulen an die „Mechanismen des Fabriksystems". Er begreift Krise und Umstrukturierung der Hochschulen als „Krise der kapitalistischen Arbeitsteilung". So könne das Ziel nicht Autonomie sein, sondern Öffnung der Hochschulen für alle, die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. „Zerschlagt die Universität: Befreit sie von ihrer Funktion und Position innerhalb der gesellschaftlichen Organisation der Arbeitsteilung! Das heißt: Das Chaos vorantreiben, bis diese Uni für Krupp (Unipräsident, T.D.) & Co. endgültig unbrauchbar und unbeherrschbar wird. Das heißt: Nicht vergessen, was wir wollen. Festhalten an der konkreten Utopie einer Gesellschaft, die auf der Grundlage einer Produktion von Gebrauchswerten nur einen ‚Sachzwang' kennt: Freiheit. Es lebe die Hochschulguerilla: Wir wollen alles"

In seinem Artikel „Hauts die Uni zamm!" begreift Alex Demirovic die Wissenschaften als Produzenten des „rationalen Diskurses der kapitalistischen Gesellschaft". „Der Diskurs stellt in seiner *Ordnung*, die die unerläßliche Bedingung für sein Funktionieren ist, eine Machtstruktur dar, um nicht zu sagen: die Machtstruktur schlechthin." (Herv. i.O.) Er versteht unter „praktischer Wissenschaftskritik einen Angriff auf die herrschende Wissenschaftsproduktion auf allen Ebenen". Es gehe jedoch nicht darum, „dem bürgerlichen Rationalismus einen reinen Irrationalismus entgegenzusetzen oder auf Wissen gänzlich zu verzichten", denn „das Wissen (kann) eine gewisse Subversivkraft entwickeln, aber nur, wenn es der *Ordnung* des Diskurses entrissen wird. Dies ist zunächst nur als *Destruktion* vorstellbar: Der gesamte Wissenschaftsbetrieb muß durcheinandergerüttelt und in Unordnung gebracht werden!" (Herv. i.O.) Dada und Surrealismus müßten in der eigenen Praxis Anwendung finden, anstatt bloß kulturell konsumiert zu werden, mit Phantasie und Happenings müsse gegen den Ernst vorgegangen werden. „Wenn wir mit der Wissenschaft spielen, kann es für den Staat ernster werden, als wenn wir den Ernst des Staates durch unsere Wissenschaftlichkeit ratifizieren." (1/78)

Die „Offensive" blieb ein Strohfeuer, ein halbes Jahr später fiel man in die alte Resignation zurück. „An verbaler Radikalität ließen wir nichts zu wünschen übrig. Doch unser Dilemma war vorgezeichnet. Positive Bestimmungen anderer Verkehrsformen in Seminaren, Aneignung von oppositionellen Ansätzen in der Wissenschaft, andere Überlegungen, wie wir später unsere Berufe ausüben können, das alles blieb immer auf der Ebene von Phantasieproduktion stehen. Wir erschrecken über die herrschende Realität, haben aber keine Möglichkeit, uns in dieser Realität zu behaupten, außer in immer neuen Phantasieausflügen. Diese Ausflüge hören dann da auf, wo der Scheinzwang, Prüfungen und Existenzsorgen beginnen." (5-6/78)

Dem Versuch verschiedener Autoren (hier u.a. Schülein im Kursbuch), die Spontipolitik mit Hilfe der Narzißmustheorie zu pathologisieren, begegnet der diskus mit zwei Artikeln. Die Rede vom „neuen Sozialisationstypus", vom „oralen Charakter", dessen vorwiegender Abwehrmechanismus die Regression sei, ging um. Ich-Schwäche, diffuse Ichgrenzen, Omnipotenzvorstellungen, so hieß es, zeichneten den neuen Typus aus. So sei die Form der Spontipolitik, das abwechselnde Sich-Hängen-Lassen und Spontanaktionismus, die Unfähigkeit zu kontinuierlicher Politik als psychischer Defekt der Akteure zu sehen, als „Formen eines individualisierten, passiv-vorpolitischen Widerstands". In der Entgegnung wird auf die politische Veränderung der Studentenbewegung hingewiesen. Das Kraftzentrum der alten Bewegung sei ein „utopischer Realismus" gewesen, ein Ineinanderverwobensein des Kampfes gegen reaktionäre gesellschaftliche Strukturen und des Versuchs, gleichzeitig neue Verkehrsformen zu praktizieren. In der Nachfolge sei Politik reduziert worden auf „Realpolitik und Abwehrkampf". — „Die ganze Entwicklung seit den Hochphasen der Studentenbewegung ist auf eine Trennung der linken Politik in eine sichtbare ‚offizielle' und eine neben den aktuellen Ereignissen, eher privaten — sich öffentlich nicht massenhaft artikulierenden — Teil hinausgelaufen. (. . .) In Frankfurt war der ‚Häuserkampf' nicht nur das letzte Beispiel einer gemeinsamen Praxis weiter Kreise der undogmatischen Linken, sondern auch ihrer Verbindung von Abwehrkampf und positiver Perspektive." (3-4/78) Eine solche politische Dimension könne der psychologistische Ansatz nicht fassen.

‚Die Franzosen' verwirren die Geister

Ein ganz anderer Wind begann Mitte 1978 plötzlich und unerwartet durch den diskus zu wehen. „Die intellektuelle Kritik wird von den Bildern von einer Super-Realität aufgesogen; bedient der Intellektuelle den Scheinwerfer der Analyse, werden seine Worte unscharf; zusammengeschrumpft bleiben empirische Untersuchungen über Sehgewohnheiten: demgegenüber die Vermutung eines elektronisch gesteuerten Mosaiks von Wirklichkeit, wozu der Einstieg im Dunkeln sich amüsiert." — „Um vielleicht im Hin und Her eine Orientierung aufzubauen: Diese Gesellschaft ist eine funktionaler Zeichen. Traditionelle Kritiken haben versucht, sie zu entschlüsseln, ihnen veränderbaren Sinn von Geschichte zu geben. Ideologiekritik kommt aber nicht umhin, selbst wieder zu codieren. Was bleibt? Offensichtlich reicht der emphatische Subjektbegriff nicht aus, die (kybernetischen) Netze zu zerreißen. Gleichzeitig kann aber die funktionale Gewalt nicht akzeptiert werden, durch die Macht repräsentiert wird. Hier eröffnen die ‚Franzosen' in unterschiedlichster Weise ihre Diskussion. Sie reicht von der Aussage, den Prozeß der Codierung zu beschleunigen, bis hin zur Sättigung überentwickelter Kontrollkreise. Nicht nur, daß Macht keine/eine Frage der explosiven Gewalt ist, sondern auch sich derartig zu verheddern beginnt, daß sie implodieren könnte." Dazu als Garnitur Baudrillard, Meister der Simulation von Theorie. (5-6/78) Die nächste Ausgabe wartet mit dem Thema Frankfurt/Urbanität auf, von dessen Bearbeitungsform jedoch ein Teil der Redaktion sich distanziert. Sie bewege sich auf der Ebene der „Mystifikationen, die die Stadt von sich produziert" und sei nicht mehr als die „intellektualisierte Form von Innerlichkeit". In der Redaktion brachen „grundsätzliche Kontroversen" auf, „die sich ja schon im letzten Heft schlecht materialisiert haben". (1/79) Zumindest weckte diese Ausgabe seine Leser auf. „Wie schön, daß Ihr (jedenfalls ein Teil von Euch, auf den ich mich im folgenden beziehe) so unheimlich cool seid. Euer letztes Heft ist wirklich wahnsinnig professionell gemacht. Ihr schwebt geistig hoch über der Stadt und ihren Bewohnern und versteht es meisterhaft, den Dreck, das Elend und die Verzweiflung mit analytischem Scharfsinn in schöne Formulierungen zu gießen. (. . .) Wir finden exzellente Beschreibungen der Urbanität, in der begeh-

bare Räume zerteilt werden, Straßen als Schnittpunkte urbanen Lebens zu erforschen sind und eine verschwimmende Raumwahrnehmung die urbane Ästhetik zu einer Vereinheitlichung des Raumes transzendiert. Oder war es umgekehrt? (...) Am Ende Eurer schönen Artikel weiß wenigstens kein Mensch, warum ihr sie geschrieben habt. Dieser Eindruck bezeichnet wohl das höchste und damit Endstadium wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens." (2/79) „‚Diskus' war schon mal interessanter, anspruchsvoller, informativer. Ich habe den Eindruck, Ihr habt seit dem letzten Redaktionswechsel die falschen Auswahlkriterien und bringt zuviel pseudointellektuellen und pseudoliterarischen Kram." Und selbst Peter Paul Zahl meldete sich aus den Gefängnismauern: „gewisse zeitschriften erfüllen den zweck, die zensoren ihrem ende früher nahezuführen, per brechreiz, ausschlag und streuschmerzen." (3-4/79)

Die ‚Franzosenfraktion' wurde ausgeschaltet, gleichwohl ist ein Wandel zu bemerken, eine Kulturalisierung in Themen und Gestaltungen. Gedichte zogen plötzlich wieder in den diskus ein. Die Nummer nach dem ‚Deutschen Herbst' ist voll von Literarischem, Buchbesprechungen, Kunstreproduktionen. In der Folgezeit werden Abbildungen aus Ballett, bildender Kunst und Werbephotographien verwandt, aber auch Bilder von Sprüchen auf Hauswänden und Rolläden in Seminarräumen, wie „Viel Spaß", „Für Liebe" usw. Man gewinnt den Eindruck, daß der ‚Deutsche Herbst' durchschlagende Wirkung zeigte. Der Schrecken über die Geschehnisse, die ständig rumorende Frage nach dem ‚eigenen Anteil', die Angst vor der Repression, führte diesmal nicht zu dem Versuch, eine ‚Gegenöffentlichkeit' aufzubauen, sondern man zog sich weiter zurück.

1977 war nach 1974 der zweite Bruch in der Geschichte der Frankfurter (Sponti-) Linken. Nach den Niederlagen in den bis '74 geführten aktiven Kämpfen wurde die soziale Utopie nunmehr auch aus den Köpfen verbannt. Die Phantasie, die in den Vordergrund rückte, war sprunghaft, punktuell, ziellos.

Noch einmal Hochschule

Doch 1979 wurde noch einmal die Hochschuldebatte aufgenommen, u.a. mit dem Anspruch, eine politische Perspektive für das Studium zu entwickeln. „Wir fragten uns, ob die Linke mit ihrer Politik der radikalen Verweigerung und der Suche nach alternativen Inhalten, der existentiellen Versubjektivierung aller politischen Entscheidungskriterien — woraus sie einen Teil ihrer aktuellen Stärke gewinnt — nicht auch umgekehrt in bewußtloser Form die autoritäre Integration von Ausbildung und Forschung in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, die staatliche Manipulation des Arbeitsmarkts und der gesellschaftlichen Ausgrenzung ganzer Teilpopulationen nicht nur theoretisch zu mystifizieren, sondern auch praktisch vorantzutreiben hilft", schrieb der diskus im editorial des Heftes 5/79, das einen einzigen Artikel enthielt: Wolfgang Kraushaars „Objektiver Faktor Student".

Kraushaar geht davon aus, daß die Universitäten unter der Einwirkung des HRG in den 70er Jahren die Transformation von Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus mit Zeitverzögerung nachvollzogen haben. Humboldts Konzeption der Autonomie der Universität, die, staatlich abgesichert, aber ohne seinen Eingriff, aus „innerer Kraft" den Fortschritt von Wissenschaft und Forschung garantiere und auf einer „Egalität eines ‚gegenseitigen Lehrverhältnisses'" zwischen Professoren und Studenten aufbaue, habe dem Modell des „Marktgesetzes", der Selbstregulierung von Angebot und Nachfrage auf dem „freien Markt" im Konkurrenzkapitalismus entsprochen. Mit zunehmender Konzentration der Kapitale und der ökonomischen Steuerungsfunktion des Staates, sei die bürgerliche Universität antiquiert. Entscheidend sei die „Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses" durch seine Taylorisierung, die „auch zu einer qualitativen Veränderung im Verhältnis von Kopfarbeit und Handarbeit, von Wissenschaft und Produktion (führt). Geistige Arbeit wird immer weiter in das System der mannigfaltig untergliederten körperlichen Arbeit integriert, Wissenschaft schließlich zum Moment des unmittelbaren Produktionsprozesses. Dadurch verändert sich aber der Charakter der Wissenschaften selber in qualitativer Hinsicht." Mit dem Hochschulrahmengesetz von 1970 schaffte sich der Staat ein „bundesweites, langfristiges Planungsinstrument" für eine Rationalisierung und Effizienzsteuerung der Universitäten. Dies hatte zwar nicht die direkte Unterwerfung der Hochschulen unters Kapital zur Folge, wohl aber eine Angleichung ans „scientific management" mit Hilfe der „Kapazitätsverordnung". „In diesem grundlegenden Rationalisierungsverfahren wird *die Hochschule* als ein *hochkomplizierter Großbetrieb* aufgefaßt, der mit den Mitteln der ‚operations-research' auf seine funktionalste Betriebsweise zurückgetrimmt (...) und ein Optimum an Qualifikationsleistung herausgepreßt werden (soll.). (...) unter Hochschulkapazität wird das mengenmäßige Leistungsvermögen der verschiedenen Produktionseinheiten der Hochschule innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts verstanden." Produktions- und Qualifikationsbereich werden analogisiert. „Wenn der Student dort als ‚strömendes Medium' angesehen wird, das durch den ‚Schlauch des Studiengangs' fließt, dann läuft vor dem inneren Auge des Lesers ein Film ab, in dem das ‚Halbfertigprodukt' Student anstelle des Ford-Automobils wie auf einem Fließband die einzelnen Fertigungsstationen des Qualifikationsbetriebes Hochschule absolviert, um dann als Endprodukt Examinand in der Prüfung (Fahrtest) seine praktische Tauglichkeit zu beweisen. Kaum deutlicher als an diesem Bild läßt sich der Statuswandel des Studenten ablesen. Sollte er noch bei Humboldt die egalitäre Position des erkennenden Co-Subjekts einnehmen, das mit dem Professor zusammen im sokratischen Dialog disputiert, so nimmt er nun die heteronome Rolle eines Qualifikationsobjekts ein, das wesentlich rezeptive und reproduktive Funktionen zu erfüllen hat." Damit sei die Kategorie der Selbstreflexivität aus der Bildung verschwunden, wissenschaftliche Forschung und Lehre würden getrennt und die Geisteswissenschaften nach dem Modell der exakten Wissenschaften umorganisiert. Der „umfassenden Entsubjektivierung" des Studium begegneten die Studenten in verschiedenartiger Weise: mit einer „pragmatischen Grundeinstellung", die schnellstens den Ausbildungsbetrieb durchlaufen und zum Abschluß gelangen will; mit einer „Mobilisierung der Gefühle", die der „Fremdbestimmung" durch den rationalisierten Apparat mit „unmittelbaren Erlebnisformen" begegnen will; durch „Flucht ins Gegenstandsinteresse", einer „Sublimierung" im „inneren Exil", oder durch „Absentismus" dem „Aufbau alternativer Projekte" außerhalb der Universität. Vor allem die zweite Variante interessiert in Bezug auf eine Kritik der Spontipolitik. Gegen eine entfremdete Ausbildungsform auf „unentfremdete Bedürfnisse" zu setzen, sei „nicht nur machtlos, sondern in der vorgestellten Form selber fiktiv", da schwer vorstellbar sei, woher diese Bedürfnisse „in einer Epoche, die die Individuen bis in die letzten Winkel ihrer Innenwelt warenförmig durchsetzt hat" stammen sollen. So wäre die (kollektive) Umsetzung von Seminarinhalten auf subjektive Erfahrungsgehalte eine „künstliche Selbststeuerung von Erfahrungsprozessen", die — psychotechnischen Inszenierungen nachgebildet — als Verinnerlichung einer zunächst als äußerlich abgewehrten Leistungsanforderung „die beste Gewähr für ein adäquates Funktionieren bietet". Damit leiste dieses Verhalten der Entsubstanzialisierung der Wissenschaften gerade Vorschub, verlagere den Konflikt jedoch nur nach innen. Als Subjekte blieben die Studenten jedoch in allen vier Reaktionsweisen auf der Strecke.

Zum Schluß fragt Kraushaar nach der politischen Konsequenz. Eine Kritik bürgerlicher Wissenschaften sei zwecklos, da ihnen kein Anspruch mehr innewohnen. Arbeit in den Universitätsgremien scheitere am Mangel des demokratischen Prinzips. Ein neuer Rollenkampf zwischen Dozenten und Studenten führe in die Irre, da jene inzwischen auch als Wissensmedium zum Objekt funktionalisiert worden seien. Zudem müsse trotz Dequalifizierung der Ausbildung der weiterhin bestehende Herrschaftscharakter ihrer instrumentellen Zweckrationalität erkannt werden. Eine Politik, die weiterhin an der Priorität von Bedürfnis, Erfahrung und Interesse festhalte, verfalle zum Dezisionismus.

Kraushaars Alternative wirkt etwas blaß. „Die einzig qualitative Möglichkeit, dem strukturellen Wandel des herrschenden Hochschulsystems inklusive seines Wissenschaftsbetrie-

bes Rechnung zu tragen, besteht in einem nicht reformistisch beschränkten Projektstudium." Das hieße, durch eine „Aktionsforschung" den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis durch „Hineingehen ins soziale Feld" mit Hilfe empirischer Verfahren aufzubrechen, durch die „Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit — auch der von Rationalität und Emotionalität — " den „Klassen- und Herrschaftscharakter von Ausbildung langfristig wirksam ab(zu)bauen", die „Emanzipatorische Sinnlichkeit" nicht in Seminaren zu simulieren, sondern im sozialen Feld durch sie eine Veränderung der Wirklichkeit hervorzurufen, was letztendlich auch zu einer Selbstverständigung führe.

Zwei Ausgaben später veröffentlicht der diskus sieben Antwortartikel, deren Kritik hier kurz zusammengefaßt werden soll. Die Ausweglosigkeit, die aus Kraushaars Essay herauslesbar sei, scheine die der theoretischen Konstruktion zu sein. Das Arbeiten mit abstrakten Gegensätzen, des guten Früher und schlechten Jetzt, wird bemängelt. „Der Widerspruch wird nicht mehr in der Sache selbst gesucht, sondern neben ihr konstruiert, hier in einer vergangenen Zeit, der bloß noch trauernd und jammernd gedacht werden kann." Vor allem in einem säße Kraushaar einem Mythos auf. Er nähme Humboldts Bildungs*ideal* einfach für die Realität und setze es der taylorisierten Massenuniversität entgegen. Autonomie und sokratische Dispute hätten jedoch in Wirklichkeit nie existiert. Durch diese Gegenüberstellung würden die Studenten nun zur Marionette zerfallender Objektivität, der Zerfaserung des ehemals Ganzen erklärt. Es frage sich, „inwieweit unter den gegenwärtigen Bedingungen Ideologiekritik als Destruktion handlungsbezogener Ideologien durch wissenschaftlich disziplinierten und didaktisch domestiziertes Wissen nicht auf eine generelle Neutralisierung von Handlungswissen und Handlungsmotivation hinausläuft und ob der beklagte Totalitätsverlust, die Entsubstanzialisierung und positivistische Zerfaserung klassischer identitätskonstituierender Bildungsprozesse nicht auch das Ergebnis gerade der in diese Beschwörungen gebannten totalisierenden Aufklärungsstrategie ist". (1-2/80)

Mit Marx gegen die Marxisten

Der diskus 1-2/81 veröffentlichte ein Papier „Marxismus und Emanzipation", das in eindrucksvoller Weise die Verknüpfung von Theoriearbeit in einer politischen Gruppe (SHI) und im Seminarbetrieb (am FB Wirtschaftswissenschaften) und der Publikation im zur Verfügung stehenden Medium aufzeigt. Als Referat von zwei SHI-Mitgliedern in einem Wertgesetz-Kolloquium gehalten und sowohl dort als auch in der politischen Gruppe diskutiert, stellt es eine Art Selbstverständigung und theoretische Begründung politischer Arbeit dar und hebt somit die Differenz von Wissenschaft und Politik für die Subjekte auf.

Ausgehend vom Marxverständnis der Studentenbewegung und ihrer Nachfolger sowie den Auswirkungen auf deren Politik, wird über eine Kritik an Lukacs der Weg zu einer eigenen Marxinterpretation gesucht, in deren Folge Schlüsse für eine Praxis an der Hochschule gezogen werden. „Die Grundfigur des Objektivismus Lukacs'er Prägung, daß nämlich die emanzipativen Tendenzen der Geschichte im revolutionären Subjekt verbürgt seien, und zwar als totalisierende Vergesellschaftung, als objektiv Vernünftiges, diese Grundfigur drückte sich allen Fraktionen der sich aufspaltenden Bewegung auf." Dagegen wenden sich die Autoren. „Nur als Zerschlagung des ökonomistischen, klassenfetischistischen Blicks,

Auf dem Campus, Anfang der 70er

den die Fraktionen der Bewegung von 1968 auf sie geworfen haben, ist die Wiederbelebung der Marxschen Theorie als Fundamental-Kritik der kapitalistischen Gesellschaft möglich." Das heißt, den Kapitalismus nicht bloß als Verhältnis von Ausbeutern und Ausgebeuteten zu sehen, sondern Arbeit selber zu kritisieren. Marx wußte, „daß das Reich der Freiheit jenseits der Sphäre der Arbeit beginne". Heute „behindert das totale System der Arbeit die Menschen mehr denn je, die Freiheit überhaupt nur ins Auge zu fassen. Nicht nur stellt die Arbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicher, sie gewährt auch jedem Einzelnen den Lebenssinn, ja mehr noch, die Legitimation seiner Existenz. Die Vorstellung von einem Leben ohne Arbeit, so sehr der Spießer zeitlebens davon zu träumen glaubt, jagt in Wirklichkeit ihm nichts als Angst, Todesangst im genauen Sinne, ein. Denn die Arbeit vermittelt dem einzelnen die gesellschaftliche Anerkennung seines Daseins, durch die Arbeit trägt er gewissermaßen die Schuld ab dafür, daß die Gesellschaft ihm zu leben erlaubt." Auch der Kommunismus habe „sich die gesellschaftliche Befreiung als eiserne Arbeitsdisziplin vorgestellt. (...) Stattdessen wäre es endlich Zeit, Politik nicht auf der Ökonomie, sondern auf der Suche nach Freiheit aufzubauen." Diese könne jedoch nur über die Marxsche Kritik des Kapitalismus sinnvoll sein. Als Anschlußpunkt käme der Subjektivität entscheidende Bedeutung zu. „Befreite Subjektivität muß sich dagegen eine eigene Sphäre, einen eigenen Ort *innerer Freiheit* und Unabhängigkeit jenseits der alles zerstörenden gesellschaftlichen Dynamik erkämpfen und behaupten." (Herv. i.O.) Das „Außen", der Ort der Befreiung, sei nicht mehr zu bestimmen. „Ihrer unreifen Subjektivität die geschichtliche Gewalt des proletarischen Klassenkampfs" zu verleihen, sei die Omnipotenzphantasie der 68er Bewegung gewesen. Aber auch in Marcuses Vorstellung der Opposition als „Katalyst-Gruppen" schleiche sich ein heimlicher Objektivismus wieder ein. Diese sollten „die Ansprüche der rebellierenden Subjektivitäten zur Umwälzung des Ganzen, zu einer letztendlich traditionellen Vorstellung der sozialen Revolution vermitteln", und mündeten „in die paradoxe Idee einer befreienden Erziehungsdiktatur". Wird die Position der Autoren in ihrer Kritik schon deutlich, so formulieren sie sie programmatisch im Schlußabsatz. „Wir wollen demgegenüber, allem politischen Organisations- und Vermittlungsdruck zum Trotz, das Schwergewicht auf der radikalen, unbeschränkten Erfahrung der Subjektivität sozialer Gruppen ruhen lassen. Bleibt man dem Gedanken, daß das revolutionäre Subjekt sich aufgelöst, sich aufgespalten hat, treu, dann verbietet es sich, im Namen eines verpflichtenden Bildes dessen, was die Freiheit sei, eine Bewegungsrichtung von Emanzipation als verbindlich herauszustellen und damit insgeheim doch die Unterwerfung der sozialen Gruppen unter ein zentrales Konzept zu fordern."

Die Universitätsangehörigen wollen endlich wieder zur ‚guten Gesellschaft' gehören

Am 9. Juni 1980 nahm die Universität eine alte Unsitte wieder auf. Zum ersten Male seit d[er] Studentenrevolte wurden Ehrensenatoren gekürt, ob der langen Pause diesmal gleich fünf. Und zwar handelte es sich dabei um die Vorstandsvorsitzenden von Degussa, Metallgesellschaft und Hoechst AG, den Präsidenten der Polytechnischen Gesellschaft und den ehemaligen Inhaber des S. Fischer Verlages. Die „Einseitigkeit" der Auswahl war gewollt, ebenso die Zusammensetzung des Auditoriums der Paulskirchenfeier, ganze acht handverlesene Studenten waren geladen. Unipräsident Kelm sprach von der „Öffnung zur Stadt" und von der Stiftertradition. Die Festrede hielt der Bankier Freiherr von Bethmann zum Thema „Politische Führung in der freien Gesellschaft". — „Man kann den akademischen Geist auch ungewollt verhöhnen", kommentiert dazu Walter Boehlich.

„Als während der Feierstunde ein Mitglied des aufspielenden Orchesters sich von dieser Feier distanzierte, ergriff der Minister Karry die Gelegenheit, auf die Tradition der Frank-

furter Universität hinzuweisen und den Anwesenden ins Gedächtnis zu rufen, daß an dieser freien Universität, einer Bürgergründung, sowohl Juden als auch Sozialdemokraten bessere Chancen gehabt hätten als anderswo. Das ist wahr. Herr Karry hätte freilich auch erwähnen dürfen, daß es sich bei den Universitätsgründern vor allem um Juden handelte und daß auch die Degussa und die Hoechst AG nicht geschichtslos sind, also Tradition haben. Zum Beispiel die Entwicklung von Zyklon B, mit dem Hunderttausende in Auschwitz ermordet worden sind oder die Errichtung von Monowitz (einem privaten KZ auf Firmengelände der IG Farben im besetzten Polen, T.D.), wo die Glaubensbrüder der Universitätsgründer verrecken durften. Auf diesem Hintergrunde klingen Herrn Karrys Worte, die Ergebnisse der Wissenschaft dienten uns allen, recht makaber."

Nach den Zwecken dieser Inszenierung fragt sich Egon Becker auf einem AStA-Teach-in. „Die sich als vernünftig definierende Mehrheit der Universität möchte aus dem Ghetto heraus, in der ‚guten Gesellschaft' anerkannt sein." Deren „Lebensphilosophie" sei: „Nur die Gegenwart zählt noch. Vergangenheit interessiert als bewältigte, Zukunft als machbare." Die Bewältigung läuft über die Behauptung, an eine Stiftertradition anzuknüpfen, was die Geschichte verschleiere. Denn, so Becker, es gab zumindest zwei Traditionslinien. Die nutzenorientierte der Kapitaleigner, die vor allem die naturwissenschaftlichen Fächer, Volkswirtschaft und Jurisprudenz unterstützten und später zur Stütze des Nationalsozialismus wurden, und die liberale bürgerliche, deren Träger vor allem das jüdische Großbürgertum war, das auch kritische Sozialwissenschaft, Pädagogik etc. förderte. Diese liberale Traditionslinie brach 1933 ab. An sie kann nicht mehr angeknüpft werden, weil nach 1945 weder die Personen, noch eine solche Schicht mehr existierten. Auf sie beruft man sich, wenn man von der ‚liberalen Universität' spricht, die andere ist es jedoch, die Tradition fortsetzt.

Das Streben nach Anerkennung ist die Motivation der ‚vernünftigen Mehrheit', darum müssen Kritiker ausgegrenzt werden. Dazu Universitätspräsident Kelm: „Ich möchte Ihnen dennoch in aller Deutlichkeit sagen, daß die Berichte und Darstellungen der letzten Wochen — auch die Demonstration heute — *nicht* Ausdruck der allgemeinen Haltung der Universität Frankfurt sind. (Herv. i.O.) Weder unproportional herausgestellte Einzelereignisse, durch *abwegige Minderheiten* verursacht, noch das zugegebenermaßen unschöne, ja teilweise abschreckende äußere Bild, das unsere Universität in manchen Bereichen zeigt, reflektieren in adäquater Weise die langsam sich stärkende Tendenz, sich aus der Umklammerung zu lösen (Herv. T.D.) (...) Ich bin sicher, daß es derartige chaotische Gruppen noch für einige Zeit hier in Frankfurt geben wird (...), doch kann und darf uns dies nicht zu einer totalen Lähmung führen oder — was den chaotischen Gruppen wohl vorschwebt — zu einer totalen Anpassung an deren umstürzlerische Konzeptlosigkeit." (4/80) Die Universität verblieb in ihrer bewahrenden Konzeptlosigkeit.

Wo soll Politik stattfinden und in welcher Form?

Die Phase nach 1977 war auch die Suche nach möglichen Orten linker Politik. Der diskus wurde mehr und mehr zum Kritiker sozialer Bewegungen, zum Kommentator von Politik, die außerhalb des eigenen Erfahrungs- und Wirkungsbereichs lag. 1979 rückte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Vordergrund anläßlich des Hollywood-Imports „Holocaust", der im Fernsehen als Serie ausgestrahlt wurde, wodurch einiges Verdrängte erneut an die Oberfläche gelangte. In Frankfurt versuchte die aus der Versenkung wieder auftauchende NPD ihre Parteitage abzuhalten, was mit einer Großdemonstration und dem Festival „Rock gegen Rechts" von der Linken beantwortet wurde. Wie üblich schützte die Polizei mit Massenaufgebot und schwerer Maschinerie die Faschisten. Auch auf anderer Ebene gewann das Problem Neofaschismus an Bedeutung: im Zuwachs neonazistischer Jugendorganisationen, der aufzeigte, daß eine „linke" Sozialisation Jugendlicher keine Selbstverständlichkeit mehr ist, daß Unzufriedenheit und Rebellischsein sich auch den autoritären Ausweg suchen können.

Was die sozialen Bewegungen anbetrifft, setzte sich der diskus mit der Ökologiebewegung, der grünen Parteigründung, und der Friedensbewegung auseinander.

Das Problem der Ökologiediskussion und der Parteigründung war, daß dies keine originär linken Diskussionen bzw. Bewegungen waren. Die Linke kam eher von außen, es tummelten sich Naturfreaks, Esoteriker, der bürgerliche Mittelstand, aber auch Rechte. Die Grüne Liste Hessen (GLH) wurde kritisiert, weil sie in ihrem Konstitutionsprozeß sehr schnell die zentralistische Organisationsvariante wählte, aufgeschreckt von den Angriffen der Medien. Gegen die Dichotomie von „Natürlichem" und „Menschlichem" oder „Künstlichem", das die Ökologiedebatte prägte, vertritt die SHI in einem diskus-Artikel einen gesellschaftlichen Ökologiebegriff: „Die ökologische Krise entbindet uns keineswegs davon, bewußt eine politische und menschliche Entscheidung über die zukünftige Gesellschaft zu treffen. (...) Radikale Ökologie ... begreift die ökologische Krise nicht als eine Summe von ‚Einzelverfehlungen', die in ihrer jeweiligen Vereinzelung auch wieder behoben werden könnten, sondern als die Krise des gesamten menschlichen Handelns, als Krise der Menschen selber." (5-6/78) Die Grünen entfernten sich in ihrer Entwicklung zur Parteiförmigkeit von den sozialen Bewegungen. „Sie greifen .... als Partei, das heißt von oben, in die soziale Realität ein. Als Partei bleibt den Grünen keine Zeit, solange zu warten, bis soziale Bewegungen eigenständig ihre Forderungen artikulieren." (6-1/83) So wird die ursprüngliche Konzeption des zweigleisigen Politikansatzes von Verankerung in den sozialen Bewegungen und parlamentarischer Arbeit immer weiter in Richtung Parlamentarismus aufgelöst. Dies traf zeitlich mit einer Professionalisierungsdebatte zusammen, in der alternative Projekte, die einmal die Vorstellung einer Zersetzung des Kapitalismus von innen durch den Aufbau einer Nischenwirtschaft hegten, sich vor die Entscheidung gestellt sahen, unternehmerisch nachzurüsten oder unterzugehen.

Innerhalb der Friedensbewegung lief der alte Antiimperialismus der Linken Gefahr in einem neuen Nationalismus aufzugehen. Zusammen mit der Zurück-zur-Natur-Bewegung und der Heimatwelle ergab sich ein gefährliches Amalgam, worin plötzlich die Erkenntnis erwuchs, daß die BRD kein souveräner Staat ist, also durchaus das ‚unschuldige Opfer' der eigenen ‚Freunde' werden könnte. So konnte selbst die SHI „für ein neutrales Europa" fechten, gegen die „Europäisierung des Atomkrieges". „Doch wie so oft in der Geschichte scheint Deutschland, scheint die BRD sich weniger auf ihre eigenen Interessen zu besinnen, sondern sich auf beiden Seiten an den großen Bruder anzulehnen." So etwas war von einem ‚linksradikalen' Studentenverband nicht zu erwarten. ‚Unser' Deutschland ist in Gefahr, aber man denkt auch noch an die anderen. „Es ist gleichzeitig die Aufforderung an alle Europäer, ihre Zukunft, ihre Geschicke selber in die Hand zu nehmen und sie nicht länger den kriegstreiberischen Politikern aller Couleur zu überlassen." In einem anderen Artikel wird zumindest noch nach dem Inhalt von „Frieden" und „Freiheit" gefragt, der in unserem guten Deutschland (Europa) und den bösen USA nicht allzu unterschiedlich interpretiert werden dürfte, und vor Nationalismus gewarnt: „Mit Nationalgefühlen heimlich antiimperialistische Politik betreiben zu wollen, verkennt, woraus sich diese nationalen Gefühle in Deutschland traditionell speisen." Aber auch im Pazifismus sieht der Autor gewisse Probleme: „So zu tun, als wären alle aufrechten Menschen eine Herde von Lämmern, kann fast ebenso schlimm sein wie die Verteufelung des Pazifismus (von Seiten der Regierung, T.D.). Die der Gesellschaft innewohnende Gewalt kann nicht durch ein Bekenntnis zur Friedensliebe negiert werden." (3/81) Die Opfermentalität, die weiten Teilen der Friedensbewegung zu eigen war und in die-ins und Menschenketten zum Ausdruck kam, steigerte sich bis zur ‚Aggression nach innen' in Aktionen wie ‚Fasten für den Frieden'. Das Training der Gewaltfreiheit war selbst fast wieder militärisch organisiert (‚Friedenscamps'). Auf der politischen Ebene unterschied sich die Friedensbewegung von früheren sozialen Bewegungen. „Neu ist auch, daß sich die Auseinandersetzungen um die ‚Sache des Friedens' schon seit Beginn der Bewegung in die politischen Parteien, insbesondere die SPD, und die Kirchen

hineinziehen. Die Friedensbewegung transformiert vorschnell zur Friedens-Politik-Bewegung. (...) Da aber all dies Organisationen, Institutionen und Träger dieses Staates und seines Wirtschaftssystems sind, fällt die bisherige system-negatorische Orientierung der sozialen Bewegungen unter der Hand weg." (6-1/83) Die konformistische Haltung ging noch weiter. Angesichts der berühmten Blockaden (Mutlangen, Bitburg etc.) blieb dem diskus-Autor Wladimir Rhein nur noch Resignation („Ich werde, ab demnächst, unbeteiligt sein"): „Das Demonstrationsrecht wird per Bußgeldbescheid erkauft. Etwas Vorstellungskraft erlaubt es den Friedenskämpfern, sich voll auf der Grundlage der herrschenden Gesellschaftsstruktur, im bürgerlichen Kaufvertrag wiederzufinden. (...) Die scheinbare Verfolgung der eigenen Interessen nach einer gesünderen Umwelt, einem friedlichen Zusammenleben findet sich wieder im kapitalistischen Tauschsystem. Damit sind die Versuche der Reintegration großer Teile der sozialen Bewegungen der 70er Jahre in die Gesellschaft einen entscheidenden Schritt vorangekommen." (4-5/83)

Jedoch gab es auch andere Bewegungen zu Anfang der 80er Jahre, die Häuserkampfbewegung in Berlin, Jugendrevolten in Zürich und Berlin, in Frankfurt den Widerstand gegen die Startbahn-West, die sich durchaus ‚systemnegatorisch' verstanden hatten (an der Startbahn natürlich nur zu Teilen). Aber zu ihnen hatte der diskus eine völlig distanzierte Haltung. Charakteristischerweise setzt sich ein Artikel mit der Jugendrevolte vermittels Kommissionsberichten der Regierungen auseinander. (3/81) Ein Bericht von den Startbahn-Demos in Frankfurt ästhetisiert die Auseinandersetzung in ein Bild von Kultur, Mensch und Beton, der Hinweis auf die ungeheure Brutalität der Polizeieinsätze ist auf eine „Randnotiz" verschoben. (5-6/81) Das „Unbeteiligt-sein" mündet schließlich in die Aussage im editorial des diskus 4-5/83: „Wir sind nur noch Rezipienten der Geschichte. Oder Kommentatoren."

Der kritischen Theorie werden die Zähne gezogen

Im Herbst 1983 fand in Frankfurt die sogenannte ‚Adorno-Konferenz' statt, „pompöse Selbstinszenierung der modernen Nachlaßverwalter Adornos unter der alleinigen Regie Habermas'", Grund genüg für den diskus, „das Erbe der Kritischen Theorie zu thematisieren". Zentral wird dabei die Kritik an Habermas, der „bestimmte, was an der Kritischen Theorie noch zu gebrauchen sei". Sei er mit seiner Idee „des Zusammenlebens in zwangloser Kommunikation" (Habermas) 1969 noch ‚durchgefallen', so kehrte er 1977 aus seinem selbstgewählten Exil des Starnberger Max-Planck-Instituts zurück. 1977 nun, die radikale Linke stand vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik, lief Habermas in offene Arme. Die „Suche nach Sinn, nach Verständigung, nach Identität", die den Wunsch nach gesellschaftlicher Emanzipation ablöste, war in Habermas' „Lebenswelt" gut aufgehoben. Die Anbindung an die Kritische Theorie erscheint jedoch als böses Spiel. „Es soll eine Kontinuität Kritischer Theorie behauptet werden, die gar nicht besteht; andererseits soll die düster-pessimistische Hermetik und aporetische Struktur von Adornos Spätphilosophie (deren Grund Krahl besser begriffen hatte als Habermas) den Hintergrund abgeben, vor dem die eigene Rationalität um so heller erstrahlt." Einerseits behaupte Habermas bei Adorno „insgeheim eine Utopie ‚unversehrter Intersubjektivität'", andererseits mache auch er den üblichen ‚Irrationalismusvorwurf' geltend. Habermas' Vorteil sei, daß der Neokonservatismus und die sozialen Bewegungen „sich innerhalb desselben Horizonts gegenübertreten: dem Bestehenden einen Sinn zu geben. Für eine radikale Emanzipationsbewegung, selbst wenn es sie gäbe, ist in diesem systemtheoretisch verengten Schema politischer Antithesen von vornherein kein Platz. Es wirkt aber ein wenig verloren, deren imaginäre Inhalte immer wieder gegen das von Habermas inspirierte Politikmodell einzuklagen. Insofern scheint die kommunikationstheoretisch gewendete Kritische Theorie tatsächlich die adäquate ‚linke Wissenschaft' der achtziger Jahre zu sein. Was sich selbst aber bescheiden als ‚Paradigmenwechsel' innerhalb eines Kontinuums kritischer Theorie ankündigt, ist nichts anderes als die schlechte Aufhebung der Kritischen Theorie. (...) Dagegen die authentischen Kräfte der Kritischen Theorie noch einmal aufbieten zu wollen, erscheint wenig aussichtsreich." Das schon allein deshalb, da „es keine zeitgemäße Opposition mehr (gibt)". Dies führt bei einigen der einstig radikalen Linken zu einer Mischung aus Pragmatismus und Ohnmacht. „Es geht darum, die Wirklichkeit heute als solche zu akzeptieren und zu lernen, sich neu darin zurechtzufinden. Fakt dabei ist: Die Gesellschaftsmaschine beherrscht, verwaltet und vergesellschaftet die Individuen gleichermaßen. Daran kann auch Politik nicht mehr viel ändern. Wenn sie konsequent wäre und nicht vorgäbe, Arbeitsplätze und Sinn zu vergeben, könnte sie sich selbst wegrationalisieren." (6-1/84)

Der Neokonservatismus wird hegemonial

In den nächsten Ausgaben bilden sich drei Schwerpunkte heraus: „Krise der Arbeit" (Gespräche mit Ernest Mandel, 6-1/84, Ralf Dahrendorf und Joseph Huber, beide 2-3/84), „Sexualität und Aufklärung" (X/84) und „Neokonservatismus" (5/84, 6-1/85, 2/85). Alle drei Themen machen die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen nach Ende der „Aufbruchphase" deutlich, vor allem in ihren Auswirkungen auf die Linke. So wirkt plötzlich der liberale Wirtschaftstheoretiker (Dahrendorf) ‚moderner', d.h. der Realität gerechter, als der marxistische (Mandel). Ebenso verbindet der Neokonservatismus seine Ordnungsvorstellungen mit einem Fortschrittsglauben, der einstmals eine Domäne der Linken war. „Die (von den Konservativen früher) bekämpfte ‚bürgerliche Gesellschaft' wird nun nicht mehr ‚aufgehalten', sondern schon der Vergangenheit zugerechnet. Emanzipation wird als vollendeter geschichtlicher Vorgang gewertet." Was sich nun durchsetze, sei technische Vernunft, „eine Apparatur, die sachgemäß bedient sein will" (Schelsky), und zwar „unideologisch". „Ihm (dem Neokonservatismus, T.D.) einen Begriff des Fortschritts entgegenzuhalten, der Geschichte als sich immer wieder neu konstituierendes Feld der Auseinandersetzung handelnder Subjekte begreift und nicht als das eintönige Stampfen der Maschinen, bleibt die Aufgabe einer Linken, die nicht in den Voluntarismus verfallen will, Prozeß und Strukturzusammenhang gesellschaftlichen Fortschritts mit dem Willensakt einzelner Subjekte zu verwechseln, wie diverse Verschwörungstheorien es immer wieder nahelegen." (5/84) Daß es diese Linke nicht mehr gebe, wi[illegible] gerade ständig beklagt und dadurch auch ein Wegbereiter des Neokonservatismus. So hat die ‚Unmodernität' Mandels auch etwas mit der Verbannung marxistischen Denkens zu tun (ohne etwas über die Richtigkeit seiner Thesen aussagen zu wollen). Auch auf der Ebene der Sexualität/Liebe läßt sich ein Konservatismus in der Linken ausmachen, ein Zurück zur Familie. „Wenn es nicht so kitschig wäre und sich nicht so geschwollen anhörte, würde ich schon sagen, daß die sexuelle Revolution und die Studentenbewegung und all das, was unter der Flagge Emanzipation und Befreiung gesegelt ist, auf Kosten von gewissen Tiefendimensionen ging, sowohl was Gefühl, als auch was sexuelle Lust betrifft." (Barbara Sichtermann im diskus-Interview, X/84) Die „Restauration der romantischen Liebe" verunsicherte den Mann. „Der schmuseweiche Gedichteschreiber und Frauenbücherleser hat ein unrühmli[illegible]ches Ende gefunden. Er wurde als Typ ga[illegible] einfach überflüssig. Der Macho ist weder gefragt noch gewollt, und das konturenlose ‚von jedem ein bißchen' dazwischen ist unbefriedigend." (X/84)

Die Sponti-Tradition geht zu Ende, der diskus gerät in andere Hände

Einst ausgezogen, die Familie als repressive Instanz zu zerstören, hat der Rückweg paradigmatischen Charakter. Veränderungen werden innerhalb der Institutionen von den Individuen vorgenommen. Ein gesellschaftlicher Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des einzelnen und den bürgerlichen Institutionen besteht scheinbar nicht mehr. Auch in der „Metropolendiskussion" wird dies deutlich. „In den siebziger Jahren war es die Illusion einer permanenten Guerilla im Sumpf der Szene gegen den *Rest* des Staates, der Stadt und deren Bewohner. Die selbstbewußte Erkenntnis der

subversiven Gegenkultur in allen Bereichen der Subjektivität. (...) Man war sich eigentlich sehr wohl über die Unmöglichkeit eines ‚Freistaates Bockenheim' im klaren. Trotzdem taugte die Utopie für das politische und gesellschaftliche Überleben eine ganze Weile lang. Der Freistaat ist beiseite gelegt, man entdeckt wieder die ‚freie' Stadt." (6-1/85, Herv. i.O.) Auf die spezifische Situation in Frankfurt geht ein Artikel ein, der „Linke Theorie und linke Politik in Frankfurt seit Auflösung des SDS" behandelt. „Frankfurt ist ein besonderes Pflaster, weil es keine Stadt der Arbeit ist". Deshalb sei hier die Linke nicht „mit Haut und Haaren ans Proletariat" gebunden. Sie sei eher hedonistisch, auf Nicht-Arbeit ausgerichtet. „Die Frankfurter Szene hat sich als *linke* Boheme, wie sehr sich der Begriff ‚links' auch ausdifferenziert hat, durch die Jahre erhalten. Das ist ihr politisches Verdienst, und wer jetzt von Hofberichterstattung (gemeint ist wohl der Pflasterstrand, T.D.) grummelt, soll erst einmal eine andere großstädtische Szene nennen, in der nach der Studentenbewegung vergleichbar wenige zu den bewaffneten Desperados ab-marschiert, in die Kaderparteien der ML ab-geordnet, von der Sozialdemokratie ein-gekauft, vom östlichen Parteisozialismus ein-gegliedert oder zu Baghwans Safer Sex ab-geschwebt sind. Der Preis, den die Frankfurter Szene und speziell ihre Theorieproduktion zahlen mußte, ist der peinliche Mangel einer kontinuierlichen geduldigen Anstrengung. (...) Zynismus und Kabarett, beides Formen der Ästhetisierung von Politik, sind heute in Frankfurt in, Theorie out, um es angemessenerweise in der Sprache der Modetrends zu sagen." (3-4/85) Nicht zufällig war dieser Rückblick. Er beschloß gewissermaßen das letzte diskus-Heft der Sponti-Traditionslinie. Der Wahlsieg rechter Gruppierungen bei den Stupawahlen machte eine erneute Kandidatur von Linken aussichtslos. Obwohl den neuen Mehrheitsfraktionen die Einrichtung eines Darlehensfonds wichtiger war, „als ein politisches Blatt, das von den meisten eh nicht verstanden wird", kam es noch einmal zur Wahl eines Herausgebergremiums.

Dieses stellte sich wie folgt vor: „Das Ziel der neuen Herausgeber kann es nicht sein, mit der politischen und kulturellen Tradition ihrer Vorgänger zu brechen, sondern die noch vorhandene Kreativität und Lebendigkeit unter veränderten Rahmenbedingungen zu beweisen. Der diskus hat sich von einer braven 50er Jahre Studentenzeitung zu einem Diskussionsforum mit bundesweiter Resonanz entwickelt. Dies war angesichts der Studentenbewegung, der Massenuniversität und des Widerstands gegen das Modell Deutschland eine produktive Form politischer Auseinandersetzung. Doch die Wortführer jener Diskussionen sind in die Jahre gekommen: Sie sitzen in den Redaktionsstuben feuilletonistischer Kulturindustrie, schwüler Metropolenmagazine oder verkaufen als gutbezahlte Werbetexter statt Klassenkampf Coca-Cola oder Austins. Ihre Epigonen aber schrieben caféhausmelancholische Essays über Konservatismus, Entpolitisierung und Wende." Dieses editorial ist eine Mischung aus richtiger Beschreibung und Verlogenheit. Denn so machtvoll wie diese Besatzung drängte noch keine in die Feuilletons. Das angesprochene Coca-Cola zierte in ihrer letzten Ausgabe in Form von Flaschen das Titelbild. Daß diese den Schriftzug ‚culture' tragen, war wohl kritisch gemeint. Jedoch bezeichnet es genau das, was die Herausgeber tun. Es gibt keine Welt mehr von realen Konflikten, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern nur noch Zeichen, Symbole, Namen, Zitate, die keinen Rückbezug mehr haben zu ihrem materiellen Kern. Die Kulturalisierung kommt zu sich selbst. Der Tenor des Heftes, das sich mit dem Thema „Sicherheit" beschäftigt, ist, daß der Staat nicht zu mächtig werden dürfe. (1-2/86) Im letzten Heft schaffen es die Herausgeber sogar, einen Artikel von Ulrich Sonnemann (der nicht wußte, daß sich die Verhältnisse in Frankfurt inzwischen geändert hatten) zum Historikerstreit zu erhalten. Daß er neben Niklas Luhmann steht, entzieht ihm leider seine Bedeutung. Und über Adorno schreibt man inzwischen in der Form der Bibelexegese.

Natürlich stellen die letzten drei Hefte einen Bruch dar. Man nehme nur die Aufmachung, Heftgestaltung, Papierwahl als äußere Erkennungszeichen. Wenn die neuen Herausgeber jedoch sagen, ihr Ziel könne nicht sein, „mit der kulturellen und politischen Tradition ihrer Vorgänger zu brechen", so haben sie zumindest Gründe, glauben zu können, daß sie es nicht täten. Von einer Kulturalisierung nach 1977 ist bereits gesprochen worden. Dies hieß nicht die Wiedereinrichtung einer Kultursparte, die 1968 programmatisch verabschiedet wurde, sondern eine sukzessive Ablösung von der Politik, von den Bewegungen, die es — in anderer Form — noch immer gab, hin zu einer Betrachtungsweise, die die Redakteure zu „Rezipienten der Geschichte" machte und schließlich nicht einmal mehr das, sondern zu Rezipienten von Literatur, Theorie, Philosophie. Auffällig dabei ist z.B., daß es keine ausgeführte Kritik der postmodernen Strömungen gab, vielmehr bediente man sich ihrer (vor allem Baudrillards). Der phänomenologische Blick löste den analytischen ab. Und Geistiges zu Zeit und Raum konnte schon mal ein halbes Heft füllen. Das alles noch in der abklingenden Phase der undogmatischen Linken. Etwas von „linker Boheme" hatte auch der diskus. Und in diese Tradition stellt man sich gerne. Trägt sie doch den Hauch des Exklusiven, das in der Kulturschickeria durchaus zieht. Die „Wortführer" der Studentenbewegung und „ihre Epigonen" hatten zumindest nicht das Ziel vor Augen, in Feuilletons und auf Ministersesseln zu landen.

Werden kulturelle Phänomene völlig abgelöst von ihrer materiellen Grundlage, so wirken sie entpolitisierend. Kann man den letzten ‚diskus-Spontis' nicht unterstellen, daß sie das gewollt haben, so muß man sagen, die Herausgeber der letzten drei Nummern segelten unter falscher Flagge.

Tim Darmstädter

... und so geht's weiter.

SCHLAGE DIE TROMMEL
UND FÜRCHTE DICH NICHT,
UND KÜSSE DIE MARKETENDERIN.
DAS IST DIE GANZE WISSENSCHAFT,
DAS IST DER BÜCHER TIEFSTER SINN.

Die ökonomischen und politischen Veränderungen im Osten Europas erlangen immer „neue" Dimensionen. Von den Rufen nach Demokratie und Mitbestimmung des Volkes ist meist nur noch das Hecheln nach Formen der westlichen parlamentarischen Demokratie geblieben. Alte Strukturen werden unter dem Deckmantel „Demokratisierung" neu etabliert. Erwachendes Selbstbewußtsein vermischt sich mit Nationalismus, bis hin zur offenen Propagierung von rechtsextremistischen, rassistischen Inhalten. Koreaner, Vietnamesen, Angolaner und Polen in der DDR, sind der gleichen rassistischen Hetze ausgesetzt, wie es Türken, Afrikaner, Sinti und Roma alltäglich in der BRD erfahren.
Gemeinsam mit dem Protest der Arbeiter gegen Bürokratie und Stagnation und der Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen sozialen Lage entwickelte sich die Forderung nach bedingungslosem Anschluß ans BRD-Kapital und schnellstmöglicher „Wiedervereinigung".
Kritische gesellschaftspolitische Inhalte geraten vom Regen in die Traufe!

Um diese Themenkomplexe und den Eurorassismus näher zu untersuchen und um Möglichkeiten studentischer Autonomie zu diskutieren, findet vom

16. Feb. bis 18. Feb. 1990 in der Karl Marx-Universität in Leipzig ein internationaler StudentInnenkongreß statt.

Schlafmöglichkeiten sind in der Karl Marx-Universität reichlich vorhanden, unter der Bedingung, daß die Schlafsäcke nicht zu Hause vergessen werden!

Weitere Informationen bekommt ihr über

Kontakt Ost:

StudentInnenrat der Karl Marx-Universität
Karl Marx-Platz 9
7010 Leipzig
Tel.: Leipzig 7 19 23 68

Kontakt West:

AStA Uni Frankfurt
Mertonstraße 26-28
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0 69/7 77 5 75 und 7 98 31 81
Fax.: 0 69/7 02 0 39